# Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH Krebsmühle 6370 Oberursel 5 Nr. 22/23 Jahrgang 3 Juli/August '86 3.00 DM


# Editorial

*„CONTRASTE entwikkelt sich immer mehr zum Prachtkind der Alternativbewegung", so stand es kürzlich in der taz. So ein Lob von der „großen Schwester" schmeichelt uns natürlich. Aber in unserem ungebremsten Aufwärtstrend gab es den ersten Dämpfer. Die Bremer Redaktion hat ihre Arbeit eingestellt. Über die Gründe werden wir später noch berichten. Auch konnte das projektinterne Durcheinander, insbesondere in rechtlicher und finanzieller Hinsicht noch nicht ganz beigelegt werden.*

*Es gibt zwar keine dramatische Krise, aber es ist uns klar, daß wir unsere Basis von Aktivisten erweitern müssen, d.h. wir brauchen noch mehr Vor - Ort - Redakteure. Außerdem wollen wir uns noch mehr für andere Bereiche und Initiaven öffnen. Denn schließlich gehören zur Alternativen Ökonomie nicht nur die selbstverwalteten Betriebe, sondern auch die sozialen, kulturellen und sozialpädagogischen Projekte, sowie die politischen und ökologischen Initiativen.*

*CONTRASTE legt eine Sommer(?)pause ein. Nach dieser „Doppel"-nummer gibt's CONTRASTE wieder im September mit einer Schwerpunktausgabe zur bald stattfindenden Buchmesse.*

*'s mal wieder Ferienzeit – meinen wir auch. Daher gibt's die nächste CONTRASTE erst wieder Anfang September.*

## In dieser Ausgabe:


**Teilen oder Beteiligen**

300.000 DM zur 'Förderung von selbstverwalteten Betrieben' wurden im saarländischen Haushalt zu Verfügung gestellt. Über die Verfahrensabwicklung wird derzeit noch mit der Ministerialbürokratie verhandelt. Favorisiert wird das Modell einer Beteiligungsgesellschaft. Mehr zu diesem Thema auf Seite 8

**Ökobank gegründet?**

Keine Zeitungsente, dafür die Schilderung eines Traumerlebnisses. Geträumt wird auf Seite 9

**Vom Umbauprogramm zum Umbauprojekt**

Auch das Umbauprogramm der GRÜNEN entwickelt sich zum Dauerthema von CONTRASTE. Wie ein Umbauprojekt, der Initiativansatz zum Umbauprogramm aussehen könnte, skizziert Michael Makowski auf den Seiten 12 und 13

**Selbsthilfe – was nun?**

Selbstverwaltung ist in. Noch nie war der Wirbel um Alternativen größer, gemessen an ihrem Dasein am Rande der Gesellschaft. Parteien und bürgerliche Öffentlichkeit überschlagen sich in Lob fürs Alternative. weils so schön billig ist und trotzdem nützlich. Viel Schaum um nichts? Läuft die Selbstverwaltung Gefahr, als schönes Etikett zur Förderung von Hungerexistenzen und einen Arbeitsmarkt zweiter oder gar dritter Klasse herzuhalten? Seite 13

**Marktnischen in der freien Kulturarbeit**

Über „Neue Beschäftigungsinitiativen" im Kulturbereich in Beitrag von Kurt Eichler, Mitarbeiter des Kulturamtes der Stadt Dortmund. Seite 15

**Ein gordischer Knoten**

Der 2. Teil der Ausführungen von Burghard Flieger, der die Diskussion in den Betrieben wiederbeleben soll auf Seite 16

**Außerdem noch:**

Tagungsberichte (Seite 14) die Ökobank-Vereins-Seiten (Seite10/11), Informationsdienst Ökodorf (Seite 2) Gesundheitstag '87: Aufruf zur Mitarbeit (Seite 3), 10 Jahre Dr. Mabuse (Seite 3) die sizilianische Cooperative „La Manna" (Seite 9) und natürlich jede Menge Tips, Termine und Kleinanzeigen.


Jetzt auch in Jugendwohngemeinschaften

# Die Wende

**Red. Heidelberg** Jugendwohngemeinschaften sind seit mehr als 10 Jahren zumeist akzeptierte Einrichtungen im staatlichen System der öffentlichen Erziehung. In einigen Regionen allerdings stoßen Jugendwohngemeinschafts-Initiativen noch immer auf Vorurteile, die ihnen den Start erschweren.

Die Arbeit, die sie leisten, unterscheidet sich sehr stark, je nachdem welche Konzeption erstellt wurde. Bei allen gleich ist die Grundlage. Es können Kinder und Jugendliche auf der Grundlage des Jugendwohlfahrtsgesetzes einziehen (Hilfe zur Erziehung oder freiwillige Erziehungshilfe, seltener Fürsorgeerziehung), die dann mit einer unterschiedlichen „Betreuungsdichte" versorgt werden.

Die Zahl der Kinder/Jugendlichen schwankt pro Gruppe etwa zwischen fünf bis zehn, das Alter von 13 bis 18 Jahren. Entscheidend ist hier die Konzeption. Bei Kindern ab 13 ist z.B. ein regelmäßiger Nachtdienst gefordert, der bei Jugendlichen ab 16 Jahren zumeist nicht mehr nötig ist, hier reicht in der Regel die telefonische Rufbereitschaft.

Die Finanzierung der Jugendwohngemeinschaften erfolgt über staatliche Gelder. Pro Jugendlichen und Tag gibt es einen bestimmten Betrag, den Pflegesatz, der davon abhängig ist, wieviel Mitarbeiter/innen beschäftigt werden, ob weitergehende Therapien o.ä. konzeptionell vorgesehen sind usw.

Gewohnt wird zumeist in Häusern bzw. in ausreichend großen Wohnungen. In ländlichen Regionen sind es ehemalige Bauernhöfe, Schulen o.ä., die durch viel Platz und angenehme Umgebung auch Lebensqualität bieten sollen.

Einige Projekte sind allerdings „ewige Ausnahmen" geblieben; solche, die zum Wohnzusammenhang auch Arbeitsbezüge geschaffen haben (Werkschulen, Ausbildungsstätten). Wohn- und Lebenszusammenhänge, in denen auch die Beschäftigten mit ihren Familien, Kindern, Freunden/innen leben, gemeinsam mit den Jugendlichen, gibt es selten.

Die meisten Jugendwohngemeinschaften arbeiten, ohne ihre Tätigkeit öffentlich darzustellen, im Stillen und das schon viele Jahre. Seit kurzem jedoch ist es mit der Ruhe vorbei. Probleme mit den Jugendlichen nehmen zu. Was ist los? Auf Seite 6 einige Überlegungen von Mitarbeitern der „Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften (KOST) zur geistig-moralischen Wende in den JWG's.

# Tschernobyl – und kein Ende...

Nach der Niedersachsen-Wahl ist es nun offensichtlich. Der Tschernobyl-Effekt klingt wieder ab. Die allgemeine Verharmlosung, Verschleierung und Entwarnung durch offizielle Stellen hat voll gegriffen. „Business as usual", die Normalität des Alltags ist zurückgekehrt. Das ergibt sich bei oberflächlicher Betrachtung unserer Republik. Doch immer noch gibt es eine Menge Leute, die der Entwarnung nicht folgen. In den letzten Wochen sind eine vielzahl neuer Initiativen entstanden, die sich mit der „zur-Kenntnissnahme" der alltäglichen Strahlung nicht abfinden wollen. Die Re-Organisation des Anti-AKW-Netzes ist in vollem Gange. Die erste Anti-AKW-Bundeskonferenz nach Tschernobyl liegt hinter uns. Die Bremer Gruppen haben die dortigen Stadtwerke dazu gebracht, den unterschriftsreifen Vertrag mit der PREAG (Energievorsorgungsunternehmen), der die Abnahme von Atomstrom mit einschloß, nicht zu unterschreiben. In Berlin soll demnächst eine autonome Meßstelle und ein Anti-Atomladen eingerichtet werden. Die Bioläden und Food-Coops regen sich allerorten, und die Öko-Bauern sind auf breite Solidarität angewiesen.

Diese Ausgabe enthält eine Einschätzung von Gunnar Seitz über die Auswirkungen von Tschernobyl auf die Alternativwirtschaft, die Berliner Redaktion Berichtet über die verschiedenen Aktivitäten dort (Seite 4), und Jochen Abeling schreibt einiges zum Volksentscheid über die Atomenergie auf Seite 5.

*Red. Heidelberg* **Finden wir demnächst in unseren Gärten auch solche Riesenpflanzen wie die, die in Harrisburg gepflückt wurden? Im Atomreaktor von Harrisburg kam es vor sieben Jahren zum bisher schwersten Strahlenunglück der westlichen Welt. Zwar lange nicht so schlimm wie in Tschernobyl. Aber gerade deswegen sind die Harrisburger Funde besonders erschreckend.**

**Das Phänomen wurde zum erstenmal im September 1945 in Hiroshima beobachtet. Dort, wo die erste Atombombe explodierte und Hunderttausenden den Strahlentod brachte, begannen plötzlich die Blumen zu sprießen. Und die nachfolgenden Generationen von normalerweise kleinen Pflanzen zeigte auf einmal Riesenwuchs.**

**„Mutationen, durch radioaktive Strahlung hervorgerufen", stellten Wissenschaftler als Ursache für diese unheimlichen Erscheinungen fest. Jetzt, nach der Katastrophe von Tschernobyl müssen sie sich wieder fragen: „Welche Auswirkungen hat die Strahlungen diesmal auf lebende Zellen?"**

**Der japanische Wissenschaftler Mitsuru Katagiri untersuchte die Harrisburger Mutationen und fand heraus: „Die Zellen der Riesenpflanzen sind durch die radioaktive Strahlung so stark verändert, daß sie ungewöhnlich stark zu wachsen beginnen." Eine Erscheinung, die auch für Menschen gefählich werden kann. Denn, trifft energiereiche Strahlung auf menschliche Körperzellen, können sie zu wuchern beginnen und Tumore bilden – auch Jahre nach der radioaktiven Strahlung. Wieviele Menschen davon nun in Tschernobyl betroffen sind wissen wir nicht. Noch nicht.**

# Kaffee unbeschwert genießen?

– VIDEO –

*Red. Heidelberg* **Im Rahmen der bundesweiten Kaffeekampagne „Gegen die Macht der Kaffeekonzerne – die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen" produzierte die Bremer Mediengruppe e.V. „Wie-Deo" in Zusammenarbeit mit der Kaffeegruppe im Bremer „Dritte-Welt-Haus" den Videofilm „Unbeschwert genießen".**

Ziel des Filmes ist es, an einem typischen Exportprodukt der sog. III. Welt, dem Kaffee, Weltmarktmechanismen, Produktionsbedingungen und Weiterverarbeitung in Zusammenhang zu bringen.

Im Film wird zunächst auf Geschichte und Herkunft des Kaffees hingewiesen. Am Beispiel Sri Lankas werden Einführung und Folgen von monokulturellem, exportorientiertem Anbau geschildert. Dreimal in einem Jahrhundert wurde hier die gesamte Wirtschaftsstruktur der Nachfrage in den europäischen Zentren angepaßt.

Der arbeitsintensive Kaffeeanbau in den Erzeugerländern wird der total durchrationalisierten Weiterverarbeitung am Beispiel der bremischen Kaffeeindustrie gegenübergestellt. Weltmarktabläufe, Kaffeeabkommen, ICO, Quotenregelung werden erklärt.

Die Situation von zwei typischen Kaffeerzeugerländern, El Salvador und Nicaragua, wird mit Hilfe von Szenen aus Dokumentarfilmen und Interviews mit einem salvadoranischen Gewerkschafter und einem nicaraguanischen Kaffeepflanzer aufgezeigt.

Am Ende des Films wird die Auftaktwoche zur Kaffeekampagne in Bremen mit der Kamera begleitet: Veranstaltungen, Stände, Straßentheater und dazu Stimmen von Passanten.

Der Film wurde mit relativ einfachen Mitteln (Einröhrenkamera), semiprofessioneller Schnittanlage) auf VHS produziert (Farbe, 55 Min.). Durch die auf recht knappen Raum gedrängte Fülle von Informationen eignet er sich gut als Auftakt zu Diskussionsveranstaltungen, aber auch für schulische oder universitäre Lehrveranstaltungen.

**Der Film ist auszuleihen über:**
**CON, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/54 00 12**

WIE-DEO

**Ausbildungsprojekte in Nicaragua: „Die Stromer von Santa Rosa"**

Eine authentische Videoproduktion. 1985 in Nicaragua aufgezeichnet. Über die Handwerksarbeit junger Nicas. Schwerpunktmäßig in drei Betrieben. Dazu dokumentarische Aufnahmen der Landschaft und über das inzwischen fertiggestellte Schulungszentrum für Landarbeiter aus der Region Rio San Juan.

Dieser fast einstündige Videofilm ist ab sofort auszuleihen und für nicht gewerbliche Zwecke auch zu erwerben.

Film, Anschriften und gegebenenfalls Dia-Serien (Analog zum Video) gibt's beim KOST-Büro, Lüneburger Str. 24, 2800 Bremen, Tel. (0421) 70 10 78

# Informationsdienst Ökodorf

Rückzug in die Idylle oder politische Aktion?

*Red. Heidelberg* **In Heidelberg hat sich ein "Informationsdienst Ökodorf" gegründet. Mit seinem Rundbrief möchte der Informationsdienst alle Interessenten der Ökodorf-Idee regelmäßig über die neuesten Entwicklungen, Kongresse etc. informieren. Nachfolgend eine (Selbst-) darstellung von Jörg Sommer, Mitarbeiter der Heidelberger Gruppe.**

Ökodörfer können ein Rückzug in die Idylle sein, besonders, wenn man sie sich auf einer fernen Insel oder in abgeschiedenen mediterranen Regionen vorstellt. Sie können aber auch als politische Aktion begriffen und geplant werden, bei der die Forderungen nicht nur verbal vertreten oder parlamentarisch vorangetrieben, sondern auch gelebt werden. Insofern können Ökodörfer ein Teil jener Politik ‚von unten" sein, wie sie von den selbstverwalteten Betrieben praktiziert wird.

**Grenzen selbstverwalteter Betriebe**
In einem Ökodorf sollen die Grenzen durchbrochen werden, an die selbstverwaltete Betriebe immer wieder stoßen. Diese sind nämlich in zweifacher Hinsicht vom kapitalistischen System abhängig: Erstens müssen ihre Produkte dort konkurrenzfähig sein, was zur Rationalisierung zwingt, oder, wenn das nicht gelingt (z.B. aus Kapitalmangel), zur Selbstausbeutung führt. Zweitens müssen die Mitarbeiter die Waren und Dienstleistungen zu ihrem Lebensunterhalt auf dem kapitalistischen Markt kaufen, brauchen also ein regelmäßiges Einkommen.

**Selbstversorgung ermöglicht Gegenwirtschaft**
Diesen Zwängen ist nicht zu entkommen, wenn in beiden Bereichen Unabhängigkeit vom kapitalistischen Markt erreicht wird. Das könnte in einem Ökodorf durch weitgehende Selbstversorgung gelingen. Dort werden die Waren und Dienstleistungen in erster Linie für die Bewohner selbst hergestellt und nicht für den Markt. Konkurrenzfähigkeit ist nicht mehr notwendig. Der Wert der Waren bemißt sich nicht in Geld (Tauschwert), sondern nach dem praktischen Nutzen (Gebrauchswert). Gleichzeitig sind die Ökodörfler nicht mehr auf das Geldverdienen angewiesen (außer vielleicht für ausgefallene Sonderwünsche), weil sie fast alles, was sie zum Leben brauchen, kostenlos im Dorf erhalten (Subsistenzwirtschaft).

**Abrackern wie die Bauern?**
Bauern sind kaum noch Selbstversorger, sondern produzieren hauptsächlich für den Markt. Dort aber sind die Erzeugerpreise zu niedrig; diese von den Bauern immer wieder erhobene Klage ist durchaus berechtigt. Um mit der übrigen Einkommensentwicklung Schritt halten zu können, sind sie nicht nur zu überdurchschnittlichen Arbeitszeiten, sondern auch zu fortschreitender Massenproduktion, Rationalisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft gezwungen – mit den bekannten negativen ökologischen Folgen.

Während in der Europäischen Gemeinschaft nur noch 3% der Bevölkerung als Bauern den Rest der Bevölkerung ernährt, ist dieser Anteil im Ökodorf vielleicht bei 30 bis 40% (dann bleiben immer noch genug Leute übrig für Handwerk, Dienstleistungs- und künstlerische Berufe). Und dieser Anteil versorgt nur das Ökodorf. Von Abrackern kann also keine Rede sein, selbst wenn ökologische Anbaumethoden arbeitsintensiver sind.

**Sanfte Techniken und Energien nutzen!**
Gegen biogasbetriebene Traktoren und Landmaschinen ist im Ökodorf nichts einzuwenden; ebenso sind elektrisch betriebene Maschinen für das Handwerk akzeptabel, wenn eigener Strom aus regenerierbaren Energiequellen (z.B. Wind oder Biogas) erzeugt wird. Auch von daher ist also nicht zu befürchten, daß die Arbeit im Ökodorf in übermäßige Plackerei ausartet. Hinzu kommt noch, daß sich dort eher konsumkritische Menschen zusammenfinden werden, so daß der Grundsatz realisiert werden kann: „Weniger sinnloser Konsum – weniger sinnlose Arbeit!"

**Probleme bei der Realisation!**
Die Gründung von Ökodörfern ist bisher nur im europäischen Ausland, in Israel (Kibbuzim) und den USA gelungen. Versuche in der BRD sind seit 10–15 Jahren immer wieder gescheitert. Die Probleme sind auch ungleich größer als bei selbstverwalteten Betrieben. Diese können ihre Mitarbeiter sorgfältig auswählen. Dagegen haben Ökodorfinitiativen bisher jeden Interessenten akzeptiert, um die nötige Gruppengröße und damit auch die für den Landkauf erforderliche Kapitalkraft zu erreichen. Dabei gehen die Anforderungen an einen Ökodörfler eher noch weiter als die an einen Mitarbeiter in einem Alternativbetrieb: Im Ökodorf verlangen viel mehr Bereiche des Alltagslebens Umstellungen und Umorientierungen.

Auch die Ökodorf-Initiativgruppen müßten also in die Lage versetzt werden, ihre Mitglieder auswählen zu können; umgekehrt sollte jeder Interessent die Möglichkeit der Wahl zwischen verschiedenen Gruppen haben. Das will der vor kurzem gegründete „Informationsdienst Ökodorf" (Postfach 10 3007, 6900 Heidelberg 1) erreichen. Er informiert Interessenten der Ökodorfidee regelmäßig über die neuesten Entwicklungen. Den Initiativgruppen steht sein Rundbrief zur Selbstdarstellung und zur Diskussion zur Verfügung. Auf jährlich veranstalteten Kongressen können sich Interessenten und Initiativgruppen auch persönlich kennenlernen. Bitte meldet Euch umgehend!

**Jörg Sommer**

# Lust auf Arbeit

*Red. Heidelberg* **„Mensch ist erstaunt und glaubt es kaum ..."**
**Arbeit kann (wieder) Spaß machen!**

- Nicht der Automechanikerjob allein ist entscheidend, sondern der soziale Zusammenhang im Kollektiv bringt Geborgenheit.
- Nicht das Auswechseln von Fertigteilen, deren innere Funktionsweise nur der/die Spezialisten/innen kennen, befriedigt, sondern wichtig ist, selbst den Funktionszusammenhang nachzuvollziehen und, wenn nötig, selbst gestalten zu können.
- Nicht Bildungsarbeit als ständiges Theorielernen führt zur Entfaltung der Sinne und der Phantasie, sondern die Auseinandersetzung mit der Praxis im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen vermittelt handlungsrelevantes Wissen.
- Nicht der Raubbau an natürlichen Ressourcen sichert eine ökologische Zukunft. Die Versuche, hier einen Einklang herzustellen, führen auch zur Wiederaneignung der Fähigkeiten, mit natürlichen Stoffen und Elementen zu leben.

Arbeit muß nicht notwendigerweise fremdbestimmt sein. Die vielen selbstgesuchten, aber oft auch aufgezwungenen Arbeits- und Produktionsnischen waren ein Anfang dafür, festzustellen, ‚es geht auch anders'.

Nach ca. 10 Jahren offensiver Auseinandersetzung mit der sogenannten Nischenproduktion ist inzwischen ein Expansionsgrad erreicht, daß, sowohl von der Anzahl der Gruppen und Betriebe, als auch von der Qualität und Kontinuität der Arbeit, der Selbsthilfebereich eher zum Lernfeld für den traditionellen Sektor geworden ist.

Ca. 350 bis 400 Projekte und Betriebe allein in Niedersachsen (ohne Food-Coops etc.) mit ca. 1.500 festen und weiteren 2.000 bis 3.000 Teilzeitarbeitskräften zeugen in diesem Flächen- und Agrarbundesland von der Experimentierfreudigkeit und Innovationskraft dieses Sektors.

Während einer landesweiten Tagung zu diesem Themenkomplex standen nun erstmals branchenübergreifende, inhaltliche Fragen als auch zukünftige Möglichkeiten der besseren Finanzausstattung im Mittelpunkt der Diskussion. Ähnlich wie in anderen Bundesländern und Kommunen haben die Projekte und Betriebe aus Niedersachsen eine Sonderförderung beantragt. Obwohl dieser Antrag im Landtag abgelehnt wurde, werden jetzt neue Initiativen gestartet.

**Ergebnisse und Perspektiven, die die Tagung mit dem Titel „Das Ende der Bescheidenheit" erbracht hat, werden in einer Auswertungsbroschüre veröffentlicht und können zum Preis von DM 10,– incl Porto bezogen werden bei: NIPBIS, Heinrichstr. 21, 2800 Bremen 1**

# Kahlschlag gegen den Umweltschutz

*Red. Heidelberg* **Die vollmundigen Ankündigungen von Bundesbauminister Oskar Schneider, eine Jahrhundertreform des Städtebaurechts vorzulegen, haben sich als Großangriff gegen den Umweltschutz und die demokratischen Rechte der Bürger entpuppt.**

Oskar Schneiders proklamierte Ziele, das Baurecht zu entbürokratisieren und die Freiräume der Kommunen zu erweitern, bleiben angesichts dieses Gesetzentwurfes pure Sprechblasen. Die Entbürokratisierung setzt nicht an den undurchdringlichen DIN-Normen an, die tatsächlich den Bauprozeß verhinderte. Vielmehr wird die Bürgerbeteiligung am Planungsverfahren beschnitten. Entbürokratisierung bedeutet nach der Lesart dieser Bundesregierung also ein „Weniger an Demokratie!"

Von der angekündigten größeren Handlungsmöglichkeit der Gemeinden bleibt bei genauerem Betrachten die Erkenntnis zurück, daß wesentliche Instrumente, wie das Vorkaufsrecht von Boden, gestrichen oder eingeschränkt werden. Mit diesem Recht könnten die Kommunen die Probleme der Stadtentwicklung der Zukunft angehen.

Vielmehr will dieses Baugesetzbuch ausschließlich Investoren-Interessen gegenüber dem Umweltschutz absoluten Vorrang geben. Die Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung bleibt Makulatur, weil die Städte, die Landschaften und die Natur nicht mehr gegen den Angriff der Industrie geschützt werden können: Industrieerweiterungen werden gegen Naturschutz durchsetzbar.

Zugleich stellt das Baugesetzbuch die Weichen gegen die dringend notwendige ökologische Umorientierung der Landwirtschaft, da z.B. „Mastfabriken" und ähnliche Betriebe baurechtlich noch weiter expandieren können.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen wird der Umweltschutz weiter zurückgedrängt, da dieses Baugesetzbuch eine Fülle neuer Umgehungsmöglichkeiten eröffnet.

**Unter dem Titel „Das neue ‚Baugesetzbuch', Angriff auf Umwelt und Demokratie, ist eine Broschüre erschienen, die über folgende Anschrift erhältlich ist: DIE GRÜNEN im Bundestag, Arbeitskreis Ökologie, Bundeshaus, 5300 Bonn.**

# GESUNDHEITSTAG '87 KASSEL

VEREIN GESUNDHEIT UND ÖKOLOGIE – GESUNDHEITSLADEN E.V.

# Aufruf zur Mitarbeit

Der vierte bundesweite Gesundheitstag wird vom 28. bis 31. Mai 1987 in Kassel stattfinden (wie bereits in CONTRASTE Nr. 18 angekündigt).

Nachdem die Initiativgruppe den organisatorischen Aufgabenbereich zum Laufen gebracht hat (Anmietung, Einrichtung eines Büros / Aufstockung der Anzahl der Mitarbeiter / Anmietung von Kongreßräumlichkeiten / Verhandlungen mit Stadt und Hochschule für Infrastruktur / Kulturelles Rahmenprogramm...), wird in Kassel zur Zeit an der Konkretisierung der Inhalte gearbeitet.

Die Kasseler Initiativgruppe legt ein besonderes Schwergewicht auf die Zusammenarbeit und Kooperation mit den verschiedensten Initiativgruppen, die sich mit der Gesundheitsthematik bzw. der Gesundheitsbewegung verbunden fühlen. In der Region Kassel gibt es bereits etliche Initiativen, die mit der inhaltlichen Vorbereitung der verschiedenen Themenbereiche begonnen haben...

Auf dem Gesundheitstag '87 werden – nach der bisherigen Konzeption – die folgenden Themenkomplexe die inhaltlichen Diskussionen strukturieren:

**Paradigmenwandel im Feld von Gesundheit und Krankheit**

In diesem ersten Themenkomplex werden inhaltliche Begrifflichkeiten geklärt. Es geht um eine grundsätzliche Theoriediskussion: 1. als Standortbestimmung aufgrund einer Analyse der gesellschaftspolitischen Bedingungen insbesondere von Gesundheit, Krankheit und Ökologie. 2. als Bestimmung einer programmatischen und sytemsprengenden Gegenbewegung. Um damit als dritten Punkt die Grundlagen für eine herrschaftslose Handlungsorientierung zu legen.

**Selbstverwaltung des Gesundheitswesens**

Ausgehend von einer gesellschaftlichen Strukturanalyse soll das konventionelle Gesundheitswesen aus der Sicht konkret betroffener Gruppen/Individuen kritisiert werden; z.B. von Behinderteninitiativen, Drogeninitiativen, Initiativen aus dem Jugend-, Alten-, Frauen- oder auch Psychatriebereich.

Hier soll die im ersten Teil orientierte herrschaftlose Handlungsorientierung durch Praxiskonzepte zur Selbstverwaltung/Selbstverwaltungsbewegung mit Leben gefüllt werden. Hierzu gehören zum Beispiel Konzepte wie die von Netzwerk bzw. Ökobank über Gesundheitsräte bis hin zu psychotherapeutischen Wohngemeinschaften.

**Die Zukunft hat schon begonnen – Tschernobyl ist überall**

Durch eine klar formulierte Ablehnung von technologischen Großstrukturen wie Atomtechnologie, Gentechnologie, Chemieindustrie, Rüstungsindustrie werden die Gegenkonzepte der Friedensbewegung, 3-Welt-Bewegung und der Gesundheitsbewegung auf die Möglichkeit einer gemeinsamen politischen Strategie hin überprüft.

**Alltägliche Umweltschäden**

Ansetzend an der individuellen Betroffenheit eines(r) jeden von schleichenden nicht offensichtlichen Belastungsfaktoren werden neue Formen von Medizin wie klinische Ökologie oder Naturheilkunde diskutiert.

**Patriarchale Medizin am Ende**

In diesem Themenkomplex sollen die Strukturen und Techniken wie auch die damit zusammenhängenden gesundheitlichen Folgen einer rein naturwissenschaftlich ausgerichteten patriarchalen Medizin untersucht werden. Im weiteren soll es um die Übertragbarkeit matriarchaler bzw. nicht patriarchaler Gesundheitssysteme auf westliche Gesellschaften gehen.

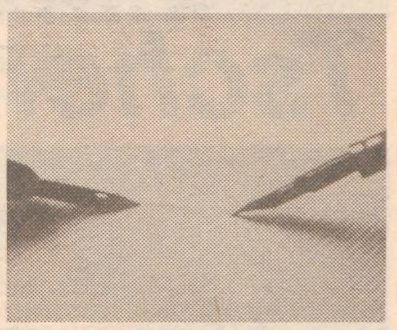
**Psyche und Gesellschaft**

In den letzten Jahren ist ein gewaltiger, teils privater, teils öffentlicher Psycho-Boom entstanden, der auf seine politische Bedeutung und Veränderungsmöglichkeiten zu hinterfragen sein wird. Psychische Eigenschaften und Entfremdungszusammenhänge werden zum einen – nach wie vor – zur Ausgrenzung und Benachteiligung benützt (Bezug zur patriarchalen Medizin am Ende) zum anderen für Ansätze des politischen Kampfs bedeutsam (Konfliktfähigkeit, Gewaltverhältnisse, ganzheitliche Konzepte in der Praxis). Es soll gemeinsam diskutiert werden wie dies in der Praxis am besten um- bzw. durchzusetzen ist.

Aufgerufen werden alle Initiativen und Einzelpersonen, sich bei der inhaltlichen Vorbereitung des Gesundheitstages zu beteiligen.
zu beteiligen.

Wer Interesse hat, ist herzlich dazu eingeladen, sich mit dem Vorbereitungsteam in Verbindung zu setzen:
Gesundheitsladen Kassel
Friedrich-Ebert-Straße 177
3500 Kassel, Tel. 0561/3 40 00,
denn die inhaltliche Konzeption des Kasseler Gesundheitstages soll eine Veranstaltung von Initiativen für Initiativen werden.

Daneben ist die Durchführung des Gesundheitstages auf großzügige finanzielle Unterstützung angewiesen (natürlich macht auch Kleinvieh Mist): Kreissparkasse Kassel Konto-Nr. 1891, BLZ 520 502 52 (Spendenbescheinigungen sind möglich).



**OFFENER BRIEF**

Betr.: Tagungsstätte der Grünen „Haus Wittgenstein" in Bonn

Vom 20. bis 22. Mai 1986 fand das jüngste Treffen der selbstverwalteten Tagungshäuser Nordrhein-Westfalens in der Werkstatt für Demokratie und Öffentlichkeitarbeit, einem Tagungshaus in Bonn, statt.

Diskussionsinhalte des Treffens waren:
- Finanzierungsprobleme
- Belegungsrückgang
- Vernetzung und Kooperation
- Tschernobyl und die Folgen für uns.

Während des Treffens erfuhren wir erstmals von der Existenz eines Tagungshauses der grünen Partei, dem Haus Wittgenstein in Bornheim nahe bei Bonn und nutzten nach telefonischer Anmeldung die Gelegenheit zu einem gemeinsamen Besuch. Dort erhielten wir folgende Informationen von Lothar, der sich als für den Umbau des Hauses und den Aufbau der Tagungsstätte Verantwortlicher vorstellte:
- Haus Wittgenstein wurde von den Grünen für 1,5 Mill. DM gekauft,
- die geplanten Umbaukosten betragen nochmals über 1 Mill. DM;
- ein Neubau in unbekannten finanziellen Dimensionen soll hinzukommen;
- geplante Kapazität 40 bis 60 Betten;
- Zielgruppe: Bundes-, Landes- und Kreisgremien der Grünen;
- sechs Leute wurden für den Ausbau eingestellt;
- um die Tagungsstätte für die Zielgruppen besonders interessant zu machen, soll der Tagessatz durch Subventionen niedrig gehalten werden;
- die Tagungsstätte soll „Heimat für die Grünen" werden.

Der Besuch und das Gespräch machten uns sehr betroffen, einige auch recht wütend.

Seit langer Zeit arbeiten wir in unseren Tagungshäusern mit den Grünen zusammen und fühlen uns auch mit ihren Inhalten verbunden. Unsere Tagungshäuser sind Orte alternativer Kultur und Teile der die Grünen tragenden sozialen Bewegungen. Eine besondere Nähe stellt sich über den gemeinsamen Anspruch auf Stärkung der Selbstverwaltungswirtschaft her.

Die grüne Partei wird in diesem konkreten Fall nicht ihrem Anspruch gerecht, sie zerstört gar gewachsene Strukturen der Selbstverwaltungswirtschaft, denn
- Haus Wittgenstein wurde ‚von oben' gegründet;
- es ging kein demokratischer Entscheidungsprozeß voraus;
- es fand weder Absprache noch Rücksichtnahme mit bestehenden Tagungshäusern statt;
- Selbstverwaltungsprinzipien finden in der Organisation von Haus Wittgenstein keine Anwendung.

Diese Vorgehensweise beim Aufbau des Hauses diskreditiert das Prinzip der Selbstverwaltung und die Glaubwürdigkeit der grünen Partei.

a) In der Partei muß diskutiert werden, ob der Kauf und die Verwendung von Haus Wittgenstein eine effektive, sinnvolle und den Zielen der Grünen entsprechende Investitionsentscheidung war (3 Millionen Mark sind schließlich kein Pappenstiel, in den selbstverwalteten Betrieben könnte damit viel Sinnvolles geleistet werden).

b) Bei allen künftigen Entscheidungen betreffend Haus Wittgenstein muß der Verband selbstverwalteter Tagungshäuser in NRW eingeladen und an der konzeptionellen Entwicklung beteiligt werden.

**Im Auftrag Renate Kramer**

# 10 Jahre Dr. med. Mabuse

Zeitschrift im Gesundheitswesen

**Red. Heidelberg** Erstaunlich, aber wahr: „Dr. med. Mabuse" wird zehn Jahre alt! Nachfolgend eine Selbstdarstellung der Herausgeber.

Die erste Ausgabe erschien 1976 als Fachschaftsblatt der „Undogmatischen Linken" am Frankfurter Fachbereich Medizin. Inzwischen überregional verbreitet und zur auflagenstärksten kritischen Zeitschrift im Gesundheitswesen geworden (ca. 9.000), hat der Mabuse auch etwas Wind in den konservativen Medizin-Blätterwald gebracht.

Gab es zu unserem zweiten Geburtstag noch ein skeptisches Lob professioneller Kollegen: „...solch ein fürwahr basisdemokratisches Projekt, das zudem immer noch nicht eingegangen ist..." (Frankfurter Rundschau, 1978), so nennt uns die taz in unserem zehnten Jahr „die altehrwürdige linke Medizinerzeitung" (taz, März 86). Wir reiben uns verwundert die Augen.

Wir, die Macher und Schreiber des Mabuse, sind immer noch hauptsächlich Ärzte/innen und Medizinstudent(inn)en (zu Gründerzeiten in umgekehrter Reihenfolge). Beiträge professioneller Journalisten finden sich selten im Mabuse. „Zeitschrift im Gesundheitswesen" ist nicht nur Titel – die meisten Mabuse-Mitarbeiter berichten nicht nur über, sondern arbeiten selbst im Gesundheitsbereich – vorwiegend als Mediziner, der Pflegebereich ist leider immer noch unterrepräsentiert.

Im Dr. med. Mabuse sollen sich Kritik am bestehenden und die Diskussion über Wege zu einem besseren Gesundheitswesen widerspiegeln: wir schreiben über politische Aktivitäten im Gesundheitsbereich, über Arbeitsbedingungen und Ausbildung, Gewerkschaftsarbeit, alternative Behandlungsmethoden und Projekte, Medizin in der „Dritten" Welt, Pharma, Frauen und Gesundheit, Medizingeschichte, Standesideologie u.v.a.m.

In letzter Zeit schreiben mehr „Außenautoren" für den Mabuse. Dies sehen wir als Erfolg – der Mabuse wird mehr wahrgenommen, ist wichtiger geworden als Diskussionsmedium.

Nach wie vor verstehen wir uns als Forum und Sprachrohr aller, die an einer gründlichen Veränderung der herrschenden Gesundheitspolitik und des Verständnisses von Gesundheit und Krankheit interessiert sind.

An der Entstehung und Verbreitung jeder Mabuse-Ausgabe sind etwa 50 Leute beschäftigt. In 10 Städten treffen sich Redaktionsgruppen, um Artikel zu planen, zu diskutieren und zu schreiben. Sechsmal im Jahr findet eine zentrale Redaktionssitzung statt, auf der die jeweils nächste Nummer zusammengestellt und über organisatorische Fragen entschieden wird. Die zentralen Treffen sind das oberste Beschlußorgan. Sie werden jedesmal von einer anderen Redaktionsgruppe in deren Stadt ausgerichtet. Das Layout entsteht zur Zeit in Hamburg; gesetzt und gedruckt wird das Heft in Frankfurt. Hier ist auch der „Sitz" des Mabuse-„Büros", in dem sich drei hauptamtliche Mitarbeiter/innen um redaktionelle Unterstützung der Zeitschrift bemühen. Außerdem organisieren sie die Heftproduktion, den Eigenvertrieb, machen die Aboverwaltung und wikkeln den bürokratisch-geschäftlichen Teil der Mabusearbeit ab.

Mittlerweile ist der Mabuse professioneller geworden. Früher war die Produktion der Zeitung durch eine nicht gerade unkomplizierte, auf jeden Fall aber einmalige Basisstruktur gekennzeichnet. Anders als zur Blütezeit der Mabuse-Basisdemokratie (Lokalredaktionen in 18 Städten, ca. 100 Mitarbeiter, „alle machen alles", Rotation in allen wichtigen, auch technischen Bereichen) haben sich viele Mabuseaktivitäten inzwischen notgedrungen auf das Büro verlagert. Die Mabuse – Redaktionsgruppen leiden an berufsbedingtem Energiemangel und Auszehrung, gleichzeitig sind die Qualitätsansprüche an das gemeinsame Zeitungsprodukt aber durchaus gestiegen. Die frühere breitgestreute Arbeitsweise hat sich als permanente Überforderung erwiesen.

Auch die häufigere Erscheinungsweise (heute sechsmal, früher viermal jährlich), nicht zuletzt die eigenen Ansprüche erfordern erheblich mehr kontinuierlichen Arbeitsaufwand als früher.

Trotz aller Bröckeltendenzen der Mabuse-Basis hoffen wir jedoch, daß wir unsere dezentrale Redaktionsstruktur aufrechterhalten können (zumindest für die nächsten zehn Jahre!).

Hoffnungen hin, Hoffnungen her: der Mabuse befindet sich in einer Umbruchphase, auch was Leserschaft und Absatz der Zeitschrift anbelangt.

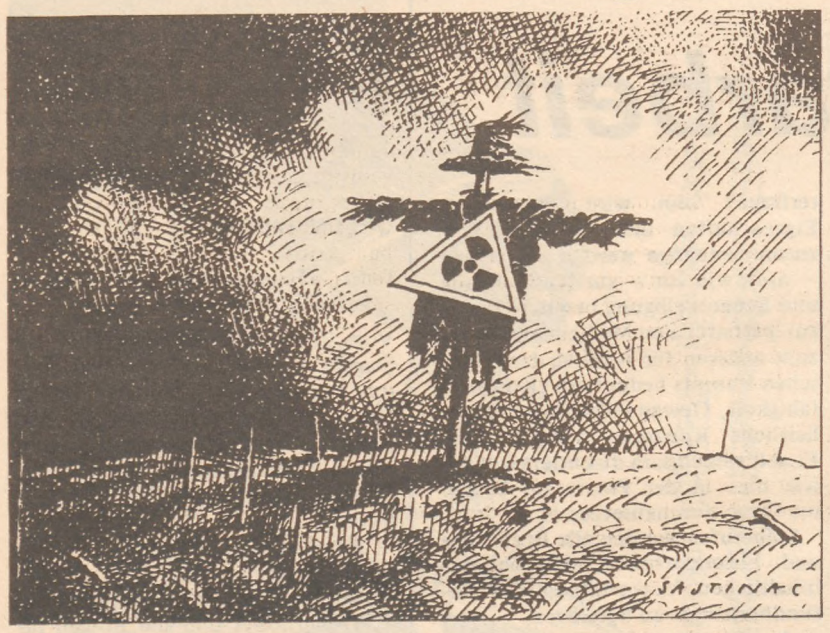
Im studentischen Milieu gegründet, wurde früher der Großteil der Auflage (ca. 10.000) im Handverkauf an den medizinischen Fakultäten der Unis abgesetzt. Heute stehen immer weniger studentische Mabuse-Aktivisten einem sinkenden Interesse an Politik und an unserer Zeitschrift bei den angehenden Ärzt(inn)en gegenüber. Unser früheres Standbein Handverkauf leidet unter chronisch fortschreitendem Muskelschwund. Der Verkauf verlagert sich in Buchläden, wo Rabatte unsere Einnahmen mindern. Bleiben die Abos, als inzwischen eindeutiger Hauptpfeiler des Hauses Mabuse. Hier zeigt die Kurve zwar erfreulich nach oben, langfristig müssen wir jedoch noch eine deutliche Steigerung erreichen, um Inhalt und Form des Mabuse weiter verbessern und die Zeitschrift auch finanziell absichern zu können.

Wir freuen uns über Unterstützung jeder Art, besonders auch über redaktionelle Mitarbeit. Dafür stehen alle Mabuseredaktionen offen.

**Weitere Informationen und ein kostenloses Probeheft gibt's im Mabusebüro – Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/738 17 24 –**
**Einzelheft DM 4,50, Jahresabo DM 25,–**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

# Tschernobyl und die Konsequenzen




## Auswirkungen auf die Alternativwirtschaft

**Die Wirtschaft in Ost und West ist nachhaltig betroffen**

**Red. Kassel** Von den menschlichen Leiden der direkt Betroffenen in der Ukraine und den erwarteten Spätfolgen in ganz Europa einmal abgesehen, lassen sich bereits jetzt die Wirkungen auf die Weltwirtschaft erkennen. Der atomare Super-GAU wird sich einerseits anhaltend destabilisierend auf die etablierte Wirtschaft in Ost und West auswirken, andererseits jedoch besitzt er geradezu eine Katalysatorfunktion für die Entwicklung einer Alternativwirtschaft. In diesem Artikel wollen wir die erkennbaren Folgewirkungen aufzeigen.

Schnell reagierte die etablierte Wirtschaft auf das Ereignis, das laut statistischer Wahrscheinlichkeit nicht hätte passieren dürfen. Die wichtigsten Welt-Wertpapierbörsen, die als Stimmungsbarometer auf jede weltwirtschaftliche Veränderung sensibel reagieren, erlebten eine mehrere Wochen anhaltende Schwäche und Ziellosigkeit. Der Goldpreis, der für das Gros der Bevölkerung die Grundfeste unseres Wirtschafts- und Finanzsystems darstellt, durchbrach – wenn auch nur vorübergehend – seine Trendlinie nach oben. An den Warenmärkten für agrarische Produkte setzten sich schon bald nach den ersten Medienmeldungen über die Atomkatastrophe enorme Preissteigerungen durch.

Tief verunsichert ist die Mehrzahl der Technokraten, müssen sie nun erleben, daß die schlimmsten Befürchtungen der Gegner einer harten Technologie bereits jetzt von der Wirklichkeit eingeholt wurden. Nicht so sehr der erneute Aufschwung der Anti-Atomkraft-Bewegung macht den Wirtschaftsmakern zu schaffen, sondern die praktische für jeden erlebbare Nichtbeherrschbarkeit harter Technologie, sei dies die Raketentechnologie, die Kernspaltung, die Kernfusion oder die Computertechnologie. Politik und Wirtschaft werden, trotz fortlaufender Beschwichtigungsparolen, jetzt nicht mehr umhinkommen nach neuen alternativen Energiequellen Ausschau zu halten. Dabei spielen mehr und mehr naturschonende regenerative Energiequellen, wie Biogas, Solarenergie oder Windenergie eine Rolle.

Etablierte Wissenschaftskreise werden jetzt verstärkt auf Konzeptionen alternativer Institutionen, wie des IFEU (Institut für Energie und Umweltforschung) in Heidelberg, des Öko-Institutes in Freiburg und Darmstadt oder der GÖK (Gruppe Ökologie) in Hannover und Alternativbastler zurückgreifen. Hier könnte sich nun ein Pool an Informationen bilden, der nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden sollte. Vielmehr sollten die langwierig erarbeiteten Forschungsergebnisse und die ersten Ansätze von kleinen Versuchsanlagen im eigenen Umfeld weiterentwickelt werden.

Ideen, wie die des CCS-Initiators Rolf Saacke, gewinnen nach Tschernobyl an Bedeutung. Rolf Saakes Konzeption geht davon aus, daß eigene Institute, von den Alternativbetrieben finanziert, neue natur- und menschengerechtere Technologien und Verfahren entwickeln, diese Innovationen dann von den Alternativbetrieben aufgegriffen werden und sodann durch eine quasi seriemässige Produktion als die „neue Produktgeneration" die Alternativwirtschaft entwickeln und zu einer wirklichen Gegenmacht werden lassen.

Rolf Saakes Konzeption einer „neuen Produktgeneration" wird in einer der nächsten Nummern von CONTRASTE vorgestellt.

Zwar werden Saakes Vorstellungen nicht von heute auf morgen verwirklichbar sein, dennoch sollten wir uns bewußt machen, daß das Klima für eine natur- und menschengerechte Produktion noch nie so gut war wie nach der Reaktorkatastrophe. Wir sollten deshalb unsere – auch die Alternativszene bestimmende – Kirchturmspolitik aufgeben und die Chance nutzen, Das heißt, wir sollten zu einem intensiven Dialog zwischen Forschungsinstituten und selbstverwalteten Betrieben kommen, um sodann gemeinsame Strategien und Konzeptionen einer fruchtbaren Zusammenarbeit von ökologischer Forschung und selbstbestimmter Produktion entwickeln. Gespräche zwischen den Instituten, die sich in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖG) zusammengeschlossen haben, und den Betrieben (die sich zum Teil bereits in regionalen Selbstverwaltungsverbänden verflochten haben) müßten jetzt anlaufen (Karl Bergmanns Idee einer „Gesellschaft für Ökologie und Selbstverwaltung" könnte in diesem Zusammenhang, sofern diese Gesellschaft einmal mehr sein wird als nur ein Ökobankgremium, durchaus nützliche Dienste erweisen).

Es ist für die Alternativwirtschaft – wie auch für die Alternativbewegung insgesamt von existentieller Bedeutung, daß wir die aktuelle Chance nutzen und die in uns gesetzten Erwartungen einer durchaus beachtlichen Anzahl von Menschen nicht durch engstirniges Schmoren im eigenen Saft leichtfertig aufs Spiel setzen.

**Gunar Seitz**

## Auswirkungen auf den Ökolandbau

**Der Gau ist los – eine Riesenschweinerei**

*Red. Berlin* **Bauern und Verbraucher jetzt gemeinsam für den Erhalt des Ökolandbaus, für den Ausstieg aus der Atomenergie!**

**Wegen bewußter Irreführung seitens der Regierung und der meisten Medien haben die Bauern aus dem Wendland und einige Berliner selbstverwaltete Betriebe zahlreiche Aktionen unternommen, um auf die drastischen Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe hinzuweisen und gleichzeitig damit notwendige politische Forderungen zu verknüpfen, an deren oberster Stelle stehen:**

- **Brokdorf darf nicht ans Netz, Kalkar schon gar nicht**
- **Wackersdorf darf nicht gebaut werden**
- **konsequente Abrüstung in Ost und West**
- **Unabhängige Meßstellen in die Atomregion Gorleben**
- **Entschädigung für Entseuchungsmaßnahmen und Verkaufsverluste**
- **Verbraucheraufklärung durch Erzeuger und ökologische Arbeitskreise.**

### Die Entgiftung bleibt auf der Tagesordnung

Nach Tschernobyl ist vielerorts eine lähmende Endzeitstimmung aufgezogen: Verbraucher, die sich auf gesunde Lebensweise umgestellt hatten und Bauern, die unter großen Opfern auf ökologische Anbauweise umgestiegen sind, sehen sich gleichermaßen betrogen. Zu der allgemeinen Belastung durch Industriegifte ist der atomare Fall-out getreten, der ganz Europa bedeckt.

Die Ökobauern trifft es doppelt: sie, die von Anfang an in vorderster Linie standen, wenn es um die Entgiftung der Landwirtschaft und die Stillegung der Atomkraftwerke ging, sehen sich jetzt von Verkaufseinbußen in ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage bedroht. Manch einer überlegt sich schon, das Handtuch zu werfen.

Wir, eine Gruppe von Bauern aus dem Wendland, haben beschlossen, jetzt erst recht weiterzumachen: **Wir werden unsere mühsam entgifteten Böden nicht der Agrarindustrie und damit einer doppelten Belastung durch Chemie und Strahlung preisgeben!**

Unsere Verantwortung als Erzeuger am Anfang der Ernährungskette nimmt eher zu. Wenn auch die Strahlenbelastung nicht aus der Welt zu schaffen ist, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Schaden durch entsprechende Behandlung der Böden, Kulturplanung usw., zu begrenzen.

### Wie können die Bauern weitermachen?

Die Verbraucher/innen müssen über den Verseuchungsgrad der angebotenen Produkte genau informiert werden. Dazu bedarf es Meßgeräte, die in der Erzeugerregion stehen sollten, damit die Waren bereits vor dem Verkauf untersucht werden können.

***Entseuchungsmaßnahmen**

Informationen über Entseuchungsmaßnahmen des Bodens müssen von Wissenschaftlern eingeholt, gesammelt und in praktizierbarer Form den Landwirten nahegebracht werden. Die Gruppe „Ökologie" in Hannover arbeitet bereits daran. Alle Informationen, die von der Gesundung des Bodens handeln, müssen an Bauern und Verbraucher weitergegeben werden. Diese Aufgabe wird sich auch die Wendland-Cooperative zueigen machen und ihre Ländereien für entsprechende Versuche zur Verfügung zu stellen.

***Entschädigungsklagen**

Um, trotz der ernährungsphysiologischen Konsequenzen, die nach Tschernobyl anstehen, auch politisch weiterhin gegen die Atomlobby und die Politiker, die sie mittragen, zu arbeiten, müssen u.a. Entschädigungsklagen gegen die zuständigen Stellen für nicht vermarktungsfähige, da verseuchte Produkte durchgeführt werden.

Die Grenzwerte, die von offizieller Seite eingeführt werden, sind weder für Verbraucher noch für die Bio-Bauern akzeptabel. Auch gegen diese Maßnahmen müßte Klage erhoben werden. Schließlich muß über alle Prozesse, die in diesem Zusammenhang ablaufen werden, ausführlich informiert werden. Bauern aus der Wendland-Cooperative werden für ihre Interessen – z.B. die bereits entstandenen Einkommenseinbussen – vor Gericht gehen und versuchen, die entsprechenden Beträge einzuklagen.

### Wer soll das bezahlen?

Solidarische Unterstützung ist möglich.

***Die Verbraucher unterstützen die Bio-Bauern**

Die Netzwerk-Selbsthilfe e.V. Berlin hat für die o.g. Vorhaben bereits ein Spendenkonto eingerichtet und als Startkapital für die Durchführung dieser Spendenaktion 10.000,– DM zur Verfügung gestellt.

***Die Bio-Läden unterstützen die Bio-Bauern**

Die Bio-Läden, Händler und Food-Coops erheben auf Wendland-Produkte einen Aufschlag, der direkt für das genannte Vorhaben genutzt wird.

***Die Wendland–Kooperative beteiligt sich an Meßgeräten und Entseuchungsmaßnahmen**

Die Wendland-Koop will sich an einem Meßgerät der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg beteiligen, das auch abgesehen von Tschernobyl wegen der Atomtransporte nach Gorleben dringend benötigt wird. Diese Entseuchungsversuche und -maßnahmen kosten ebenso Geld wie ein Rechtsschutzfonds für die Prozesse der Bio-Bauern.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

**Wer oder was ist die Wendland-Kooperative?**

Am Anfang stand 1982 der Widerstand gegen die im Landkreis Lüchow-Dannenberg geplanten Gorlebener Atomanlagen. Er brachte die Idee der „ökologischen Modellregion Wendland" hervor und im Zuge dessen entschieden sich einige Bauern aus dieser Region, ihre Höhe auf die biologische Wirtschaftsweise umzustellen. Eine Gruppe von Städtlern aus Hannover rief eine Erzeuger-Verbraucher-Initiative ins Leben, woraus sich eine engere Zusammenarbeit der biologisch arbeitenden Höfe in Lüchow-Dannenberg ergab.

Die Entwicklung der Erzeugergruppe ging sehr schnell voran. Bereits bestehende Vermarktungskontakte zum **„Rübenexpress"** in Berlin, einem Zusammenschluß von Kollektiven, Food-Coops, Bioläden und Cafes, die durch Direktvermarktung seit 1979 die biologische Landwirtschaft im Wendland unterstützen, wurden stark intensiviert und ausgebaut. Marktstände in Lüchow, Dannenberg, Uelzen und Braunschweig konnten aufgebaut werden. Neue landwirtschaftliche Betriebe wurden für die Idee des ökologischen Landbaus gewonnen, und mittlerweile arbeiten 10 Höfe intensiv in der Wendland-Kooperative mit.

**Ziele der Gruppe sind:**

- Durchführung einer gemeinsamen, möglichst direkten Vermarktung vom Bauern zum Verbraucher.
- Fachliche Zusammenarbeit durch gemeinsame Anbauplanung und gegenseitige Hilfe bei Problemen des Anbaus und der Viehhaltung.
- Gemeinsamer effektiver Widerstand gegen die Atomanlagen bei Gorleben durch Demonstration einer ökologisch sinnvollen Alternative zu einer voll technisierten, chemisch ausgebeuteten Landbewirtschaftung.
- Erhaltung kleinbäuerlicher Strukturen und deren sozialer Bedeutung.

### Aufruf

**Unterstützt die Bauern im Wendland und anderswo bei ihrem Bemühen ums Überleben, damit es weiterhin Bio-Höfe in Deutschland geben kann, da sonst bereits umgestellte Flächen der sich breit machenden Agrarindustrie zum Opfer fallen und die existenzielle Basis des bäuerlichen Widerstandes im Wendland erhalten bleiben muß. Es muß deutlich werden, daß ökologische Alternativen, wie der ökologische Landbau, unmittelbar mit dem Ausstieg aus der Atomenergie verknüpft sind.**

**Verzichtet – wenn möglich – auf den einen oder anderen Kinobesuch und solidarisiert Euch mit den Landwirten – gegen alle Atomanlagen in Gorleben und anderswo. Für ein Land, das es zu beackern lohnt.**

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
„Spendenkonto Bauernpower"
Kto.-Nr. 610.009.958 Sparkasse Berlin West (BLZ 100 500 00)
Für weitere Informationen:
Henry – Tel. 030/614 82 24

*In der nächsten CONTRASTE bringen wir dann einen Aufruf zur Unterstützung der Scene-Kinos, darum empfehlen wir:* **Schwarzfahren!**

*(Der Setzer)*

# Autonome Meßstelle

**Eine autonome Meßstelle in Berlin**

*Red. Berlin* **Die Idee entstand bereits kurz nach Bekanntwerden des Reaktorunglücks und nachdem offensichtlich wurde, daß auf staatliche Meßwerte kein Verlaß ist. Nicht nur ausgemachte Staatsskeptiker mußten mit ansehen, wie Meß- und Grenzwerte beliebig veröffentlicht wurden, die die allgemeine Verschleierungspolitik unterstützen sollten.**

Die im Umfeld Meßzelle/Wissenschaftsladen gestartete Initiative wurde bald durch Finanz- und Unterstützergruppen, wie Netzwerk, STATTwerke, Ärzte gegen Atomenergie u.a., verstärkt. Schließlich stießen auch Anti-Akw-Gruppen mit ihrem Konzept eines Anti-Atomladens hinzu.

Unter einheitlicher Trägerschaft soll nun eine unabhängige Meßstelle und ein Anti-Atomladen eingerichtet werden, von wo aus die Arbeit der Anti-Akw-Gruppen abgestimmt werden kann, gemeinsame Öffentlichkeitskampagnen initiiert und durchgeführt werden können. Gleichzeitig sollen Informationen über Meßwerte selbst ermittelt und wissenschaftlich seriös interpretiert werden. Schließlich sollen - wenn auch in geringem Rahmen - Forschungsarbeiten zu dem Komplex Strahlenbelastung angeregt und durchgeführt werden.

Die Finanzierung dieser Einrichtung (Gesamtetat für 2 Jahre ca. 500 000 DM) soll über ein Benefiz-Konzert sichergestellt werden. Ein entsprechendes Angebot von der Managerin von Ulla Meinicke brachte den Stein ins Rollen. So werden am 17. August in der Berliner Waldbühne - in der bundesdeutschen Version von "No Nukes" neben Ulla Meinicke Peter Maffay, Konstantin Wecker und andere Musikgrößen zum "Rock gegen Strahlung" antreten. Die Meßstelle und der Anti-Atomladen werden unmittelbar im Anschluß daran ihre Arbeit aufnehmen.

Für weitere Information:
Netzwerk Selbsthilfe
Stichwort Meßstelle
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

# Forderungen der Berliner Food-Coops

*Red. Berlin* **In einer Anfrage der Berliner Food-Coops an den Verbraucherschutzverein, die Verbraucherzentrale und die Stiftung Warentest sind folgende Forderungen artikuliert worden:**

1. Ständige Messungen der Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln und Veröffentlichung sämtlicher gemessener Werte.
2. Aufnahme von selbständigen Messungen in den Zuständigkeitsbereich der Verbraucherverbände.
3. Erweiterung der Kennzeichnungsverordnung für Lebensmittel in Bezug auf radioaktive Belastung, damit der Verbraucher sich wenigstens entscheiden kann.
4. Keine Mischung von verseuchter und unverseuchter Milch, zumindest die gesonderte Bereitstellung von unbelasteter Milch für Kinder und Schwangere.
5. Jetzt erst recht eine verstärkte Aufklärung für eine gesündere Lebensweise, da man der Strahlung sowieso nicht entgehen kann.
6. Aufklärung über die Anreicherung von radioaktiven Stoffen in der Nahrungskette, Möglichkeiten der vegetarischen Ernährung aufzeigen und über die Wichtigkeit der Vollwertkost umfassend aufklären.
7. Der ökologische Landbau ist zu fördern, damit gesunde, von chemischen Zusätzen freie Nahrung die Widerstandskräfte stärken kann. Konserven und Tiefkühlkost stellen auf Dauer nur eine unzureichende Ausweichmöglichkeit dar.
8. Wir fordern eine Aufklärung, die sich nicht in Grenzwerten erschöpft, sondern ein konstruktives, umsichtiges Verbraucherverhalten ermöglicht.

Die Berliner Lebensmittel-Kooperativen, zur Zeit 12, sind seit etwa 10 Jahren aktive Verbraucherselbstorganisationen, die in überschaubaren Kleingruppen Nahrungsmittel, vorwiegend aus dem biologischen Anbau, kritisch auswählen und einkaufen. Gemeinsam versuchen sie, für sich eine ökologisch bewußte Lebensweise zu verwirklichen und aufklärend auf andere zu wirken. Sie kritisieren als aktive Verbraucher die bisherige, unbefriedigende Aufklärungsarbeit seitens der Verbraucherverbände in Bezug auf die Strahlenbelastung von Nahrungsmitteln jeglicher Art. Es wird gerade als Aufgabe der Verbraucherorganisationen betrachtet, der verunsicherten Bevölkerung, angesichts des berechtigten Mißtrauens gegenüber offiziellen Verlautbarungen, mit unbeschönigten und möglichst konstruktiven Informationen zu dienen.

Die Berliner Food-Coops versuchen mit sehr beschränkten Mitteln gangbare Wege zu finden und Aufklärungsarbeit zu leisten. Von den Verbraucherorganisationen wird eine detaillierte Stellungnahme zu diesen Forderungen erwartet.

Kontakt.
J. Faenger
Altenbrakerstr. 20
1000 Berlin 44

# Aktion Volksentscheid

**Tschernobyl und Selbstverwaltung — auf Parteien hoffen oder selbst eingreifen?**

Red. Heidelberg Curio-Haus, Hamburg. Kurz nach Tschernobyl. Holger Strohm hält einen Vortrag über die Gefahren der Atomenergie. Allgemeine Ohnmacht. Immer wieder hört man: "Wir müssen abschalten." Bis zögernd jemand aufsteht und sagt. "Ich hör immer, *wir* müssen abschalten, *ich* hab keins zu Haus!" Wir wissen natürlich, daß dieser junge Mann kein Atomkraftwerk zu Hause hat. Aber könnte es nicht doch sein, daß er einen Schalter dazu hat? Aber welchen?

Dort, wo Gunar Seitz ihn in der letzten Ausgabe von CONTRASTE suchte? „Oft war in der letzten Zeit der Spruch zu hören, Wahltag sei Zahltag... Die einzige Option bleibt die bedingungslose Abschaltung... Nur eine Partei, die dies unmißverständlich formuliert, es als Bedingung für eine Regierungsverantwortung ansieht und dann ohne Kompromisse diesen Weg durchsetzt, ist dann für uns wählbar. Sie zu wählen ist dann unser Part."

An schönen Formulierungen in Programmen wird es nicht mangeln. Wer aber garantiert uns, daß die auch verwirklicht werden? Eine Legislaturperiode ist so lang, wer soll da am Ende noch wissen, was er am Anfang wollte. Und sowieso: Der Wähler hat am Anfang der Legislaturperiode seine Stimme abgegeben, nun ist sie halt vier Jahre fort. Und es gibt wichtigeres zu tun, als die Sorgen der Untertanen wegen Wiederbewaffnung, Notstandsgesetzen, Atomkraftwerken, Nachrüstung.. allzu ernst zu nehmen.

Der Mangel ist offenkundig: Unser System ähnelt mehr einer Wahlmonarchie als einer mündigen Demokratie, in der die Bürger als Souverän – wenn sie es wollen – jederzeit die Initiative zur Korrektur der Regierungspolitik ergreifen können. Heute *geht keinesfalls alle Staatsgewalt vom Volke aus*, wie es der Artikel 20 des Grundgesetzes fordert.

Mit diesem Problem beschäftigen sich seit langem viele Menschen im Zusammenhang des *Instituts für Sozialforschung und Entwicklungslehre* in Achberg. Im Laufe der Zeit wurde die Arbeit zu diesem Thema intensiver und verdichtete sich 1983 bis zum Aufbau der **Aktion Volksentscheid**. Anknüpfungspunkt war dabei besagter Artikel 20 des Grundgesetztes. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es da, „und kehrt nie mehr zurück", könnte man meinen, wenn da nicht auch stünde, daß diese Staatsgewalt vom Volke nicht nur „in Wahlen" und durch die gewählten „Organe", sondern auch *„in Abstimmungen"* ausgeübt werden soll.

Worauf bezieht sich dieses Abstimmen, nur auf die eine und einzige Sachfrage der Neuordnung von Bundesländern, wie viele Grundgesetzkommentatoren – die „herrschende Meinung" – uns weismachen wollen? Sorgfältige Recherchen vor allem in den unveröffentlichten Protokollen des Parlamentarischen Rates haben ergeben, daß für die Väter (und Mütter) des Grundgesetzes klar war, was sie beraten und beschlossen haben: „Wir wollen kein Monopol für die repräsentative Demokratie" (Carlo Schmid) die Möglichkeit der Volksabstimmung wurde bewußt ins Grundgesetz aufgenommen.

In diesem Punkt zumindest ist es keine „Systemfrage", es ist eine Frage der Praxis, schon fast 40 Jahre lang die Parteiherrschaft abgesichert zu haben, indem das *Verfassungsgebot* nicht ausgeführt wurde, ein *Bundesabstimmungsgesetz* zu beschließen. *Spätestens jetzt ist die Zeit reif, nach dem Bundeswahlgesetz auch ein* Bundesabstimmungsgesetz *vom Gesetzgeber verabschieden zu lassen.*

Zu beachten ist dabei sehr wohl, daß hier der Teufel gerade im Detail steckt. Sowohl um gängige Vorurteile und berechtigte Skepsis gegen einen Volksentscheid zu entkräften, als auch Ausführungsbestimmungen in einigen Bundesländern und auch anderen europäischen Ländern zu verbessern, müssen ganz bestimmte Bestimmungen in ein solches Abstimmungsgesetz einfließen. Die Aktion Volksentscheid hat hier unabdingbare Vorschläge gemacht (siehe Kasten).

Damit wäre dann der Weg frei, aus – und nur aus – Initiativen der Bürger heraus in konkrete Sachfragen der Politik einzugreifen. Aktuell würde damit der Ausstieg aus der Atomenergie möglich. Als Perspektive ergibt sich aber auch, durch diese Selbstverwaltung im politischen Bereich die Selbstverwaltung gesetzlich auf den wirtschaftlichen Bereich auszudehnen. Es wird Zeit, daß wir diesen Weg gehen.

**Jochen Abeling**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Mitarbeiter der **Aktion Volksentscheid** rufen alle Mitbürger auf, mit ihrer Unterschrift unter diesen Appell, die zuständigen Organe zu folgenden Maßnahmen zu verpflichten:

Damit auf der Grundlage des Grundgesetzes Art. 20 Abs. 2 z.B. über die Frage der Zukunft der Atomwirtschaft Volksbegehren zum Volksentscheid eingeleitet werden können, fordern die Unterzeichner/innen den Bundestag und die Bundesregierung auf, unverzüglich die Vorbereitungen dafür zu treffen, daß das längst überfällige

**Bundesabstimmungsgesetz**

parlamentarisch verabschiedet oder parallel zur Bundestagswahl im Januar 1987 zur Volksabstimmung vorgelegt wird.

Für dieses Gesetz müssen folgende Kriterien als unabdingbar gelten:

1. Um Manipulation von staatlicher Seite zu verhindern, *darf die Initiative zu einer Volksabstimmung nur von Seiten der Bürger, nicht von Parteien bzw. Parlamentsorganen ausgehen (Volksbegehren).*
2. Um Initiativen der Bürger zu ermutigen, *muß die Hürde für den Erfolg eines Begehrens angemessen festgesetzt werden (1 Millionen Zustimmung).*
3. Um der Bevölkerung eine objektive Urteilsbildung zu ermöglichen, *muß das Gesetz die gleichberechtigte Behandlung des Für und Wider eines Abstimmungsanliegens in allen Massenmedien garantieren.*
4. *Ein Volksentscheid gilt als angenommen, wenn die Mehrheit der ab*gegebenen Stimmen für das Anliegen *votiert.*

Das Gesetz soll in Verständigung mit der **Aktion Volksentscheid** erarbeitet werden. Sollte eine Übereinstimmung zwischen Parlament, Regierung und der Bürgerinitiative nicht möglich sein, *muß der Gesetzentwurf der* **Aktion Volksentscheid** *alternativ zu einer etwaigen Parlamentsvorlage zur Volksabstimmung gelangen.*

Die Unterschriften werden dem Bundestag vorgelegt. Je mehr Unterschriften zusammenkommen, desto größer ist die Chance, das Ziel zu erreichen. Darum: Sammeln Sie Unterschriften, Listen und anderes Informationsmaterial kann man bei uns anfordern:

**Aktion Volksentscheid, Hohbuchweg 23, 8991 Achberg, Tel. 08380/5 00**

## Zustimmungserklärung

**Die unterzeichneten wahl- und abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger der BRD fordern hiermit den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, unverzüglich im Sinne des vorstehenden Appells tätig zu werden und das angemahnte Bundesabstimmungsgesetz zu beraten und zu beschließen, damit z.B. das Volksbegehren zum Volksentscheid über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft eingeleitet werden kann.**

| Name | Adresse (Straße, PLZ, Ort) | Unterschrift |
|---|---|---|
| | | |
| | | |
| | | |
| | | |

Bitte einsenden an:
Aktion Volksentscheid, Hohbuchweg 23, 8991 Achberg

# Die geistig-moralische Wende in den Jugendwohngemeinschaften

*Red. Heidelberg* Im Folgenden einige Überlegungen zur Entwicklung in der JWG „Szene". Daß ich hierbei nicht allen Kollegen/innen, allen unterschiedlichen Ansätzen und nicht jeder praktischen Umsetzung gerecht werde, ist vielleicht ärgerlich, aber hoffentlich verständlich und einer klaren Diskussion förderlich. Ist doch möglicherweise die vielbeschworene „Einzigartigkeit" einer jeden JWG ein Grund mit für die von mir beklagten Zustände.

### Das Problem

Die meisten JWG arbeiten bereits seit mehreren Jahren. Lange Zeit, ohne ihre Tätigkeit an die große Glocke zu hängen, einfach so im Stillen. Seit kurzem ist es mit dieser Ruhe vorbei, Probleme mit den Jugendlichen nehmen zu, der Belegungsdruck wächst, Mitarbeiter/innen scheiden aus, weil sie die Arbeit und den Druck nicht mehr aushalten. Was ist los?

Im Laufe der zurückliegenden Jahre hat sich in den JWG eine Alltagspraxis herausgebildet, die allen Beteiligten ein einigermaßen erträgliches Leben sichern sollte. Die JWG haben sich Strukturen geschaffen, es gibt klare Regeln, wer, was, wann zu erledigen hat und die Forderungen an die Jugendlichen sind klar formuliert. Diese gewachsenen Strukturen treten den nachrückenden Generationen allerdings als vorgefertigte Strukturen und Zwänge entgegen. D.h., auch JWG erzeugen eine Anpassungserwartung an die einziehenden bzw. dort wohnenden Jugendlichen in einem beständig wachsenden Maß.

*Die neue Sozialarbeiter - Generation geht ihren Weg ...*

Diese Anpassungserwartungen unterliegen in der jüngsten Zeit einer Umdefinition. Sie dient nicht mehr nur der Organisation des Alltags und des Lebens, gemäß den konkreten Bedingungen einer jeden JWG – nunmehr dienen sie einem „höheren" Ziel.

Erwartungen, Regeln und pädagogischer Druck sollen jetzt den Jugendlichen Halt geben, eine Orientierung bieten und Anlaß für Auseinandersetzungen sein. Die jugendliche Psyche, so wird unterstellt, verlangt nach Vorgaben bzw. Strukturen und von den Pädagogen darf zurecht erwartet werden, daß sie „Mut zur Erziehung" haben oder entwickeln.

Die Nähe zu konservativen Ideologien und Erziehungskonzepten der Vergangenheit läßt niemanden erschauern ... oder?

### Die Veränderungen

Gehen wir etwas zurück in unserer Geschichte der JWG (Den Schweinsgalopp durch die Jahre möge jeder mit seinen Erfahrungen konfrontieren und ergänzen).

Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre. Viel Bewegung und Aktion auf den Straßen und in den Köpfen. Wir erlebten eine Renaissance des Marxismus, die Entwicklung und Verbreitung der Sozialpsychologie, die Entwicklung gemeinwesen-orientierter Ansätze und die Schwerpunktverlagerung auf Gruppenprozesse und -arbeit. Im Bereich der öffentlichen Erziehung/Pädagogik mündet dies in die Heimkampagne, Diskussion um die Randgruppenstrategie und in die Gründung der ersten JWG. Seinerzeit noch ohne Pflegesatz und selbstorganisiert.

In der Theorie überwog seinerzeit die Einschätzung, daß die gesellschaftlichen Bedingungen bestimmend sind für Institution und menschliches Verhalten, eben auch für jugendliches Verhalten wie „Auffälligkeit", Schulverweigerung, Kriminalität, Drogenkonsum. Die Schaffung einer menschengerechten Umwelt würde unerwünschtes Verhalten quasi von selbst verschwinden lassen – hofften wir. Die am Individium orientierte Pädagogik wurde deutlich und schmerzhaft auf ihre Grenzen hingewiesen. Engagierte Kollegen/innen, die sich für die Entwicklung neuer Wohnkonzepte stark machten, hatten die Abhängigkeit ihrer Arbeit vor Augen und setzten auf Veränderung, z.T. weit über den WG Rahmen hinaus.

Diesen gesellschaftlichen Veränderungstendenzen, die sich in fast allen Bereichen finden ließen, setzten die Herrschenden Berufsverbote, Polizei und Terroristenhetze entgegen. Einige Jahre hielt es sich die Waage, getragen und gekittet von der wirtschaftlichen Prosperität. Der Reformwille der SPD gepaart mit einer Menge Staatsknete für den Sozialbereich ließ viele JWG aus dem Boden schießen, diesmal allerdings geplant und konzipiert durch die Profis, auf der Grundlage von Pflegesätzen und behördlich akzeptierten Konzepten. Ab Mitte der 70er Jahre waren die JWG in vielen Regionen akzeptiert und gehörten zur öffentlichen Erziehung. Sie hatten sich eine Position erkämpft, sich festgesetzt und breiteten sich aus.

Die Attraktivität der JWG erwuchs aus zweierlei:

- aus der Kritik und den schlimmen Zuständen in der alten Heimerziehung;
- aus einigen Qualitäten, die zunächst nur mit JWG in Verbindung gebracht wurden. (Integration in den Stadtteil, kleine, überschaubare Gruppe von Kindern/Jugendlichen und Beschäftigten, eigene Versorgungsstrukturen, Flexibilität und große Einflußnahme durch die Jugendlichen).

Dann kehrte erstmal Ruhe ein. Die Behörden wurden durch glänzende Konzeptionen geblendet, das eigene Haus bildete eine Burg vor unerwünschter Einflußnahme von Außen und ein Großteil der Arbeit und Energie wurde in das Abwehren von allen möglichen Versuchen des Eingriffs gesteckt. Gegen Behörden und Aufsicht, gegen allzu neugierige Nachbarn, kurz gegen die restriktive Umwelt.

Mit dem Alltag kamen auch die Alltagsprobleme. Sie aufzuzählen ist müßig, sie sind bekannt. Nach Phasen der Selbstregulierung, mal länger, mal kürzer, nach langen Auseinandersetzungen zwischen allen Beteiligten aber auch zwischen Hauptamtlichen verschiedener JWG über die eigenen Macken, die eigene Sozialisation usw., bildete sich ein einigermaßen stabiles Gleichgewicht in den JWG. Es gab Regeln, bestimmte Arbeiten waren zu erledigen, es gab Sanktionen usw.

Dies alles war naturgemäß nur schwer vermittelbar mit gesellschaftstheoretischen Ansätzen. Das Spannungsverhältnis Individuum – Gesellschaft mußte in der kleinen Welt der JWG aufgelöst werden zugunsten des Individuums. Seine Verhaltensweisen, seine Stärken und Schwächen mußten so genommen und es mußte mit ihnen gearbeitet werden. Denn der einzelne Jugendliche war das einzig greifbare.

Anfang der 80er Jahre machten erste spitze Bemerkungen darauf aufmerksam, daß sich JWG Strukturen an Heimstrukturen angeglichen hätten. Dieser Annäherung förderlich war auch, daß die großen Träger die Impulse aufgegriffen hatten und nun ihrerseits Wohngruppen und Außenwohngruppen eingerichtet hatten. Die besondere Qualität der JWG schien sich zu verallgemeinern – wie schön?!?!

Allerdings passierte noch viel mehr. Die wirtschaftliche Prosperität war ende der 80er Jahre zu Ende. Das Arbeitslosenheer näherte sich der 2 Mio. Grenze, Lehrstellenknappheit wurde zum Hauptproblem der Jugendlichen. Das gesellschaftliche System hatte nach dem vehementen Ansturm der 70er Jahre eine erstaunliche Stabilität gezeigt und, was noch viel schlimmer ist, eine unheimliche Integrationskraft bewiesen. Dies führte zu einem Stimmungsumschwung in den Köpfen (unterstützt auch durch den Generationswechsel in den JWG).

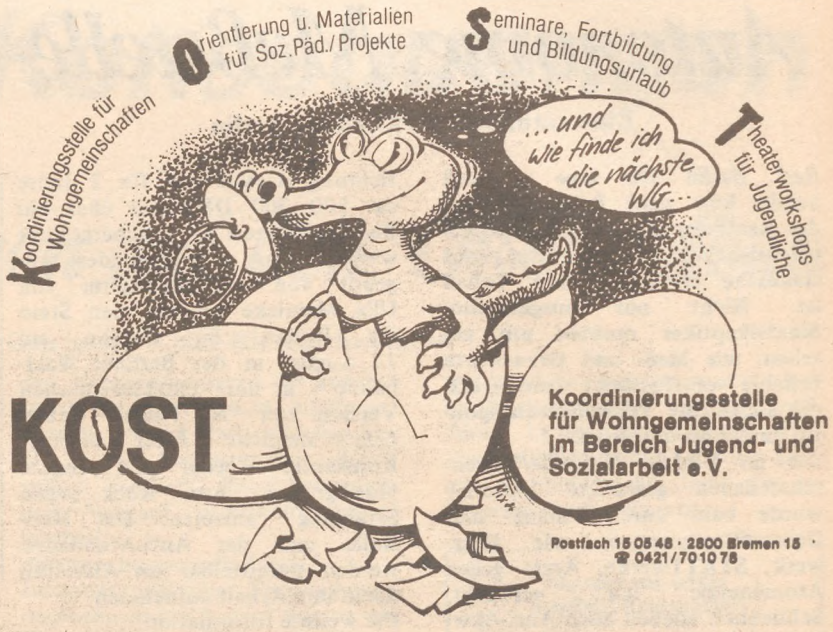
### Die neue Stimmung

Bedeutende Charakteristika dieser neuen Stimmung sind:

- eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft wird als nicht möglich eingeschätzt, vielfach auch gar nicht gewollt. Alte Sozialismusideen sind gestorben.
- die hohe Flexibilität der Behörden ließ alte Feindbilder zerbrechen. Behörden unterstützen und beraten JWG und sind manchmal sogar Schutz vor allzu reaktionären Kleinbürgern;
- die Ideen in der Pädagogik und Sozialarbeit, die auf gesellschaftlichen Zusammenhängen beharrten, sind im Alltag einfach untergegangen. Die gesellschaftliche Vermitteltheit auch jugendlicher Verhalten tritt zurück hinter der individuellen Erscheinung des konkreten Jugendlichen,
- die Ideen, diese gesellschaftliche Vermitteltheit auch in der Alltagsarbeit mitzubearbeiten, erwies sich als Überforderung. Normale Alltagsvorgänge, individuelle Verhaltensweisen blieben ohne theoretische Aufarbeitung, die Hoffnung auf einen allgemeinen guten Kern im Menschen und der Glaube, die JWG könnten einen wichtigen Bereich des menschlichen Lebens so menschengerecht organisieren, daß Fehlverhalten tendenziell abgebaut wird, reichte nicht und war eine Überfrachtung der Arbeit.
- Es fehlte allerdings die kritische Aufarbeitung dieser Erfahrungen und der damit verbundene Versuch, sich trotzdem nicht vom Alltag überrollen zu lassen. Stattdessen wurde Theorie als Ganzes über Bord geworfen, weil sie im Alltag sowieso nix nützt.
- Nicht zuletzt machten JWG Arbeiter/innen die Erfahrung, daß auch sie eine Form der Lohnarbeit leisten, die durch private Kompensation erträglich gemacht werden muß. Die Trennung von Beruf und Privat ist zwar nie so rigide, wie z.B. in der Industriearbeit, aber dieses ist oft auch als Belastung erfahrbar und das Ziel einer solchen Trennung ist mittlerweile akzeptiert.

Die Lage der Jugendlichen soll auch mit einigen Punkten charakterisiert werden:

- nach wie vor unterliegen sie staatlichen Erziehungsmaßnahmen. JWG sind dabei nur ein Teil der öffentlichen Erziehung mit speziellen Anforderungen und Angeboten, die die Jugendlichen abwägen;
- die Anforderungen der Gesellschaft, soweit die Jugendlichen überhaupt noch Integrationshoffnungen haben, sind immens gewachsen. Wenn sich Jugendliche für JWG entscheiden, dann auch deshalb, weil sie erwarten und erhoffen, daß ihnen die JWG bei diesen Anpassungsleistungen helfen;
- sogenannte Flausen, wie sie vor Jahren noch ohne allzu große Probleme auslebbar waren, werden ihnen heute bereits sehr früh ausgetrieben. Eben bereits in diesem Alter, in dem sie in den JWG leben. Konnte es sich zu Zeiten der Vollbeschäftigung ein Jugendlicher leisten, eine Zeit lang auf die Arbeit zu pfeifen, weil er bei geänderter Meinung relativ schnell wieder einsteigen konnte, so müssen die Jugendlichen sich heute sehr viel früher festlegen und können solche Phasen nicht mehr ausleben ohne dauerhafte Nachteile zu bekommen.
- durch die o.g. Veränderungen ergibt sich auch für die Jugendlichen keine Orientierung mehr auf eine andere, bessere Gesellschaft. Von ihren „pädagogischen Vorbildern" erfahren sie keine, sich selber welche zu erarbeiten fehlt ihnen die Zeit und Möglichkeit. Der gesellschaftliche Anpassungsdruck bleibt damit ohne Alternative und einziges Ziel.


**Was ist die KOST?**

Auf einem Treffen von Bewohnern und Beratern von Jugendwohngemeinschaften der BRD und Westberlins konstituierte sich 1976 die Koordinierungsstelle. 1979 wurde sie ins Vereinsregister eingetragen und als gemeinnützig anerkannt.

„Zweck des Vereins ist die Förderung der Wohngemeinschaftsarbeit im Bereich Jugend und Sozialarbeit durch Initiierung, Koordinierung und Durchführung von entsprechenden Bundeszentralen als auch regional ausgerichteten Maßnahmen wie Arbeitstagungen, Mitarbeiterseminare, sozialpädagogisch betreute Maßnahmen für die jeweils erfaßte Zielgruppe in den Wohngemeinschaften, sowie die Herausgabe von Informationsmaterialien." (§ 2).

**Erklärtes Ziel** ist die Unterstützung der Wohngemeinschaften untereinander durch einen funktionierenden Erfahrungsaustausch. Schwierigkeiten in der pädagogischen Arbeit, Unsicherheiten in Rechtsfragen, Unkenntnis der Finanzierungsmöglichkeiten sollten nicht mehr zum Scheitern von isolierten Wohngemeinschaften führen. Hier sieht die Koordinierungsstelle wichtige Beratungsfunktionen.

Durch Sammeln und Aufbereiten von Informationsmaterialien, durch Vermitteln von Kontakten und Schaffung von Diskussionszusammenhängen will die Koordinierungsstelle konkrete Unterstützung anbieten. Jährlich werden überregional mindestens **4 Veranstaltungen** durchgeführt, an denen auch Bewohner teilnehmen (von themenspezifischen Fachtagungen /Fortbildungen bis Zeltlager). Veröffentlichungen wie Adressenlisten, Broschüren und Bücher, sowie KOST-interne Rundbriefe und die regionalen Ansprechpartner schaffen einen Informationsfluß und sollen die Diskussion vorantreiben. Denn auch an den Wohngemeinschaften gehen die gesellschaftlichen Veränderungen nicht spurlos vorbei ...

**Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften im Bereich Jugend- und Sozialarbeit e.V., Postfach 150 548, Weberstr. 18, 2800 Bremen 15, Tel.: 0421/53 19 03**


Und noch etwas wichtiges hat sich geändert:

Die Maßstäbe haben sich verschoben. Während der Entwicklung der JWG sind jugendliche Randgruppen, Problemgruppen oder „Benachteiligte" angesprochen worden. Eine spezifische Benachteiligung war offensichtlich und auch Antrieb des Handelns. Gerade für diese Jugendlichen sollte möglichst viel herausgeholt werden, denn vor dem Hintergrund des Wohlstandes und der Verschwendung bei Rüstung u.ä. erschien diese Benachteiligung besonders schwerwiegend.

Inzwischen hat sich diese Lage verändert. Jugendarbeitslosigkeit vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit und der allgemeinen Verelendung zwingt eine wachsende Zahl von Jugendlichen in das Abseits. Sie leiden darunter in vielfältiger Hinsicht. Perspektiven zu entwickeln fällt wirklich schwer, fehlendes Geld macht ein einigermaßen erträgliches Leben unmöglich, der Anpassungsdruck wächst beständig, die Auslese läßt viele verzweifeln, zumal ihnen auch noch die Schuld für das Versagen zugeschoben wird.

Vor diesem Hintergrund scheint die Lage der Jugendlichen in den JWG priviligiert. Viele andere kommen erst gar nicht in diesen „Genuß". Die JWG Jugendlichen leben in einer Situation, in der ihnen ein Mindestmaß an Lebenssicherheit garantiert ist, Wohnraum,

*... die Jugendlichen auch*

*Jugendliche und „Neptuna" bei Umweltaktionen auf der Weser 1984*

Lebensmittel, Freizeit, Hobby und Menschen, die sich um sie kümmern.

Für diese „Priveligierung" haben sie allerdings nichts geleistet. Sie setzen sich ins gemachte Nest, entwickeln, wenn überhaupt, eine Anspruchshaltung und Versorgungsmentalität. Neid auf Seiten der Hauptamtlichen, die ihr Gehalt erarbeiten müssen, und Rechtfertigungsdruck von Außen, warum es gerade diese Jugendlichen „so gut haben" und ob es nicht andere gibt, die dieser Leistungen viel dringender bedürfen. Wer stellt sich dem entgegen??

Eine insgesamt sehr unbefriedigende Situation, in der wir stark in der Defensive sind. Karge Leistungen, wo befriedigendes Leben gewünscht wird, Chancenlosigkeit, wo Aktion und Eigeninitiative verlangt wird. Und das nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für uns!!

Diese Entwicklungen versuchen die Konservativen auf dem ihnen einzig möglichen Weg in den Griff zu bekommen. Da die Marktwirtschaft das beste aller Systeme ist, kann es nur über Verhaltensänderungen der Einzelnen wieder besser werden. Wie das abläuft, haben wir bei den Arbeitslosen miterlebt. Auch sie sind für ihre Situation und für die Veränderung ganz allein verantwortlich. Das Gleiche spielt sich jetzt im Gesundheitsbereich ab, wo staatliche Sparmaßnahmen durch individuelles Gesundheitsverhalten ausgeglichen werden sollen, bei unveränderter Belastung durch Arbeit, Wohnen und Umwelt. Und auch den Jugendlichen schlägt es ins Gesicht. Wenn du dich anstrengst, dich anpaßt... dann, ja dann?

So weit, so traurig. Aber wer transportiert diese Ideologie in unsere Trutzburgen gegen die böse Umwelt? Nicht allein Fernsehen, Radio oder Zeitung – Nein! – wir!!!

Die verschiedenen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Ausbildungsstellenmangel, Schulstreß, Armut, Kriegsgefahr, Umweltzerstörung usw. usf. scheinen gegeneinander abgeschottet. JWG Probleme bilden dabei nochmals einen Sonderfall, immer scheinbar abhängig von der Tagesform der Hauptamtlichen und den speziellen Problemen der Jugendlichen. Um damit umgehen zu können, schafft sich jedes WG-Team seine kleine Welt. Der common-sense was bearbeitet werden kann und wie. Die eigenen Erfahrungen, die eigene Befindlichkeit, das eigene Aushalten-können sind dabei die alleinigen Maßstäbe. Jede JWG gibt sich ihre ganz pragmatische Sinnstruktur. Ihr eigener Weg.

Diese Entwicklung kann, bei fehlendem Austausch zwischen den JWG, nur ein Alleingang sein. So entsteht der Schein einer selbständig entwickelten Lebenswelt, die zum Großteil von persönlichen Entscheidungen abhängig ist.

Und zur Erhaltung dieses Schein haben die JWG hervorragende Voraussetzungen. Wenn nicht gerade die Heimaufsicht im Hause ist oder der Belegungsdruck alle auf die grundsätzliche Abhängigkeit stößt, sind es relativ selbstbestimmte Arbeitsplätze, selbstgesetzte WG Normen, die den Alltag regeln, selbstausgestaltete Wohn- und Lebensräume. Die Kraftanstrengung, die JWG wenigstens ein bißchen vor den unmittelbaren Eingriffen abzuschirmen, schlägt jetzt als Schein der Freiheit zurück.

Und die „Scheinwelt" erleben die Jugendlichen, d.h., sie leben darin. Ihre Schul- bzw. Berufsrealität vermittelt ihnen zwar andere Erfahrungen, Unterordnung und Anpassung, aber ihre Privatsphäre, die unsere Berufsrealität ist, gaukeln es ihnen vor.

Auch wir haben uns das Ziel gesetzt, den Jugendlichen ein Leben in Selbstbestimmung zu ermöglichen, ihnen dabei zu helfen. Dazu haben wir einen Bereich geschaffen, in dem sie diese Elemente zumindest ein wenig haben und wir konfrontieren sie beständig mit diesem Ziel der Selbständigkeit. Und wir verlieren sehr leicht aus den Augen, daß lebenswichtige Bereiche (Arbeit und Geldverdienen) nicht selbstbestimmt sind und nicht unserer oder der Jugendlichen Einflußnahme unterliegen.

Das Leben in die eigenen Hände zu nehmen reduziert sich auf die kleine Welt der JWG, in allen anderen Lebensbereichen heißt es, „paß dich an!" Der Mensch ist dann glücklich, wenn er freiwillig tut, was er muß (frei nach Klassikern) bedeutet: Nimm dein Leben in die Hand und tu , was von dir verlangt wird. Und zwar selbständig und ohne darauf ständig hingewiesen zu werden. Keine Kritik der freien Marktwirtschaft, als das Höchste, was die Menschheit bisher zu bieten hat, keine Kritik der Kriegsvorbereitungen, der Umweltvergiftung, der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und des krankmachenden Streß. Und vor allem keine Motivationstiefs aufgrund dieser miesen Situation! Du kannst dich entscheiden. für diese Gesellschaft – dann streng dich an und verhalte dich, wie man es erwartet. Den Frust sauf oder kauf dir weg. Oder gegen die Gesellschaft – dann bettel nicht um Unterstützung und Geld, denn dann hast du selber Schuld. Solltest du dich aus dem Ghetto befreien wollen, wartet die Polizei und dein „selbstgewählter" Weg führt aus dem Abseits in den Knast.

**Claus M. Westphal**

*Die neue Haltung?!*

CONTRASTE Schwerpunkt:

# *Tagungshäuser und Bildungsarbeit*

*Red. Heidelberg* Alle Leute und Gruppen, die Interesse daran haben, das für den Herbst geplante Schwerpunktthema mit zu gestalten, sollten sich bei untenstehender Anschrift melden. Zum einen sollen Entwicklungen in diesem Bereich dokumentiert werden. Angesprochen sind alle: vom privaten Einzelkämpfer, Hausbetreiber bis zum im Kollektiv verwalteten Bildungszentrum.

Gleichzeitig soll eine Diskussion in dieser „Nicht-Branche" angeleiert werden, die folgende Schwerpunkte beinhaltet:

- Arbeit rund um die Uhr – die Alternative?
- Orientierung auf Bildungsarbeit – die Zukunft?
- Organisation: Finanzierung, Rechtsformen
- mögliche Kooperationsformen, bestehende Zusammenschlüsse

Nachdem es vor Jahren regelmäßig bundes- und landesweite Treffen gab, beteiligten sich an der Projektemesse in der Krebsmühle vor zwei Jahren lediglich drei Häuser, trotz breitgestreuter und frühzeitiger Rundschreiben, um einen Stand zu gestalten.

Sind die Ansätze und Orientierungen mittlerweile so unterschiedlich, daß es keinen gemeinsamen Nenner mehr gibt?

Kürzlich kam ein Schreiben, daß eine Liste alternativer Tagungshäuser geplant sei, abgegrenzt von den vorhandenen Mischlisten, in denen außer den Deutschen Jugendherbergen alles drin ist, was Räume vermietet. Vielleicht könnte ja über das Schwerpunktthema eine inhaltliche Klärung erfolgen, wer sich überhaupt zu diesem Bereich zählt und was dort gewollt ist – außer eben Räume zu vermieten.

**Bei Interesse bis zum 1.8.1986 bitte Rückmeldung:**
Jugendhof Bessunger Forst
z.Hd. Rolf Klatta
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel. (06151) 14 51 71


**IMPRESSUM**

**CONTRASTE erscheint monatlich**

**Redaktionsschluß:**
jeweils zum 15. des Monats

**Herausgeber:** Peter Haß
Lochmühlstr. 43
6000 Frankfurt/Main 56

**Eigenverlag**
**Die Anzeigenpreisliste** (Nr. 2/86) ist über die Heidelberger Redaktion zu erhalten.

**Redaktionen:**

**Berlin**
STATTwerke e.V.
Michael Makowski
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. (030) 611 59 04

**Frankfurt**
Blättterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. (06171) 7 80 12

**Heidelberg**
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

**Bayern**
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel. (089) 691 78 21

**Kulturredaktionen:**
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26b
7400 Tübingen 1
Tel. (07071) 5 15 24

Riedmühle
Robert F. Mayer
Guntershäuserstr. 6
3501 Fuldabrücck 3
Tel. (05665) 45 89

**V.i.S.d.P.:**
Michael Makowski (Berlin), Wolf Klein (Bremen), Jochen Abeling (Hamburg), Gunar Seitz (Kassel), Dieter Poschen, Peter Tejkl (Heidelberg), Kurt Regenauer (Nürnberg), Burghard Flieger (Freiburg), Jutta Gelbrich (Ökobank-Verein).

**Herstellung**
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97 (HH)
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel. (06221) 1 34 02

**Druck**
Caro-Druck
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main 1

**Vertrieb**
Kerstin Schmidt
Krebsmühle
6370 Oberursel
Tel. (06171) 7 50 30

**Konto**
Postgiroamt Frankfurt/M.
Nr. 3836 87 – 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel



# CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: .....

Adresse .....

Die Überweisung von 24 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

O Umweltfreundliches Schreibset
O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
O den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz – Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Coupon ausgefüllt an Kerstin Schmidt, ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

# Teilen oder Beteiligen

**Red. Heidelberg** Divide et Impera, teile und herrsche, d.h. säe Zweifel und Unfrieden, das war die Maxime der römischen Kaiser. Es ist die neuzeitliche Fortführung oder aber die Entgegnung darauf, wenn wir jetzt die Devise ausgeben „beteilige und selbstverwalte"!?

### Drahtseil und Geldhähne

Für die Kelten, die früher an der Saar gelebt haben, war es – außer wenn sie wasserscheu waren – kein unlösbares Problem, ans andere Saarufer zu kommen, notfalls konnten sie ja schwimmen. Davon ist heute dringend abzuraten, notwendig ist es ja auch nicht, allein in Saarbrücken bietet ein rundes Dutzend Brücken einen bequemen Weg an.

Die Feudalherren des Mittelalters residierten am linken Saarufer, ihr Schloß wird gerade restauriert. Das Bürgertum hatte sich vor allem am rechten Saarufer ausgebreitet. Der Oberbürgermeister kann aber von seinem Rathaus aus das Schloß schwerlich sehen, weil ein Konsum- und Verwaltungstempel ihm die Sicht versperren.

Über eine der Saar-Brücken ist vor fünfzehn Monaten der bundesweit bekannte Oberbürgermeister mit seinem Troß gezogen, denn die Regierung des Landes verlieb traditionell am linken Saarufer. Der Umzug war möglich geworden durch seinen Wahlsieg, der trotz oder wegen knapper Gelder ‚dank guter Ideen" einen „anderen Fortschritt" versprochen hatte. Wer an die Geldtöpfe heran will, braucht sich nicht kopfüber in die Saar-Brühe zu stürzen, der konventionelle Weg über die Brücke steht, so sagt man, jedem offen.

Im Saarland ist vieles klein und überschaubar, auch die Selbstverwaltungsbewegung. Die Erfahrung, daß die Brücke keineswegs jedem offensteht, spricht sich da schnell herum. Aber mit einem guten Wort bei dem Brückenwärter, eingelegt von dessen Vetter, den bestimmt jemand persönlich kennt, müßte sich das doch hinbiegen lassen.

Nein, Oskar, auch wenn der Peter, Dein Freund, das so schön singt, aber über eine Deiner Saar-Brücken werden wir nicht gehen. Wir hätten gerne ein Drahtseil, aber ein selbstverwaltetes, bitte schön.

Um uns eine Brücke zu bauen, fehlt Dir ja nicht nur das Geld, sondern auch die Pläne und außerdem. Wir wollen gar keine Brücke, denn was bequem ist, macht bequem und wer es sich bequem macht, wird bequem.

Was auch immer einen zur Alternative getrieben haben mag. theoretische Analysen des Spätkapitalismus, existentielle Erfahrungen in der sinnentleerten und mechanisierten industriellen Arbeitswelt, die Verweigerung gegenüber Konsumterror und bürokratischen Machtapparaten, die Alternativen heißen so, weil ihre Werte und Ziele dazu alternativ sind:

Gleichberechtigung, Solidarität, Kooperation, Wirtschaftsdemokratie, Freiheit und Selbst-Verwirklichung.

Der kritische Blick in die Geschichte oder derjenige in den Alltag zeigt: von den Idealen zu den Geldhähnen führt nur ein Drahtseil und keine bequeme Brücke. Wer das Drahtseil betritt, muß vorsichtig sein, langsam Schritt für Schritt tun und wachsam zurückblicken. Das saarländische Drahtseil heißt „alternative Beteiligungsgesellschaft ', die Konstruktion ist schwierig und spannend, wenn sie den gesetzten Zielen gerecht werden soll.

Nach Plänen und mit tatkräftiger Unterstützung von Heinz Kruse (vgl. seinen Artikel in der vorletzten CONTRASTE-Nummer) haben wir die Vorarbeiten gemacht und die Verhandlungen angefangen. Für den weiteren Weg brauchen wir die bundesweite Unterstützung bei der Lösung von Konstruktionsproblemen, vor allem aber brauchen wir die kritische Diskussion der Risiken und der politischen Grenzwerte. (Ohne die bisherige Unterstützung einiger bekannter Finanzierungsspezialisten und ihrer politischen Kritik wären wir nicht einmal halb so weit, wie wir heute sind.)

Balance halten auf dem Drahtseil bedeutet, daß die erzielbaren Fortschritte ausreichend groß sein müssen, um die unvermeidbaren Risiken zu rechtfertigen.

### Fördermittel und Förderkriterien

Die bundesweite Diskussion und auch die saarländische Diskussion sind ja noch keineswegs abgeschlossen, deshalb hier nur einige vorläufige Überlegungen:

1. Es ist fast eine Ironie der Geschichte der Kapitalismuskritik, aber die alternative Beteiligungsgesellschaft hat als zentrale Aufgabe nicht die Vergabe von Geld, sondern schlimmer noch: von Kapital. Genauer gesagt geht es um Eigenkapital für selbstverwaltete Betriebe, damit diese ihre bekannt kurze Eigenkapitaldecke verlängern können, um Innovationen direkt oder über eine erleichterte Kreditaufnahme zu finanzieren und es geht um eine Verbesserung der Liquidität. Voraussetzung dafür ist die Öffnung der heute noch weitgehend verschlossenen öffentlichen Förderprogramm zur Existenzgründung, Eigenkapital- und Kredithilfe. Ziel ist also die **Gleichstellung** in der Mittelstandsförderung mit den konventionellen Betrieben.

   Selbstverwaltete Betriebe werden aufgefaßt als normale ökonomische Einheiten, die aber wegen ihrer anderen Binnenorganisation benachteiligt werden und die durch eine Erweiterung der Förderkriterien gleichgestellt werden wollen. Eigenkapitalhilfen sind, wie ansonsten auch, normal, d.h. niedrig zu verzinsen und nach einigen tilgungsfreien Jahren zurückzuzahlen.
2. **Zuschüsse** sind im Vergleich dazu problematischer; der staatliche Subventionstopf kann süchtig machen und außerdem handelt man sich die leidige weil einäugig und einseitig geführte Diskussion um ‚Subventionsmentalität', ‚Wettbewerbsverzerrung infolge von Bevorzugung' etc. ein.

   Förderprogramme sind im Kern soziale Angelegenheiten, an deren Durchführung ein öffentliches Interesse besteht. **Soziale Projekte**, vor allem für benachteiligte Gruppen und Ausbildungsprojekte, erhalten zur Erfüllung dieser Aufgaben öffentliche Zuschüsse. Sie sind abzugrenzen von den gewerblichen Projekten, die sich durch den Vertrieb von marktfähigen Gütern und das Angebot von Dienstleistungen finanzieren.

   Zuschüsse für gewerbliche Projekte sind allenfalls für zeitlich befristete und/oder inhaltlich abgrenzbare Maßnahmen vertretbar. Es handelt sich dabei allein um Maßnahmen, die zusätzlich gemacht werden und deren wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht herstellbar ist.

   Zur Begründung wären beispielsweise die Defizite vorhandener Programme aufzuzeigen ebenso wie die geeigneten Vorschläge zu ihrer Überwindung.
3. Selbstverständlich braucht diese Gesellschaft zur Lösung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme und Krisen andere Produktionsweisen und andere Steuerungs- und Verteilungsmechanismen. Das heißt zunächst **andere Kriterien für öffentliche Förderungswürdigkeit.**

   Würden diese aber begrenzt auf den alternativen Bereich, wäre wenig gewonnen. Wer in Zukunft ökologisch, sozial und human verträglicher oder arbeitsintensiver produziert, der soll förderungswürdig sein, und zwar unabhängig von der Binnenorganisation seines Betriebes. Selbstverwaltete Betriebe können, da politisch bewußter, hier vorangehen.

### Chancen und Risiken

Da einerseits die Schwächen der Hessischen Förderrichtlinien und Verfahrensabwicklungen bekannt sind (Unübersichtlichkeit, Schwerfälligkeit) und andererseits die saarländische Region wegen ihrer relativen Überschaubarkeit eine Chance bietet, hat der Vorschlag, eine Beteiligungsgesellschaft zur Verfahrensabwicklung zu gründen, einen erheblichen Reiz. Es gibt darüberhinaus eine Reihe von aufzeigbaren Gründen, die für ihn sprechen:

1. An Stelle der Vergaberichtlinien und hochoffizieller Vergabekommission und nachgeordneter Abwicklungsgesellschaft tritt hier eine **einheitliche** Förder**institution** auf, nämlich die Beteiligungs-**GmbH**. Unter dem Dach dieser Institution lassen sich verschiedene Ziele, Instrumente und Verfahren bündeln und in einer Satzung festschreiben.

   Die Gremien können überschaubar und demokratisch kontrollierbar gehalten werden. Institutionen ermöglichen, ja erfordern Lernprozesse, und wenn sie sich bewähren, überdauern sie die Zeitläufe und gewährleisten Sicherung und Ausbau der festgelegten Ziele auch bei wechselnden Personen.
2. Es wird wohl schwer fallen, es politisch und praktisch durchzusetzen, aber erstrebenswert scheint es uns schon, die Trennung von gewerblichen, landwirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Projekten zu verhindern, sie unter dem Dach einer Institution zusammen zu bringen und dadurch Austausch und Zusammenarbeit zu fördern.

   Genossenschaftliche Ziele, Selbstverwaltung sind als übergreifendes Merkmal allemal bedeutsamer als die verbreiteten branchenspezifischen Separierungen.

   Ob diese Integration unter dem Dach einer einheitlichen Förder**institution** gelingt, hängt voraussichtlich davon ab, ob es gelingt, die Förder**instrumente** (bzw. -mittel) für gewerbliche und nichtgewerbliche Projekte ausreichend deutlich voneinander abzuheben.
3. Den Betrieben und Projekten mangelt es in aller Regel nicht nur an Eigen- und Fremdkapital, sondern auch und vor allem an ausreichenden Kenntnissen und Qualifikationen. Eine umfassende Beratung, das war Konsens in allen unseren Diskussionen, ist gleichgewichtig vorzusehen unter dem Dach der Beteiligungsgesellschaft oder im Anschluß an sie.
4. Bei allen bundesrepublikanischen Förderprogrammen war es letzten Endes um die Frage gegangen, wie die haushaltsrechtliche Letztverantwortlichkeit des jeweiligen Ministers sicherzustellen ist. Herausgekommen sind Lösungen, die keineswegs das Gelbe vom Ei sind.

   Heinz Kruse greift bei seiner Konstruktion das Instrument Beteiligungsgesellschaft der konventionellen Mittelstandsförderung auf. Was dabei an Flexibilität und Handlungsspielräumen realisiert ist, kann ja kein eklatanter Verstoß gegen geltende Rechtsnormen sein.

   Ebenfalls innerhalb des geltenden Rechts, und zwar des Gesellschaftsrechts, bewegt sich seine Konzeption zur Binnenverfassung und zu den Vergabekriterien der Beteiligungsgesellschaft mbH, in der die Essentials der Selbstverwaltungsbewegung Eingang finden.
   - Wenn nicht Selbst- so doch wenigstens Mitverantwortlichkeit bei den Entscheidungen über die eigenen Angelegenheiten.
   - Stimmrecht geht nach Köpfen statt nach Kapitalanteil.
   - Kollektive Entscheidung über die Mittelvergabe (möglichst aufgrund von Konsens) im Beirat tritt an die Stelle einsamer Geschäftsführerbeschlüsse.
   - Demokratische Kontrolle und Rechenschaftspflichtigkeit dieses Gremiums.
   - Vorrangigkeit der sozialen, kulturellen und ökologischen Zielsetzung vor individueller Gewinnmitnahme.
   - Einzelvertragliche Regelbarkeit der Voraussetzungen für Mittelerhalt und der Rückmeldepflicht bei personellen und grundsätzlichen Änderungen.
   - Installierung eines Frühwarnsystems, um bei existentiellen Krisen der Projekte solidarische Hilfestellung zu ermöglichen.
5. Die Beteiligungsgesellschaft wird insoweit eine krisenfeste und unabhängige Institution, als die Rückflüsse aus Eigenkapitaltilgungen unanhängige Mittel einzubringen und die Zinsen den Verwaltungsaufwand zunehmend tragen.

   Hinzu kommt schrittweise
   - der Aufbau von Förderfonds, die aus privaten und autonomen Quellen gespeist werden und eigenen Kriterien unterliegen;
   - die Kooperation mit vorhandenen Beteiligungs- und Kreditsicherungsinstitutionen (Garantiegemeinschaften);
   - die Erschließung geeigneter Refinanzierungsquellen und
   - die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes, indem Durchführung und Finanzierung der Beratung nach außerhalb gelegt werden.

Soweit zu den Hoffnungen und Perspektiven für einen Fortschritt. Ein Blick zurück zeigt aber auch die andere Seite:

Was als Fortschritt gedacht war, hat irgendwann nur noch seiner eigenen Logik gehorcht, hat sich gegen seine Initiatoren gewandt, und zuweilen im Grauen geendet. Daraus folgt zumindest eine Einsicht: per se geht es beim menschlichen Handeln **nicht** um edle Ziele und hehre Ideale, sondern um ganz Banales: um individuelle Interessen, d.h. um Geld und Macht, um Ansehen und Einfluß. Es setzt schon ein gerüttelt Maß an kollektiver Reife, an Selbstdisziplin und nachdenklicher Vorsichtigkeit voraus, wenn etwas anderes heraus kommen soll. Schließlich ist die alte Genossenschaftbewegung nicht nur gescheitert, weil sie vom Faschismus zerschlagen wurde, sondern auch,

- weil sie den ‚diskreten Charme des Kapitalismus' **unter**schätzt hatte, viele ihrer Vertreter also doch seinen Verlockungen erlagen;
- weil sie die Tragfähigkeit ihrer Idee **über**fordert hatte in den Großgenossenschaften, die dem Kapitalismus Paroli bieten sollten, hatten sich die Ideale irgendwann verflüchtigt.

Es sind konkrete Fragen, denen wir nicht ausweichen dürfen:

- Wie ist es zu verhindern, daß die unumgängliche Professionalisierung Hand in Hand geht mit politischer Entfremdung?
- Wie ist zu verhindern, daß die formalrechtliche Übernahme der **konventionellen** Förder**instrumente** die Übernahme der **konventionellen Ideologie** fördert und irgendwann jeder nur noch an sich denkt: an seine Stelle, an sein Gehalt und an seine Rendite?
- Wie ist sicherzustellen, daß sich mit der Beteiligungsgesellschaft keine neue Machtzentrale entwickelt, aber auch kein tönerner Koloß, da auf ökonomisch wackliger Basis stehend?

Das sind jetzt gerade die Risiken, die wir heute schon ahnen. Wo können satzungsmäßige Vorkehrungen getroffen werden und wo hat die politische Kultur ihren Teil zur Korrektur zu leisten?

### Begegnung der dritten Art

Man muß sie nicht unbedingt unheimlich nennen, die bisherigen beiden Zusammenkünfte in der Verhandlungskommission zwischen den Vertretern der saarländischen Verwaltungsbürokratie und denjenigen der Saarländischen Selbstverwaltungsbewegung. Aber die Assoziation an so eine Begegnung mit Außerirdischen drängt sich auf.

Da ist die ängstliche Rückversicherung bei jedem Schritt, und einige der Bürokratievertreter schießen mit immer den gleichen Attacken Luftlöcher, weil sie sich vorher nicht die Mühe gemacht hatten, sich über das, worüber sie reden, hinreichend zu informieren und weil sie ihre Vorurteile für Argumente halten.

Ein Vertreter demonstriert, indem er den einen Mundwinkel nach oben und den anderen nach unten zieht, zugleich die eigene Selbstsicherheit und die Abwertung dieser Exoten. Und auch die Betonung von Friedfertigkeit und Gutwilligkeit fehlt nicht, man hat ja schließlich von oben den Auftrag, aber was das heißt, müssen sie schon uns überlassen, gell?

Und bei jeder solchen Begegnung, der Ehrliche und Faire ist auch da, etwas machtloser zwar, aber immerhin.

Was hier abläuft, hat seine Ursache in seiner Vorgeschichte: Die Ministerbürokratie des Wirtschaftsministeriums hat sich noch nie mit alternativen Wirtschaftsformen ernsthaft auseinandersetzen müssen, da lagen nun wirklich Lichtjahre dazwischen. Die Mittel wurden vielmehr von außen, d.h. vom Parlament in den Haushalt eingestellt (300.000,– DM für ‚Förderung von selbstverwalteten Betrieben'). Von dort erfolgte auch der Auftrag zur Verfahrensabwicklung, die ‚Möglichkeiten der Realisierung einer Beteiligungsgesellschaft' zu untersuchen. Die Mehrheitsfraktion, also die SPD, hat sich nach einigen Diskussionen einsichtig gezeigt.

Jetzt entfaltet sich die Macht der Bürokratie, die den Arbeitsauftrag in ihrem Sinn und durch Verzögerung durchzusetzen sucht. Was sie als Stellungnahme vorlegt, sagt wenig präzises über die sachlichen Schwierigkeiten, noch zeigt es gar Wege zur Umsetzung. Man zieht es vor, im allgemeinen zu bleiben:

Die ‚Änderung des marktwirtschaftlichen Systems und das ‚Recht auf Privateigentum', das gefährdet erscheint, die ‚substantielle Bedrohung anderer kleiner und mittlerer Unternehmen' – die saarländischen Selbstverwalter, das müssen ja tolle Hechte sein.

Ansonsten und kurzum: das vorgeschlagene Verfahren ‚erscheint überflüssig' und ‚vom Standpunkt des geltenden Haushaltsrechts völlig inakzeptabel'

Solche Äußerungen sprechen für sich, vielleicht wird die eine oder andere von ihnen hier zu einem geflügelten Wort avancieren. Ansonsten bleibt festzuhalten, daß hier im Moment hochsommerliche Temperaturen herrschen, für Echauffierungen unsererseits ist jetzt die falsche Jahreszeit. Mehr ins Schwitzen wären wir gekommen, wenn die Stellungnahme weniger widersprüchlich ausgefallen wäre und vor allem, wenn sie gezeigt hätte, daß und warum die Beteiligungsgesellschaft nicht zu realisieren ist. Einer der Teilnehmer an der letzten Verhandlungsrunde war kompetent genug, um einen sachlichen Hinweis zu geben, was man sich unter dem ‚angemessenen' bzw. ‚wesentlichen' Einfluß des Ministeriums vorzustellen hat: Personelle und nicht nur rechtliche Sicherung des Einflusses und Entscheidungen dürften nicht **gegen** den ministeriellen Willen getroffen werden. Das bringt doch bereits etwas Licht in den Nebel und wir können uns überlegen, in welcher Richtung wir jetzt weitergehen.

### Fundamentales und Reales

Eine Verbindung wollen wir herstellen zwischen den zwei Ufern, den fundamentalen Prinzipien und den realen Verhältnissen.

**Fundamental** bleiben sie, die Werte und

Fortsetzung nächste Seite, links oben

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 8

Prinzipien der Selbstverwaltungsbewegung; sie sollen nicht nur in Reden beschworen, sondern soweit das möglich ist im täglichen Handeln realisiert und vertraglich gesichert werden. Insoweit sie sich diesem Versuch entziehen, gilt das Wort von Wittgenstein: ‚Wenn man sich nicht bemüht, das Unaussprechliche auszusprechen, geht (dennoch) nichts verloren'.

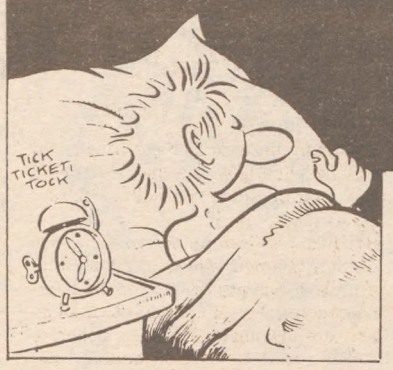
**Real** ist der politische Gestaltungswille der Saar SPD oder er ist eben nicht real, sondern nur Rhetorik, die Probe auf's Exempel steht bald an. Revolutionen, das ist bekannt, waren mit der deutschen Sozialdemokratie nie zu machen, aber den Anspruch auf eine Reformpolitik hat sie eigentlich meistens gehabt und ganz selten ist sie ihm in den Ansätzen gerecht geworden. Immerhin: der Wirtschaftsminister ist sich, so hört man bewußt darüber, daß eine politische Entscheidung zu treffen ist. Und bevor er die trifft, stellt er sich noch einem Grundsatzgespräch.

Die Beteiligungsgesellschaft soll einen Freiraum schaffen, keinen besseren oder schlechteren als ihn die etablierten Kräfte für sich beanspruchen und in vielfältiger Weise durchgesetzt haben.

Und dennoch muß sich die Beteiligungsgesellschaft verstehen als Impulsgeber für ein über den unmittelbaren Selbstverwaltungsbereich hinausweisendes Reformkonzept, das sich an den in der Region vorhandenen Ressourcen orientiert. Alternativ-Ökonomie ist der umfassendere Begriff für sozial, human und ökologisch verträglicheres Wirtschaften. Die Konzeption der Beteiligungsgesellschaft, ebenso wie die politische Diskussion um ihre Errichtung hat sich in diesem Sinn zu öffnen. Die Anzahl der Kräfte, die eine Einsicht in die Reformierungsbedürftigkeit haben, ist so gering nicht, daß eine Integration zu versuchen nicht angezeigt wäre.

Eine breite Diskussion hätte dann auch ihren Wert gehabt, wenn das Konzept der Beteiligungsgesellschaft im alternativen Sinn sich nicht durchsetzen lassen sollte. Statt einer Kapital-Beteiligungsgesellschaft konnten wir dann ja immer noch gründen, worüber wir bisher nur gefrotzelt haben: die Kapital-Beteiligungsgesellschaft, mit beschränkter Haftung, versteht sich.

**Werner**

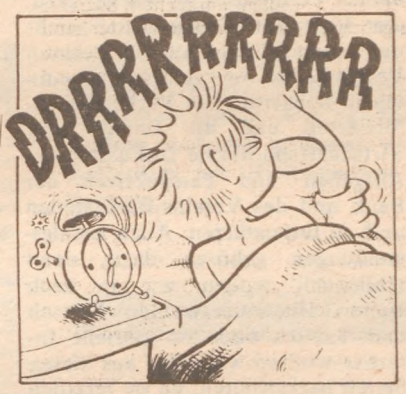



# Ökobank gegründet

## ...oder ich hatte einen Traum

**Red. Berlin** *Bei der morgentlichen Lektüre der taz fällt mir fast die Kaffeetasse aus der Hand. "Ökobank gegründet" lautet die Überschrift und das, nachdem ich gerade 2 Wochen vorher gelesen hatte, daß noch 2 Millionen fehlen. Wie kommt das zustande? Ich lese neugierig den Artikel. Es hat sich nicht ein spinnerter Mäzen gefunden und auch keine potente Großorganisation breitschlagen lassen. Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik hat 3 Millionen - die seit Jahren im Ansatz für die Einrichtung eines Bürgschaftsfonds für selbstverwaltete Betriebe stehen - bereitgestellt.Der Bürgschaftsfonds wird innerhalb der Ökobank eingerichtet und das Land Hessen erhält 2 Aufsichtsratssitze. Ich stürze sofort ans Telefon und rufe im Ökobank-Büro an. Es ist authentisch- ein genialer Streich. Was wir mit der Kirche können, würden sie eben mit dem Staat machen, lautet die lakonische Antwort. Ich kann es mir schon gut vorstellen. Jegliche Diskussion über das Bankkonzept ist gestoppt. Mit einem Mal ist sie da - ein, zwei Jahre zu früh, wie ich meine. Innerorganisatorisch ein Sprengsatz, ohne finanztechnisches Know-How aus der Szene, das kann nur schiefgehen. Schließlich gibt es die notwendigen Vernetzungsstrukturen auch noch nicht. Ich weiß nicht, ob ich froh sein soll, daß es sie gibt oder ob ich den Traum einer alternativen Bank jetzt endgültig begraben kann. Nachdem jetzt die regionalen Ableger des Berliner Consult-Büros und die NRW-Beratungsgesellschaft als staatsnahe und -tragende Fördereinrichtungen die Szene beglücken sollen, begibt sich nun auch die Ökobank unter staatlichen Einfluß. Wahrscheinlich sind wir gar nicht mehr so weit weg vom Ministerium für Alternativwirtschaft und Selbsthilfe.*

*Plötzlich ist das Fernsehen angeschaltet. Interview mit Ulrich Klose zur Gründung der Ökobank. Er stellt deutlich heraus, daß er sich persönlich und seine Freunde in der SPD dafür stark gemacht haben, das Projekt "Öko-Bank" zu stützen und sie rechnen es sich als persönlichen Erfolg an, daß die Verhandlungen zwischen Wirtschaftsminister und Ökobank zu diesem Ergebnis gekommen sind. Auf die Frage, warum eigentlich die SPD sich so ins Zeug legt für ein Projekt, das irgendwo im Umfeld der GRÜNEN angesiedelt ist, erläutert Klose, daß die GRÜNEN offensichtlich nicht in der Lage waren, das Anliegen der Ökobank sachgerecht aufzugreifen und der innerparteiliche Entscheidungsprozeß im basisch-demokratischen Gestrüpp steckengeblieben ist. Er verhehlt nicht, daß die GRÜNEN gerade der SPD wichtige Anstöße gegeben hätten, aber es scheint, daß manche Interessen aus den Bereichen Ökologie und Selbstverwaltung doch besser bei der SPD aufgehoben sind. Das klingt verdächtig nach Wahlkampf und ich schalte das Gerät ab. Das Telefon klingelt. Ein Vertreter des neu konstituierten Ökobank-Vorstandes ist am Apperat: "Wir würden Sie gerne als Berater engagieren, was halten Sie davon?" Ich glaube, ich hör' nicht richtig. Auf Nachfrage, ob mein Gesprächspartner auch wüßte, welche Einstellung ich zu dem Projekt hätte, verstärkt er nochmal sein Ersuchen. Das wird selbstverständlich bezahlt und über die alten Querelen sollten wir uns doch hinwegsetzen. Ich bin so verwirrt, daß ich den Hörer erstmal auflege. Kurze Zeit später klingelt es wieder und ich merke, daß ich mich plötzlich nicht mehr bewegen kann. Meine Hand liegt wie angeklebt auf den Tisch. Es klingelt und klingelt. Über mir wird es plötzlich weiß und ich liege in meinem Bett. Es klingelt immer noch, es ist mein Wecker. Das war nur ein Traum und ich kann noch gar nicht begreifen, was mit mir los ist.*




*Zurück in der Realität denke ich mir, daß der Traum so unrealistisch nicht war. Und wenn er Realität werden sollte, so hoffe ich nur, daß er nicht zum Alptraum wird.*

**Michael**
*(vom Stammtischpolitiker zum Traumtänzer avanciert)*

**Sizilien**

# Die Cooperative »La Manna«

**Red. Heidelberg**

Wenn man auf der Staatsstraße reist, die von Messina nach Palermo führt, trifft man vor Cefalu auf die Abzweigung nach Pollina. Richtet man den Blick nach Süden in Richtung Landesinnere, sieht man ein Dorf, das auf einer Bergkuppe liegt, wie eine Befestigungsanlage oder ein großes Kloster. Pollina ist ein wirklicher Balkon, der sich auf einem 765 m hohen Berg, isoliert, 4 km vom Meer entfernt, über Sizilien erhebt.

Die Promenade „Pietra rosa" zu Füßen der Überreste des mittelalterlichen Schlosses, das das Dorf beherrscht, hat selbst die Struktur eines Balkons, von dem aus man das Meer mit seinen eindrucksvollen Felsriffen und den äolischen Inseln ebenso bewundern kann wie das bedrohliche Bergmassiv der Madonien und zahlreiche Dörfer, die sich in die Landschaft einschmiegen. Der Ort erhebt sich auf einem Felsvorsprung mit drei steil abfallenden Wänden und sieht aus wie eine uneinnehmbare Festung – und vielleicht ist genau dies seine Bestimmung in der Vergangenheit gewesen. Noch heute ist die mittelalterliche Struktur mit den engen, sich windenden Gassen, die bei den beiden wichtigsten Kirchen zusammenlaufen, intakt.

Die Menschenhand hat schon viel verändert, aber zum Glück keine nicht wiedergutzumachenden Schäden angerichtet. Um das Dorf herum wurden Stützmauern aus Stahlbeton errichtet, und für die Einrichtung eines Parkplatzes mußte ein kleiner Pinienhain weichen. Die größten Schäden werden jedes Jahr vom Feuer angerichtet, von Brandstiftungen. So wird nach und nach die Macchia (natürliche Vegetation von Bäumen und Unterholz) vernichtet und von der „sciara' ersetzt, einem Gemisch äußerst dornenreicher Büsche. Beim nächsten Brand wird aus dem ehemals fruchtbaren Land eine Wüste werden.

Die Behörden greifen in diese Katastrophe nicht ein und überlassen das Land damit dem Verfall. Eine der üppigsten und lebendigsten Pflanzen der mediterranen Macchia ist die Esche, die regelmäßig in Gemeinschaft von Steineiche, Zerreiche, Olivaster, Haareiche und Mastixbaum wächst, und die fast nie reine Eschenwälder bildet, mit Ausnahme der Gemeinden von Pollina und der angrenzenden von Castelbuono. Hier sind diese Wälder noch teilweise erhalten, weil sie wirtschaftlich genutzt werden – seit Urzeiten werden sie gepflegt, weil man aus ihnen Manna gewinnt.

Die Gesänge der Bauern, die die Eschenstämme anritzen, erfüllten die Täler, die Pollina mit Castelbouno verbinden, und die Hänge, die von Finale nach Pollina heransteigen. Diese Lieder, die das Land oder die Geliebte besangen, begleiteten den langen arbeitsreichen Tag der Bauern vom Morgengrauen an und waren Gegenstand ihrer Träume.

Die sonnenverbrannten Gesichter boten keinen Raum für Beschwerden über die harte Arbeit. Zufrieden mit dem wenigen, was die bäuerliche Gesellschaft anzubieten hatte, ließen sie die Liebe zur oft weniger freigiebigen Erde und die Freude über die ständige Berührung mit der Natur erkennen. Die wenigen, die vorüberkamen, hielten inne, um dem Gesang der lieblichen Sirenen zu lauschen. Der Wettlauf um die Arbeitsplätze in der Industrie und die traurige Wirklichkeit der Emigration hatten noch nicht begonnen. In Pollina waren etwa 300 Bauern mit dem Anritzen der Eschen beschäftigt, die das kostbare Manna freigaben. Diese hing in reichverzierten Zapfen, ähnlich den Stalagtiten des Felsens von Cefalù, von den Stämmen herab, zu deren Füßen Opuntienblätter ausgelegt waren, um die vereinzelten Tropfen der weißen Substanz aufzufangen. Das Manna wird als den Darm nicht belastendes Abführmittel und in Kosmetika verwandt.

Obgleich es eine süß schmeckende Masse ist, enthält es keinen Zucker und ist somit auch für Diabetiker und Leberkranke geeignet.

Die Gewinne aus dieser Produktion ermöglicht den Bauern aus Pollina und Castelbuono, den beiden Zentren der Mannaherstellung in Sizilien, ein würdevolles Leben. Manna wurde bis nach Brasilien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten exportiert. Mit dem Aufkommen des synthetischen Mannits entstanden die ersten Probleme. Die mangelnde Nachfrage nach einem nicht mehr konkurrenzfähigen Manna hat viele Bauern dazu gebracht, ihre Eschenhaine zu roden. Es gibt nur noch etwa hundert ältere Bauern, die die Kunst des Anritzens und der Kultivierung des Baumes verstehen.

Um dieses Wissen und die Tradition zu überliefern und die Kunst, die die alten Bauern noch heute beherrschen, zu erlernen, hat sich in Pollina die Kooperative „La Manna" gebildet.

Die jungen Bauern organisieren sich, um ihr Produkt selbst zu vertreiben und die Eschenhaine zu retten.

Nicht nur der natürliche Ursprung und die Unverfälschtheit dieses Produkts ist ihr Anliegen, sondern auch die Verteidigung einer in der Welt einzigartigen ökologischen Nische. Die Kultuvierung der Mannaesche basiert auf der Harmonie von Mensch und Natur.

Die Esche ist eine Pflanze, die der Trockenheit widersteht. Sie muß zusammen mit anderen Bäumen der mediterranen Macchia, wie der Eiche, der Steineiche und der Korkeiche dazu verwendet werden, die durch Brände zerstörten Gebiete wiederaufzuforsten.

Wir sind zudem überzeugt, daß die Kultivierung der Mannaesche, als Teil einer Landwirtschaft, die Oliven- und Obsthaine kennt, das letzte und beste Bollwerk gegen die Verarmung der Umwelt und der Böden in diesem Teil Siziliens ist. Auf dieser Grundlage beabsichtigt die Kooperative „La Manna" zu arbeiten, sich weiterzuentwickeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, um so Dämme aufzubauen gegen die zerstörerische Wunde der Emigration, die wahren gesellschaftlichen Verfall bedeutet.

**Gioacchino**

# An die Leser dieser Seiten

# Hilferuf

**Dies ist ein Hilferuf. Ein Hilferuf der drei Leute des Büros der Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt an die Mitglieder des Ökobank-Vereins und Leser dieser Seiten.**

Nach dem Willen des Vorstandes und des Delegiertenrates sind wir u.a. auch verantwortlich für die Redaktion dieser ein bis zwei Ökobankseiten. Nach unserem redaktionellen Verständnis dienen sie dazu, die Vereinsmitglieder (und nicht nur diese) über alle relevanten Vorgänge im weit gefächerten politischem Spektrum des Vereins zu informieren und die finanz- und wirtschaftspolitische Diskussion um Aufgaben und Perspektiven der Bank und des Vereins darzustellen und zu unterstützen. Auch Erfolgsmeldungen gehören dazu, denn schließlich wollen wir ja auch weitere Mitglieder werben. Klatsch und Tratsch oder zu spezielle Internas wollten wir dabei aus diesen Seiten heraushalten, da sie letztlich nur für die kleine Gruppe der Insider verständlich sind und wegen fehlender umfassender Darstellung das Bild des Vereins nur verzerren können.

Diese redaktionelle Arbeit leisten wir so weit es geht über die Originalbeiträge oder aber über zusammenfassende Darstellungen unterschiedlicher und kontroverser Positionen.

Wir denken, daß wir bisher dieser Aufgabe korrekt nachgekommen sind und keine Informationen von Bedeutung unterschlagen haben – eher im Gegenteil. Als in letzter Zeit die Zahl der eingesandten Beiträge anstieg, die vom Umfang her den Rahmen dieser Seiten sprengen oder aber ergänzende Stellungnahmen anderer Positionen notwendig machen, haben wir uns überlegt, in welcher Form wir auch hier eine Veröffentlichung möglich machen können. Das Ergebnis war ein weiteres Info mit dem Namen „Kontrovers – Streitschrift für eine andere Finanz- und Wirtschaftspolitik". Eine Art Nullnummer mit dem Schwerpunkt Zins wurde produziert, an alle Aktiven verschickt und den Delegierten zur Entscheidung vorgelegt, ob auf diesem Wege weitergearbeitet werden soll. Die Entscheidung der Delegierten: Ja, aber mit dem bisherigen Info zusammenlegen und über eine Ankündigung in CONTRASTE allen Vereinsmitgliedern bekannt und gegen eine Kostenbeteiligung von 2 DM zugänglich machen. Der einzige Widerspruch kam vom Landesverband Bayern. Er vermutet dahinter ein taktisches Vorgehen von uns. Unsere Absicht sei, auf diesem Wege „unangenehme Beiträge auf ein Nebengleis abzuschieben" und sie so vor den Vereinsmitgliedern zu verbergen.

Der nachstehende Beitrag von Rupert Bopinger „Der verwaltete Verein" sollte nach unserem Verständnis der Aufmacher der nächsten „Kontrovers" sein. Wir wollten ihn in den Mittelpunkt einer Diskussion zum Thema „Hierarchie und Basisdemokratie" stellen.

Der bayerische Landesverband bestand auf eine Veröffentlichung auf dieser Seite. Unsere Bitte, dann doch wenigstens eine Kürzung des Beitrages vorzunehmen, wurde akzeptiert. Karl Bergmann unterstützte unsere Bitte mit dem Hinweis, es gäbe einen Beschluß der CONTRASTE Redaktionen, nur Artikel bis zu einem bestimmten Umfang zu publizieren. Wohl gemerkt, das war ein zusätzlicher Hinweis. Die Bitte um Kürzung kam nicht von ihm, er kannte diesen Artikel ja gar nicht – sie kam von uns.

Daß er sich möglicherweise an den von ihm zitierten Beschluß selber nicht gehalten hat, mag ja sein, war aber für uns kein Thema. Uns geht es und ging es um Fragen der Qualität dieser Seiten.

Bedeutet Dezentralisation, daß in Zukunft jeder Landesverband, jede Regionalgruppe auf Veröffentlichung ihrer Stellungnahmen in voller Länge bestehen kann mit dem Ergebnis, daß bei 11 Landesverbänden eine Position dann so ziemlich genau ein Jahr lang „diskutiert" werden würde und natürlich nur diese eine Position? Und müssen wir uns bei jeder redaktionellen Arbeit in Zukunft Intrige und taktisches Kalkül unterstellen lassen? Wenn weder Beschlüsse des Vorstandes noch des Delegiertenrates uns vor derartigen Unterstellungen schützen können, ist eine vernünftige Arbeit für uns nicht mehr möglich. Wir dokumentieren auf diesen Seiten unser Unvermögen, indem wir alles so abdrucken, wie wir es auf den Tisch bekommen haben und reichen die Entscheidung über die Zukunft dieser Seiten an die Vereinsmitglieder weiter. Nach unserem Verständnis ist es jetzt ihre Aufgabe, hier für Klarheit zu sorgen.

Also schreibt uns massenhaft und teilt uns Euren Standpunkt mit!

**Jutta Gelbrich**
**Torsten Martin**
**Dieter Reincke**

## CONTRASTE & der Ökobank-Verein

Seit beinahe zwei Jahren gibt es nun die CONTRASTE und mit ihr auch die Ökobank-Vereinsseite. Seit dieser Zeit schlägt sich zumindest die Heidelberger Endredaktion mit dem Problem Ökobank-Seite herum. Konsens war von Anfang an, daß für Vereinsnachrichten eine Seite zu Verfügung gestellt wird. Konsens war auch, daß diese Seite hauptsächlich für wichtige inhaltliche Beiträge genutzt wird, Konsens schließlich hatten wir auch darüber erzielt, daß der Seitenumfang von einer Seite nicht überschritten wird. Daraus folgt, daß Kürzungen oder vorherige Absprachen über die Länge eines Beitrages unumgänglich sind. Neben den Vereinsnachrichten (Termine, aktueller Treugeldstand etc.) wurden als äußerste Länge eines Beitrages 200 Zeilen vereinbart. Durchgehalten wurde diese Vereinbarung bisher jedenfalls so gut wie gar nicht.

Für alle beteiligten Redaktionen war dieser Zustand immer unerträglich. Ständig mußten wir kurz vor Drucklegung das schon vorgegebene redaktionelle Konzept umschmeißen, wichtige Beiträge schieben oder auch aktuelle Beiträge rausschmeißen. Das bedeutete zumeist zusätzliche Arbeit, manchmal auch Nachtarbeit und natürlich Streß.

Wir, die Heidelberger Endredaktion, versuchten bisher eigentlich immer mit dem Problem umzugehen. Bei dieser Ausgabe jedoch wurde das zumutbare überschritten. Ursprünglich mit einer Vereins-Seite und insgesamt 16 Seiten konzipiert, blieb uns jetzt nichts anderes übrig, als auf 20 Seiten aufzustocken oder wichtige Beiträge wieder rauszuschmeißen. Wir haben uns für die Aufstockung entschieden, trotz der Zusatzarbeit und trotz der erhöhten Kosten.

Vielleicht jedoch ist es möglich, gemeinsam diese Schwierigkeiten in den Griff zu kriegen, d.h. Vorprojektierung der geplanten Seite immer einen Monat im voraus, alle Autoren sollten die Länge des geplanten Beitrages (200 Zeilen!) einhalten und im Falle der Überschreitung dieses im Frankfurter Vereinsbüro anmelden.

Wichtige, zusätzliche Beiträge sollten wie andere redaktionelle Beiträe auch, vorab zumindest mit einer Inhaltsangabe und der geplanten Länge (verbindlich) einen Monat vorher gleichfalls der Frankfurter Vereinsredaktion gemeldet werden.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, übergreifende, nicht nur den Ökobank-Verein betreffende Beiträge in CONTRASTE abdrucken zu lassen, allerdings auch nur bei entsprechender Voranmeldung über die Heidelberger Redaktion.

Fazit. Wir sind nicht mehr bereit, so ohne weiteres über Nacht das Gesamtkonzept der Zeitung umzuwerfen, nur weil der Ökobank-Verein es nicht versteht, mit dem Medium CONTRASTE und den an der Zeitung arbeitenden Leuten vernünftig umzugehen!

In der Hoffnung auf eine bessere, gemeinsame Zusammenarbeit

*die CONTRASTE-Endredaktion Heidelberg*

| | |
|---|---|
| **Treugeldstand per 30.06.1986** | **4.635.350,59 DM** |
| **Treugeldgeber** | **10.173** |
| **Vereinsmitglieder** | **2.390** |
| **Treugeldstand nach Regionen** | |
| Baden-Württemberg | 1.081.053,33 DM |
| Nordrhein-Westfalen | 844.037,66 DM |
| Hessen | 758.625,10 DM |
| Bayern | 627.910,00 DM |
| Bremen/Niedersachsen | 437.881,00 DM |
| Berlin | 257.440,00 DM |
| Schleswig-Holstein | 230.820,00 DM |
| Hamburg | 174.886,50 DM |
| Rheinland-Pfalz | 171.700,00 DM |
| Saarland | 30.500,00 DM |
| Ausland | 14.687,00 DM |
| div. (ohne Absender) | 5.810,00 DM |

**Treugeldkonto.** Postgiroamt Frankfurt/Main, Konto-Nr. 4151 75-609 (Anteil Startkapital Ökobank)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

# *Systemschwächung durch massiven Geldentzug?*

**– Kommentar –**

*Nachdem wir den Artikel durchgearbeitet haben, stellt sich als erstes die Frage: Was will uns der Autor sagen?*

*Ein boshafter Gedanke drängt sich auf. Wahrscheinlich gar nichts. Wie sonst kommt jemand auf die Idee, sich dermaßen unklar auszudrücken?*

*Nach mehrfachem Durchlesen scheinen uns folgende Aussagen des Artikels wesentlich zu sein: In dem Artikel aus Bayern, auf den sich Siegfried Schwencke bezieht, findet keine Trennung zwischen Geld (das sind Bargeld und Sichtguthaben) und Forderungen (in Form von Termingeldern und Spareinlagen mit Kündigungsfrist) statt. Der Folgerung, daß Geldentzug keine Systemschwächung bewirkt, stimmen wir zu. Was ist aber mit den weitergehenden Schlüssen des Autors?*

*In unserem Land ist die Geldmenge nicht an das Sozialprodukt gebunden. Deswegen können Deflation und Inflation entstehen, je nachdem, wie groß die im Umlauf befindliche Geldmenge ist, so der Autor. Er geht davon aus, daß durch die Schaffung eines dezentralen Geldsystems und einer Kopplung der Geldmenge an das Sozialprodukt die Gefahr einer Inflation beseitigt werden würde.*

*Damit befindet er sich im Einklang mit Friedrich August von Hayek, einem der Vordenker der Neoklassiker, die ohne Einschränkung an das freie Spiel der Kräfte in der Wirtschaft glauben.*

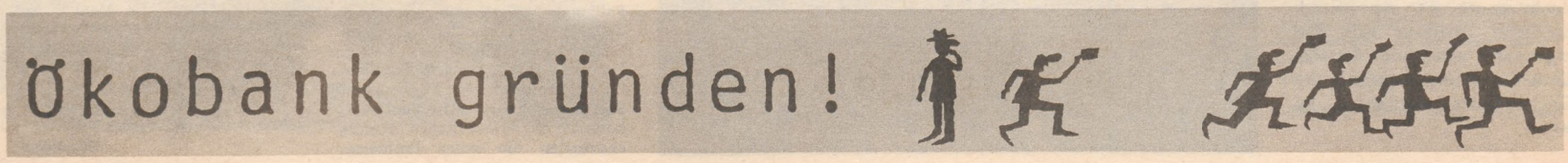
*Unsere Kritik an diesem Gedanken lautet: Auch in solch einem System ist Inflation möglich. Was passiert, wenn irgendwelche Kosten extrem steigen (z.B. Ölkrise)? Die Inflation wird bei fester Geldmenge dadurch zum Ausdruck kommen, daß die real geschaffenen Werte abnehmen (weniger Produktion). Daraus resultiert steigende Arbeitslosigkeit.*

*Damit sind wir beim zweiten, wesentlich wichtigeren Kritikpunkt: Es gilt nicht nur mit der Inflation fertigzuwerden. Dies wird nicht nur von Siegfried Schwenke, sondern auch von unserer sonst doch so „weitsichtigen" Bundesregierung vergessen.*

*Die wichtigste wirtschaftliche Problem ist die Arbeitslosigkeit. Ein Geldsystem wie wir es zur Zeit haben (also eine vom Sozialprodukt weitgehend abgekoppelte Geldmenge) kann unter anderem als Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Dieses geschieht momentan nicht.*

*Sich aber eines durchaus sinnvollen Instrumentes zu berauben, weil die gegenwärtige Politik, so wie der Autor, auch nur die Inflationsbekämpfung vor Augen hat, halten wir für unsinnig.*

*Michael Bräninger*
*Michael Lucht*



Delegiertenkonferenz

# Nachtrag

**Die zwei CONTRASTE-Seiten sind das Forum des Vereins. Bei der Mitgliederwerbung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Diskussion dort stattfindet. Jedes Mitglied erhält die Zeitung. Also auch die wenig- oder nichtaktiven Mitglieder. Das ist gut so. Sie zahlen ja dafür. Die Redaktion wird vom Büro in Oberursel gemacht. Wie Helmut Richter auf der letzten Delegiertenkonferenz betonte, sollen Beiträge die Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenversammlung betreffend vorrangig in CONTRASTE diskutiert werden, da Forum des Vereins.**

*Rupert Bobinger, Vorstand des LV Bayern, schrieb nach der MV in Köln einen Beitrag für CONTRASTE. Um den Redaktionsschluß für die Aprilnummer nicht zu verpassen, wurde der Artikel direkt in Oberursel vorbeigebracht. Da bis zur Delegiertenkonferenz (24.5.86) über den Artikel Stillschweigen herrschte, wollten wir diese Frage zur Delegiertenkonferenz geklärt wissen.*

*Also – den Artikel von Rupert gab es noch. Und er war nach Helmut Richters Worten auch genau auf CONTRASTE zugeschnitten. Nach langer Diskussion erklärte K. Bergmann vom Vorstand kurzum, der Artikel sei zu lang. Er würde die zwei CONTRASTE-Seiten beanspruchen. Das war ein Argument. Wir überzeugt. Länge ist langweilig. Wir verblieben mit D. Reinke daß der Artikel nach München zurückkommt und gekürzt wird. Er kam. Noch K. Bergmanns Worte von der Länge im Ohr, verglichen wir Ruperts Artikel mit dem von K. Bergmann über die Zukunft des Vereins. Ruperts Artikel hatte noch nicht einmal die Hälfte der Wörter. Zorn stieg auf. Lügt uns doch K. Bergmann vor versammelter Delegiertenkonferenz einfach solche Sachen ins Gesicht. Das ist der neue Umgang zwischen uns besseren Menschen, wie sie K. Bergmann in seinem Artikel beschwor.*

*M. Berger stellte etwas später die Gretchenfrage: ob wir denn dem Vorstand der Ökobank-Vorgenossenschaft nicht trauen würden? Es war schwer, eine evtl. vorschnelle Meinung zu äußern. Um es jetzt klar zu sagen: einem K. Bergmann, der einem so ins Gesicht lügen kann, traue ich nicht.*

*Fazit: Wir gehen davon aus, daß nunmehr der erneut beigefügte Artikel in voller Länge in der nächsten CONTRASTE erscheint. Sämtliche Vereinsmitglieder haben einen Anspruch darauf.*

**H. Jürgen Kühn**
**Büro München**

# Leserbrief

Eure Beitrags-Mahnung (tut mir leid, Schlamperei) gibt mir Veranlassung, einen Wunsch zu äußern.

Jüngst wurde in Hamburg zu einer Mitgliederversammlung geladen, Tagesordnung. Gründung eines Landesverbandes. Die Veranstaltung war der helle Schwachsinn. Dem Außenstehenden wurde nach und nach klar, daß persönliche Animositäten und unterschiedliche Ansichten zum Thema Organisation das ohnehin dünne Häuflein der hiesigen Aktivisten in zwei Lager gespalten haben, die mehr gegen- als nebeneinander arbeiten.

Die Versammlungsleitung, total parteiisch, war sowohl mit der Klärung der Lage wie mit der Herbeiführung einer Entscheidung überfordert. Schwupp, hatten die Dröhner vom Dienst die Rednerliste mit zehn Namen gefüllt. Sie wurde denn auch prompt geschlossen, bevor es auch nur zu einem einzigen konstruktiven Beitrag kommen konnte. Resultat: Wer Sachen hören, beziehungsweise reden wollte, nahm stattdessen den Hut und ging.

Es wäre sicher hilfreich, wenn mal jemand mit etwas mehr Tiefgang von außen käme und die Leute hier von ihrer Provinzposse ab- und auf eine sinnvolle Arbeit hinlenken würde. Dies wünscht sich Euer Kohle-Trimmer **Kai Krüger**

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

# Der verwaltete Verein

*„...Ihr versteht: ich meine, daß wir keine andern Herren brauchen, sondern keine!"*

*(B. B.)*

Wie nur konnte es dazu kommen, daß die großen Genossenschaften von Raiffeisen bis Neue Heimat, die doch mit so hehren Idealen von Solidarität angetreten waren, derart auf dieses kapitalistische Niveau von heute degenerierten?

Eine sehr drängende Frage für alle, die sich heutzutage daran machen, den genossenschaftlichen Geist wieder aufleben zu lassen.

Eine Ursache für diese Fehlentwicklung ist sicher, daß diese Genossenschaften schließlich zu groß wurden, zu undurchsichtig und zu mächtig. So konnte sich diese Macht verselbständigen und auch durch die demokratischste Unternehmensform, nämlich die der Genossenschaft, nicht mehr wirksam kontrolliert werden.

Aus dieser Erfahrung heraus sind die meisten der neueren Versuche, solidarisch zu arbeiten, immer so sehr darauf bedacht, ihre Strukturen klein, überschaubar und kontrollierbar zu halten. Aus diesem Grund hat sich die Szene bisher auch gegenüber dem Öko-Bank-Projekt so sehr zurückgehalten: sie hat Angst, daß dieses ‚heißeste und dickste Ding der Szene' zu gigantisch angelegt ist, undurchschaubar wird und letztlich ihr Ideal vom demokratischen Wirtschaften pervertiert.

**Die Umbenennung des Vereins**

Es ist deshalb eine krasse Mißdeutung, wenn man meint, die Szene bleibt dem Projekt fern, weil das Wort Bank zu sehr die politischen Intentionen verdeckt. Und darum bräuchte man nur den Verein in ‚Gesellschaft für Selbstverwaltung und Ökologie' umbenennen, dann wäre der politische Anspruch deutlich, die Szene könnte sich mit dem Projekt identifizieren und würde sich auch gleich mehr engagieren. Oder, wie es Geschäftsführer Dieter Reinke formulierte, daß sich niemand für einen Verein zur Förderung des Fahrrads einsetzen würde, daß sich aber sehr viele engagieren würden, wäre durch den Namen erkennbar, daß es sich um eine Initiative für eine alternative Verkehrspolitik handele.

Wie kann man nur so anmaßend sein, zu glauben, die kritischen Leute der Szene, in der die Ökobank doch längst diskutiert wird, hätten nicht mitbekommen, daß hinter der Sache auch ein politischer Anspruch steht und müßten durch die Namensänderung des Vereins nochmal besonders darauf hingewiesen werden. Das ist Selbstbetrug, weil man damit die Augen verschließt vor den durchaus berechtigten Kritiken der Szene. Viele warten doch nur auf den Beweis, daß eine bundesdeutsche Institution in der Lage ist, ihre großproklamierten Ideale von Demokratie zu verwirklichen, ehe sie sich dafür auch engagieren wollen. Umso frustrierender ist es, zu sehen, wie sich stattdessen im Verein ein zentrales Machtorgan bildet und verselbständigt.

**Die Methode der Mißgeschicke**

Wohl jedem, der begann, für das Öko-Bank-Projekt zu arbeiten, war klar, daß man mit großen Schwierigkeiten von außen und innen zu rechnen hat. Man muß sich mit den Etablierten der Finanzwirtschaft, denen die Sache zu politisch ist, genauso herumschlagen wie mit der Alternativwirtschaft, der eine Bank von vornherein verdächtig ist. Und dann der Zwang, bis April 1987 die 6 Millionen gesammelt zu haben, und dann diese Reinfälle mit den Werbekonzepten, und dann die Kinderkrankheiten eines schnell wachsenden Vereins, und dann diese Finanzmisere, und so weiter. Gründe genug also, nachsichtig zu sein, sollte nicht alles planmäßig ablaufen. Die Pannen im Verein haben auch nicht lange auf sich warten lassen. Waren sie zunächst nur ärgerlich, dann bedenklich, sind sie mittlerweile so gravierend, daß sie den Sinn des Unternehmens in Frage stellen. Denn so verständliche Mißgeschicke im Einzelfall auch waren, so ist doch spätestens nach der letzten MV in Köln deutlich geworden, daß sie METHODE haben.

Dezentralität und Basisdemokratie hatte sich der Verein auf die Fahne geschrieben. Oder soll man das Konzept von Regionalgruppen und einer ‚Wirtschaft von unten' wieder nur so verstehen, daß die da unten arbeiten und die da oben lenken? Wohl doch nicht. So hätte man sich eigentlich schon mit der Gründung des Vereins Gedanken machen können, mit welcher Organisationsstruktur man diese Prinzipien verwirklichen will.

Als auf der ersten MV im Herbst 84 die mittlerweile bundesweit entstandenen Gruppen ihre Partizipationsansprüche anmeldeten, fanden sie den Verein darauf recht unvorbereitet. Mit dem Beschluß, die Bildung von Landesverbänden anzuregen und aus diesen den Vorstand paritätisch nach Ländern zu besetzen, aber erst wenn sich mindestens sieben Landesverbände gebildet haben, wurde ein halbherziger Kompromiß gefunden. So gründeten sich also in einigen Ländern Landesverbände, die jedoch bald erstaunt feststellen mußten, daß die von der MV beschlossene Satzungsänderung nicht eingereicht worden war. Offiziell gab es darüber keine Erklärung.

Auf der nächsten MV – ein Jahr später – schien der alte Beschluß ganz vergessen, stattdessen wurden neue Regionalisierungsmodelle vorgestellt. Da im Vorfeld dieser MV die Mitglieder nur unzureichend über die verschiedenen Modelle informiert worden waren, wurde in der allgemeinen Konfusion nur wieder eine Zwischenlösung gefunden. Die bestand darin, die neu beschlossene Vereinsstruktur, bestehend aus dem ausdrücklich nach einzelnen Resorts gewählten achtköpfigen Vorstand und dem beigefügten Delegiertenrat, nur für den befristeten Zeitraum von fünf Monaten auf Probe laufen zu lassen. Dem Einwand aus Bayern, daß der sich aus den Ländern konstituierende Delegiertenrat keine Sanktionsmöglichkeiten gegen den nach Fachkompetenz gewählten Vorstand habe, wurde mit dem Argument widersprochen, daß sich der Vorstand effektiv doch niemals gegen einen Delegiertenratsbeschluß verweigern könnte.

Ferner wurde auf dieser MV einem Antrag stattgegeben, der es verdient, wörtlich wiedergegeben zu werden, weil er so schön ist und weil er so schön mißachtet wurde:

*„Ämterhäufung innerhalb des Vereins und seiner sämtlichen Gliederungen ist verboten. Niemand darf gleichzeitig z.B. im Bundesvorstand und in einem Landesvorstand oder Beirat sein. Begründung: Wir wollen Machtkonzentrationen bei einzelnen Personen ausschließen und gleichzeitig möglichst viele Menschen in verantwortlichen Positionen des Vereins haben. Da zudem die Arbeit in Entscheidungsämtern unseres Vereins sehr zeitraubend und unentgeltlich ist, wäre jemand mit zwei oder noch mehr Ämtern hoffnungslos überfordert."*

Der für die Länder wichtige Antrag zur Doppelmitgliedschaft, daß die Mitglieder des Bundesvereins automatisch Mitglieder der Landesverbände werden sollen, wurde damit vertröstet, daß man eine Kommission einsetzen wollte, die diese Frage mit all ihren rechtlichen Konsequenzen bis zur nächsten MV klärt.

All diese so schön gefaßten Beschlüsse wurden, wie sich auf der dritten MV in Köln herausstellte, ignoriert. Wie man den Delegiertenrat umgehen kann, wurde anhand der Gründung der Vorgenossenschaft sehr deutlich gezeigt: man informierte ihn einfach nicht, dann kann er auch nicht beschließen und der Vorstand kann tun, was er will. Die auf Probe angesetzte Vereinsstruktur mitsamt der personellen Besetzung des Vorstandes wurde dadurch festgeschrieben, daß man einmal in der offiziellen Erklärung vergaß, auf die Möglichkeiten der Satzungsänderung hinzuweisen und zum Zweiten anstelle von Vorstandsneuwahlen mit Aufstellen von Kandidatenliste und Personaldebatte auf die Tagesordnung nur die Bestätigung des alten Vorstandes setzte. Daß gegen den Mißtrauensantrag aus Bayern – wegen Ämterhäufung gegen Michael Berger und Karl Bergmann – die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Vorgenossenschaft sind, mit dem Argument widersprochen wurde, der Verein müsse die politische Kontrolle über die Vorgenossenschaft behalten, spricht dem Beschluß der letzten MV Hohn. Dabei war es dann schon fast unerheblich, daß sich die Vorstände weniger an ihre Resorts hielten. Überflüssig noch zu erwähnen, daß zur Frage der Doppelmitgliedschaft keine Kommission eingesetzt worden war und auch in Köln damit vertröstet wurde, man müsse erst das ganze Umfeld klären.

Es ist nun gerade in Bayern viel darüber diskutiert worden, wer oder was hinter dem Ganzen steckt. Manche sahen ein Komplott der Selbstverwaltungsbewegung, andere das Überhandnehmen idealloser Pragmatiker, andere sahen einen Frankfurter Zentralismus, und wieder andere die typische Profilierungssucht einzelner am Werk. Wenn es auch Indizien für das eine oder andere gibt, so kann ich mich selbst keinem dieser Deutungsversuche vollständig anschließen. Festzustellen bleibt aber trotzdem, daß die Demokratisierung des Vereins systematisch vereitelt wird.

Diese Verfehlungen sind schlimm genug für jeden normalen Verein, umso schlimmer aber für einen, der sich gerade in dieser Hinsicht anderen Idealen verschrieben hat. Irgendwann muß er sich selbst an den Maßstäben der großen Ziele messen lassen, die er so vollmundig verkündet.

**Die großen Ideale**

Es gibt drei große Bewegungen, die den Nährboden für das gesamte Projekt bilden. Es gibt drei große Ansprüche, die mit der Ökobank verwirklicht werden sollen: Frieden – Ökologie – Selbstverwaltung.

Zunächst zum Frieden. Wurde in der ersten, grünen Broschüre noch stark an die Friedensbewegung appelliert mit der Beschwörung des wirtschaftlichen Machtpotentials der Hunderttausenden von Demonstranten, hielt man sich im folgenden zunehmend zurück mit Visionen ökonomischer Revolution. Verständlich, nach dem man sich etwas pragmatischer mit BAK, BVR, betriebswirtschaftlicher Funktionsfähigkeit einer Bank und sonstigen Fallstricken ideeler Ideen beschäftigt hatte. Und da man auch keine spezielle Friedenswirtschaft ausmachen konnte, die man hätte mit Subventionen fördern können, blieb für das Friedenskriterium nur noch die passive Verweigerungshaltung: kein Geld für Rüstungsbetriebe. Unehrlich freilich, daß im gelben Flugblatt weiterhin mit – wenn auch nur einem Teil – der 600 Milliarden Spareinlagen der privaten Haushalte spekuliert wird, mit denen man „deutliche Akzente" setzen könnte. Anstatt sich über ‚bayrische Milliardenbankiers' zu mokieren, sollte sich der für das Ressort Bankwesen verantwortliche Vorstand lieber mit Frankfurter Werbe-Machern auseinandersetzen.

Für den Bereich Ökologie bleibt nur beschämend festzustellen, daß er vernachlässigt wird. Thomas Maus und Karl-Heinz Brendgen, zwei Vertreter dieser Richtung, sind nicht mehr im Vorstand und das dafür zuständige Vorstandsmitglied, Michael Berger, beschäftigt sich damit nur unter ‚ferner liefen'.

Was die Selbstverwaltungsbewegung betrifft, so teile ich zwar Karl Bergmanns Meinung, daß diese oft zu kleingeisterisch auf ihrer Autonomie beharrt, anstatt eine alternative Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Nur löst man das Problem nicht, indem man diese autonomen Gruppen zwangsvereinigt, sondern nur dadurch, daß man demokratische Strukturen schafft, die diese Gruppen zusammenführen können, ohne sie zu vereinnahmen. Legt man aber die Kriterien der Selbstverwaltung als da wären, arbeiten ohne Hierarchie, umfassende Information aller Mitglieder, gemeinsame Entscheidungen, an den Verein selbst an, so bleibt nur festzustellen. der Verein ist verwaltet, aber eben nicht selbstverwaltet.

**Rupert Bobinger**
**(Vorstand LV Bayern)**

**Bestellcoupon**

O **Kontrovers, Streitschrift für eine andere Finanz- und Wirtschafts-Politik** Nr. 1, Mai 1986 2,00 DM

O **Banken und Atomenergie** Eine Zusammenstellung von Jochen Mende 1,50 DM

**Bestellung an.** „Freunde und Förderer der Ökobank e.V.", Postfach 51 25, 6370 Oberursel 5
(Vorauskasse in Briefmarken)

O **Handbuch für Aktive** 15,00 DM

**Bestellungen nur an:** Thomas Maus, Wittelsbacher Allee 25, 6 Frankfurt
(Vorauskasse per Scheck oder Cash)

**TERMINE** von Veranstaltungen, Demonstrationen, Festivals, Happenings, ..... an Bernd Kappel, WIR-Gemeinschaft, Richard-Biener-Str. 13, 7453 Burladingen

Es soll ein bundesweiter Terminkalender erstellt werden, um die Vereinsaktivitäten, Präsenz und Werbung besser koordinieren zu können. Wichtig sind alle größeren Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung.

Ökobank gründen!

# Das Umbau-Projekt

**Grundriß einer Strategie**

*Red. Berlin* Der größte Verdienst der Redaktionsgruppe des „Umbau-Programms" in der Bundestagsfraktion der GRÜNEN besteht wohl darin, daß sie das richtige Stichwort gegeben haben. Das, was in den vielen Initiativen, Projekten und Betrieben seit Jahren betrieben wird, hat mit Revolution genausowenig zu tun wie mit Reformismus (jedenfalls i.d.R.). Aktive Strukturänderung – in kleinen, überschaubaren Räumen – würden es die Soziologen nennen und Umbau ist das passende umgangssprachliche Schlagwort.

Neben dem Stichwort ist auch das methodische Vorgehen – alle Ansätze gesellschaftlicher Veränderung in einem Programm zu integrieren – vorbildlich. Ohne die vielerorts geäußerte Kritik hier nochmal zu wiederholen kann die inhaltliche Ausgestaltung ad acta gelegt werden und soll auch für die folgenden Überlegungen keine Rolle spielen.

Folglich sei nun das Stichwort genommen, die übergeordnete Zielsetzung (gesellschaftlicher Strukturwandel) und die Methode. Das alles auf die Ebene von Initiativen und Projekte übertragen ergibt nun das Umbau-Projekt. Was das nun genau sein soll, wird „konkret-utopisch" in dem Artikel „Neulich auf der Umbau-Konferenz" beschrieben.

Wenn es also ein ernsthaftes Interesse gibt, den gesellschaftlichen Strukturwandel – den Umbau – besser zu koordinieren und zu einer initiativ- und projektübergreifenden Strategie zu gelangen, dann ist das Umbau-Projekt ein geeignetes Instrument dazu. Natürlich soll nicht der Fehler der grünen Programm-Gruppe wiederholt werden und alles auf „einen Schlag" erledigt werden. Es muß vorgelagerte Stufen oder Bausteine des Umbau-Projektes geben, deren Realisierung unabhängig von parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen ist. Über die vielfältigen Initiativen und Projekte muß es doch schon heute möglich sein, in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen mit dem Umbau zu beginnen bzw., wenn man genau hinsieht, hat er schon begonnen. Von den Parteistrategen mögen die kleinen, zaghaften Ansätze belächelt werden, aber eine gutgemachte Aufklärungsbroschüre über biologische Lebensmittel einer Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft ist sicherlich ein bescheidener Beitrag zum Thema „ökologischer Landbau", aber besser als das jahrelange Warten auf die Vorschrift, daß es für biologische Lebensmittel ein Prüfsiegel geben soll.

Trotz der anfänglichen Bedeutungslosigkeit – im gesamtgesellschaftlichen Kontext – machen solche Ansätze auch deutlich, daß der Umbau der Industriegesellschaft ein hartes Stück Arbeit ist, viele Akteure voraussetzt und vor allem ein umfassender Lernprozeß ist; und nicht ein gesetzlich verordneter Naturzustand. Der Umbau der Industriegesellschaft wird nur dann geleistet werden können, wenn die Akteure sich die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und z.T. auch erkämpfen. Über (durch parlamentarischen Einfluß) verbesserte Rahmenbedingungen, die Umbau-Akteure zu motivieren, kann nicht ernsthaft der Ansatz einer sich emanzipatorisch gebenden Bewegung sein.

Ein Umbau-Initiativen-Programm kann durchaus eine Plattform sein, auf der die vielfältigen, isoliert nebeneinander agierenden, in allen Ecken der Republik zerfaserten Projekte und Initiativen, sich auf eine gemeinsame, gesellschaftsverändernde Strategie verständigen.

Auch wenn durch die Drohgebärden Reagans die akute Kriegsgefahr heraufgeschworen wurde, wenn durch das Reaktorunglück von Tschernobyl die Atomtechnologie ihre menschenverachtende Fratze einmal mehr entblößt hat, wenn der alltägliche Widerstand gegen dieses industrielle Gesellschaftssystem (ob privat- oder staatskapitalistisch) kaum Raum läßt für Utopien, sollten wir uns nicht davon abhalten lassen, an diesen Utopien zu arbeiten.

**Der Initiativ-Ansatz**

Bei der Suche nach der „richtigen" Strategie zur Gesellschaftsveränderung kann es nicht darum gehen, ob diese nun revolutionär oder reformistisch, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch ist. Gesellschaftlicher Wandel erscheint in der heutigen Situation nur möglich, wenn alle emanzipatorischen Kräfte an „einem Strang" ziehen. Dazu gehört, daß parlamentarische Initiativen durch politischen Druck, z.B. in Form aktionistischer Ansätze wie Haus- oder Fabrikbesetzungen flankiert werden. Oder andersherum: Blockaden und andere Formen zivilen Ungehorsams sind um so wirkungsvoller, wenn sie durch Mandatsträger – als Personen des öffentlichen Lebens – mitgetragen werden.

Doch bevor das gelingen kann, diese unterschiedlichen strategischen Ansätze zu einem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß zu integrieren, muß erstmal die sehr weit verbreitete Projekt-Egozentrik abgebaut werden. Jedes einzelne Projekt, jede einzelne Initiative ist wichtig, aber in seinem/ihrem Zusammenhang nur wirkungsvoll, wenn sie/es in einem Gesamtzusammenhang steht.

Diese Egozentrik führt dazu, daß die GRÜNEN sich zu irgendeinem Bericht was überlegen, sich kaum einen vollständigen Überblick verschaffen (können) und daher, meist nur volkswirtschaftliche und sozialpolitische Auswirkungen im Kopf habend, Gesetzesentwürfe erarbeiten, die selten auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind. In einigen Bereichen gibt es durchaus eine gute Zusammenarbeit zwischen Initiativlern und Parlamentariern, aber grundsätzlich wird die Zusammenarbeit dem Zufall überlassen.

Idealtypischerweise wird ein gesellschaftlicher Mißstand durch diverse Initiativen aufgegriffen und öffentlich gemacht. Je nach Art und Dimension eines solchen Defizits, können Lösungen im Kleinen ausprobiert werden, um Modelle zur gesellschaftlichen Verallgemeinerung zu entwickeln. Zur Verallgemeinerung solcher Modelle werden dann meistens die Änderung staatlicher Rahmenbedingungen und staatliche Unterstützungen vonnöten, was dann die Aufgabe der Parlamentarier ist.

Der übliche parlamentarisch-bürokratische Gang solcher Initiativen muß – sofern diese von einer kleinen Partei wie den GRÜNEN getragen werden – durch öffentlichen Druck, Demonstrationsobjekte, Aktionen von Betroffenen und Umsetzungskonzepten massiv begleitet werden. Allein das Warten auf den großen gesellschaftsverändernden Wurf durch neue, parlamentarische Mehrheiten wird wenig verändern.

Die Schwerfälligkeit des staatlichen Apparates ist wohl allseits bekannt.

Fazit. Der Initiativ-Ansatz zum Umbau der Industriegesellschaft besteht darin, daß darauf hingearbeitet werden soll (muß), daß das Zusammenspiel zwischen Basis-Initiativen und parlamentarischen Kräften (bei den GRÜNEN und der SPD) so produktiv gestaltet werden kann, daß der gesellschaftsverändernde Prozeß sich aus dem Wechselmechanismus Aktionismus/Initiativkraft und legislative/exekutive Maßnahmen heraus entwickelt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

# Die Baustein-Symphonie

**Sechs Kongreßzyklen für Regionalorchester**

Die Zusammenarbeit zwischen Projekten und Initiativen auf der einen Seite und den Parlamentsfraktionen auf der anderen Seite würde besser laufen, wenn es eine gemeinsame Plattform gäbe, ein gemeinsames Konzept zu gesellschaftlichem Wandel. Das in anderen Beiträgen schon erwähnte Umbau-Programm ist vom Ansatz her gut geeignet, eine solche Plattform zu bilden. Die Reduzierung auf Staatshaushalte und gesetzliche Maßnahmen muß allerdings aufgehoben und durch initiativpolitische Ansätze ergänzt werden.

Um solche initiativ-politischen Ansätze zu entwickeln wäre es notwendig, entsprechende Kommunikationsstrukturen zu schaffen. Dafür bieten sich zum einen Kongresse, Seminare an und zum anderen Dokumentationen (Bücher, Broschüren). Wünschenswert wäre es, wenn in jedem Bereich, in dem es einen Überblick über die Initiativen und Projekte dort gibt, sich die interessierten Leute zusammensetzen, um ihren Bereich zu organisieren und eine Baustein-Strategie zu entwickeln.

Die im folgenden aufgelisteten Bereiche/Bausteine sind analytische Kunstprodukte. Selbstverwaltete Betriebe spielen in fast allen anderen Bereichen eine wichtige Rolle, Frauenaspekte und die Integration von Benachteiligten-Gruppen gehören ebenfalls in alle anderen Bereiche. Doch auf einem Ökologie-, Selbstbestimmungs- und Anti-Diskriminierungskongreß mit 2.000 Teilnehmern würde sicherlich nicht annähernd soviel rumkommen wie bei der hier vorgeschlagenen Tagungsreihe. Dabei ist wohl das wichtigste Ziel des Umbau-Projektes dieses integrierende Moment über den gemeinsamen Rahmen herzustellen.

Als Bereiche/Bausteine fallen mir nach oberflächlichem Nachdenken folgende ein:

1. Arbeitslose
2. Ausländer
3. Behinderte und Alte Menschen
4. Bildung und Forschung
5. Dritte Welt
6. Finanzierung
7. Frauen
8. Frieden
9. Gesundheit und Selbsthilfe
10. Jugend und Ausbildung
11. Knast
12. Kultur
13. Medien
14. Ökologische Haus- und Stadtsanierung
15. Ökologischer Landbau
16. Psychiatrie
17. Sanfte Technologien
18. Selbstverwaltete Betriebe
19. Sexuelle Minderheiten
20. Soziale Absicherung
21. Verkehr

Es gibt sicherlich weitere Bereiche, bzw. sind einige Bereiche weiter zu differenzieren und andere ggf. zusammenzulegen. In diesen 20 bis 25 Bereichen sollten Kongresse und Seminare organisiert werden, mit und ohne Öffentlichkeit, um eine Bestandsaufnahme in dem jeweiligen Bereich zu machen und eine gemeinsame Perspektivstrategie zu entwickeln. Damit der Zusammenhang zu den anderen Bereichen deutlich wird (gemeinsames Markenzeichen: Umbau-Projekt), erscheint die Zusammenfassung von 3 bis 5 Bereichskongressen zu sogenannten Kongreßzyklen sinnvoll, was die Öffentlichkeitsarbeit erheblich erleichtern würde. Im Anschluß an jeden Kongreß sollten dann Dokumentationen erstellt werden, um auch weitere Kreise „der Bewegung" zu erreichen.

Parallel dazu sollten sich in den Regionen Umbau-Arbeitskreise bilden, die Baustein-übergreifend regionale Umbau-Konzepte entwikkeln. Die einzelnen Baustein-Kongresse sind dann auch in der Regie von Regional-Arbeitskreisen durchzuführen.

M. M.

## Achtung fertig ...los!

Damit das alles nicht nur schönes Gelaber bleibt, folgen sogleich die ersten Taten. Und es geht noch im Herbst los. Der erste Kongreßzyklus wird im November über die Bühne gehen.

**7.–9. November in Bremen**
Seminar
„Selbstverwaltungswirtschaft"
für Vertreter von Verbünden und Verbänden von selbstverwalteten Betrieben.

**14.–16. November in Berlin**
Kongreß
„Ökologische Haus- und Stadtsanierung" für Architekten, Bauhandwerker und Mietergruppen.

**Ende November in Karlsruhe**
Kongreß
„Sanfte Technologien" für Bastler, Techniker und Ingenieure (unter Vorbehalt).

# Neulich auf der Umbau-Konferenz...

**Bericht eines (noch) nicht stattgefundenen Kongresses**

*Red. Berlin* Ganz im Zeichen der kommenden Bundestagswahl stand die diesjährige Umbau-Konferenz am letzten Wochenende in Freiburg. Der Initiativen-Verband des Umbau-Projektes hatte den Forderungskatalog zu verabschieden, der den GRÜNEN „mit auf den Weg" gegeben werden soll. Über inhaltliche Fragen gibt es mit den GRÜNEN kaum Differenzen, doch pochen die im Umbauprojekt zusammengeschlossenen Initiativen und Projekte auf 4 „sichere" Listenplätze, um ihre Interessen in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Landwirtschaft und Dritte Welt selbst wahrnehmen zu können und bei der Realisierung ihrer Vorstellungen mitzuwirken.

Im Unterschied zu den letzten Treffen dieser Art gab es diesmal keine gravierenden internen Konflikte. Der Einfluß der Macherfraktion aus dem Finanzforum ist durch die von den Frauen geforderte Quotierung bei der Besetzung der Strategiekommission merklich eingeschränkt worden. Auch konnte der Konflikt zwischen den Regionalarbeitskreisen Bayern und Südhessen auf der letzten Konferenz beigelegt werden. Ein wenig Konfliktstoff kam auf, als die Bereichsgruppe „Selbstverwaltungswirtschaft" den Antrag einbrachte, daß Beschlüsse, die für das Umbauprojekt bindend sein sollen, lediglich eine 2/3 Mehrheit benötigen, statt – wie bisher – einstimmig gefaßt werden müssen. Dies wäre notwendig – so die Selbstverwalter – um das Umbauprojekt stärker zu einem handlungsfähigen Verband auszubauen. Es gelang zwar, eine überwältigende Mehrheit für diesen Vorschlag zu gewinnen, jedoch verhinderten die Autonomen aus Berlin und die Regionalisten aus Bremen die erforderliche Einstimmigkeit. Das Umbau-Projekt bleibt somit eine Arbeitsgemeinschaft auf freiwilliger Basis.

Die Berliner Regionalarbeitsgruppe erhielt auch flugs ihre Quittung. Bei den Nachwahlen zum Beirat des Idee-Institutes unterlag der Berliner Vertreter gegen die Vertreterin der Bereichsgruppe „Kultur". Auch bei der Festlegung von Schwerpunktprogrammen in den gemeinsamen UmbauFonds (die Einzahlung in dieses ist den Initiativen freigestellt) wurden Berliner und Bremer Vorschläge weitgehend abgewiegelt.

Der zweite Konferenztag stand ganz im Zeichen der Positionspapiere der diesjährigen Strategiekommission, die auf der traditionellen Sommerklausur erarbeitet wurden.

Positionspapier 1 umfaßte die inhaltlichen Forderungen an die GRÜNEN für die kommende Legislaturperiode. Hier hat jede Bereichsgruppe eine Problemskizze und entsprechende Lösungsvorschläge festgelegt. Es setzte sich der Standpunkt durch, daß insbesondere Bereiche, in denen bisher die Initiativen noch relativ schwach sind (Verkehr, Frieden und Kultur) bevorzugt angegangen werden sollten. Selbstverwaltungswirtschaft und Gesundheit/Selbsthilfe als Bereiche mit den umfangsreichsten Aktivitäten, erhielten die geringste Priorität.

Allerdings konnte nicht in allen Fragen Konsens erzielt werden, so daß ein Positionspapier 3 zustande kam, in dem die Forderung nach "sicheren" Listenplätzen für die Bereiche aufgestellt wurden, in denen es unterschiedliche Meinungen gibt. (s.o.) Am Schluß dieser Diskussion wurde eine 3-köpfige Verhandlungskommission gewählt, die den Auftrag hat, entsprechende Gespräche mit den GRÜNEN zu führen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit den GRÜNEN in der Vergangenheit wurde der Vorschlag gemacht, daß auch mit der SPD verhandelt werden solle, was einstimmig beschlossen wurde.

Die Strategie-Kommission erhielt für ihre Sommerklausur im nächsten Jahr den Auftrag, Vorschläge für einen Entwicklungsdienst für die 3. Welt zu erarbeiten. Entsprechende Konzepte wurden bereits im Rahmen mehrerer Projektstipendien am Ideen-Institut erarbeitet.

Am Ende der Tagesordnung stand noch die Vergabe der Redaktion für das Umbau-Jahrbuch, der gemeinsame Rechenschaftsbericht aller Regionalarbeitskreise und Bereichsgruppen. Der Auftrag ging nach Nord-Niedersachsen, die gleichzeitig auch Ausrichter der nächsten Umbau-Konferenz sind.

Das Umbau-Jahrbuch, inzwischen ein fast 1000seitiges Kompendium ist eine Aufzählung aller Aktivitäten und Initiativen aus einem Jahr. Es dokumentiert den "Stand der Bewegung" in Quantität und Qualität. Es ist ein Wirtschaftsalmanach der selbstverwalteten Betriebe und enthält die Finanzströme der alternativen Finanzfonds, es enthält eine Umweltbilanz und Sozialstatistiken.

M.M.

### Das Umbau - Projekt

**Arbeitsgemeinschaft Umbau - Initiativen (AGUMI) e. V.**
**Mitglieder: Regionale Umbau - Kreise (RUKs)**
**Bereichsgruppen (BGs)**

**Organisation:**

1. **Umbau - Informations - Büro** (Koordination, Öffentlichkeitsarbeit)
2. **Umbau - Konferenz** (Jährliche Mitgliederversammlung)
   - jeder RUK und jede BG hat eine Stimme
3. **Umbau - Strategie - Kommission** (Lenkungsgremium zwischen den Umbau - Konferenzen)
   besteht aus je zwei Vertretern aller RUKs und BGs
   tagt jedes Jahr in einer 14 - tägigen Sommerklausur, um Auswertungen der Aktivitäten vorzunehmen und Strategie - Vorschläge für die Umbau - Konferenz zu erarbeiten.
4. **Umbau - Ideen - Institut**
   Entwicklungs - Agentur des Umbau - Projektes
   vergibt Projekt - Stipendien für 2 Mon. bis 2 Jahre zur Erarbeitung von Umsetzungs - Konzepten.
   Stipendien vergibt 5-köpfiger Beirat, der von der Umbau - Konferenz gewählt wird.
5. **Umbau - Sondervermögen**
   Der Zusammenschluß der alternativen Finanzierungsfonds, sowie der gemeinsame Fond des Umbauprojektes
   Entscheidungen über Verwendung und Anlage werden auf der Umbau - Konferenz getroffen
6. **Umbau - Informations - Dienst**
   Es gibt regelmäßige Umbauseiten in der CONTRASTE, sporadische Sonderseiten in der TAZ und ein jährliches Umbau - Jahrbuch.
7. **Umbau - Lernwerkstatt**
   Koordinationsstelle für Bildungsaktivitäten innerhalb des Umbau-Projektes.

**Die Regionalen Umbau - Kreise**
In jeder Region sind alle umbau - orientierten Projekte, Initiativen, Gruppen, Betriebe und Einzelpersonen in Umbau - Kreisen zusammengeschlossen, teils als lockerer Verbund, teils als e.V.
Die RUK organisieren Tagungen, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen, sowie Öffentlichkeitsarbeit in der Region.
Die meisten RUKs haben sogenannte Umbau - Agenturen eingerichtet. Dies sind regionale Fördergesellschaften (Beratung, Finanzierung, Qualifizierung, Forschung), die professionell besetzt sind - im Gegensatz zu den RUKs, die keinen eigenen hauptamtlichen Apparat haben.

**Die Bereichsgruppen**
Alle Bereiche (Selbstverwaltungswirtschaft, Dritte Welt, Frauen usw.) sind überregional vernetzt und stehen in einem ständigen Austausch. Jede Bereichsgruppe ist bei einem RUK angesiedelt und an einer Fördergesellschaft beteiligt.

gir deficitus (Pleitegeier)

### Finanzierungsinstrumente für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Nachdem auf einer Wochenendtagung im Juni 1986 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Der alternative Stand der Dinge" der Dialog zwischen Vertretern aus selbstverwalteten Betrieben, Selbsthilfeprojekten und Gewerkschaften eröffnet wurde, soll diese Tagung geprägt sein von der Diskussion über die Finanzierungsproblematik und -konzepte für Betriebe und Projekte, wobei sowohl staatliche Förderungsprogramme als auch neue privatwirtschaftliche Finanzierungskonzepte im Mittelpunkt stehen werden. Dabei sollten die typischen und speziellen Gründungs- und Finanzierungsschwierigkeiten diskutiert und die Bedeutung solcher speziellen Förderungsprogramme kritisch analysiert werden.

Diese Tagung wird vom 12. bis 14. September 1986 im Lagerhaus Schildstraße, Bremen, stattfinden.

**Anmeldung und Tagungsunterlagen über: Netzwerk Bremen-Nordniedersachsen, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1**

# Selbsthilfe-was nun?

**Gegen die Selbstverwaltung von Armut**

**Red. Heidelberg** Daß die Projekte der achtziger Jahre keine alternativen Inseln der Glückseligen sind, ist schon seit geraumer Zeit klar. Der Projektalltag lehrte allemal das Einmaleins von Leistung und Konkurrenz, das mit dem leidigen Professionalisierungs- und Institutionalisierungsdruck des Marktes und (halb)-staatlicher Zuschußgeber Anpassung forderte, wo Gegenmodelle geplant waren.

Diese Selbsterfahrung von Projektlern ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die Entwicklung der Gesellschaft zu Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau, wie sie von Mitstreitern und Sympathisanten der Projekte als Existenzdruck erfahren wird. Existenzdruck der Kollektive und der Individuen äußert sich in Selbstbehauptungsstrategien auf dem Markt und Überlebensstrategien von Einzelkämpfern im Dschungel des Sozialstaats. Und es scheint an der Zeit, Beides in einem zu betrachten. Eine Politik für die Selbstverwaltung und ihre Akteure muß her – die NETZWERKE sind aufgerufen, für ein Netz der Solidarität Forderungen zu entwickeln, die eine Förderung von Projekten in Bezug zu sozialpolitischen Standards setzt. Der Rubikon zum (Reserve)heer der Arbeitslosen und Armen ist zu überschreiten, um Selbstverwaltung nicht zu einem Steckenpferd einer selbstgefälligen Schickeria werden zu lassen. Wir brauchen weder Bakschisch für arme Alternativos noch Pfründe für Edel- und Vorzeigeprojekte. Neue Wege sind gefragt, um den „alternativen Alltag" etwas erträglicher zu machen und allen, gerade den gesellschaftlich Benachteiligten, die Chance auf Selbstbestimmung zu eröffnen.

### Die Parteien: Viel Schaum um nichts?

Selbstverwaltung ist in. Noch nie war der Wirbel um Alternativen größer, gemessen an ihrem Dasein am Rande der Gesellschaft. Parteien und bürgerliche Öffentlichkeit überschlagen sich in Lob fürs Alternative: weils so schön billig ist und trotzdem so nützlich. Weils Arbeitslose von der Straße bringt, zumindest Akademiker. Weil brave Müslifrauen - männer sich nicht scheuen, in Drecksarbeit kontaminiertes Wasser in schönen Bio-Wein zu verwandeln und dabei Selbstausbeutung der Randale vorziehen.

Da leisten sich CDU-Landesfürsten hochdotierte Beraterstäbe aus der Szene, um mit häppchenweisen Selbsthilfebonbons verwertbare alternative Dienste anstelle teurer staatlicher Versorgung zu setzen. Da kaufen unsere Onkel in der SPD durch kleine Darlehen Arbeitsplätze auf dem Markt der Alternativen, weil sie so schön billig sind. Und sogar die Grünen in Bayern predigen in ihrem Umbau-Entwurf vom März lauthals das Lied der unterstützungswerten, demokratischen Gegenökonomie und vergessen demzuliebe die soziale Wirklichkeit, nicht nur der selbstverwalteten Arbeitsplätze, völlig. Arbeitslose aus Pleitebetrieben sollen ihre existentielle Misere, gestützt aus einem Feuerwehrfonds, gebildet durch staatliche Aufklärung in Selbstverwaltung, dann halt wohl selbst austragen. Aus der Not eine Tugend machen – der Konkurs wird halt künftig selbstverwaltet. Auch das können die Belegschaftsinitiativen der Zukunft sein, zumindest, wo der Abbau von sozialer Sicherung – wie bei bayerischen Umbauplanern der Grünen – kein Thema mehr ist.

Solchen Politik- und Denkansätzen ist, über alle Parteigrenzen hinweg, eines gemein. Selbstverwaltung wird hier solange und soweit gefordert und gefördert, wie ihr Selbsthilfepotential für die jeweiligen arbeitspezifischen Gesellschaftsbilder ausgebeutet werden kann: Selbsthilfebonbons für Mittellose sowie erste Gelder für Engagierte und Projekte sollen jedoch nie darüber hinwegtäuschen, wohin die Reise eigentlich wirklich geht.

Die Einordnung des zarten Pflänzchens „Selbstverwaltung" in die sozialpolitische Landschaft der Zukunft ist vorzunehmen. Alternatives läuft hier zu leicht in Gefahr, als schönes Etikett für Förderung von Hungerexistenzen und einen Arbeitsmarkt zweiter oder gar dritter Klasse herzuhalten. Die Entwicklungsschübe der gesamten Gesellschaft wären genauer zu analysieren, um die künftigen Chancen und Perspektiven von Gegenmodellen zu bestimmen.

### Über die Japanisierung der Gesellschaft

Der technologische Wandel setzt menschliche Arbeitskraft frei – Rationalisierungsschübe in der Produktion führen zu einer Neuorganisation der Erwerbsarbeit. Schon dieses erste Kennzeichen des neuen Trends stellt die Alternativmodelle in diesem Bereich vor die Gretchenfrage, wie sies denn selber mit der neuen Technik halten.

Die alte Vorstellung von ‚arbeitsintensiven Produktionsweisen", also ohne neue, bzw. mit menschlicher Arbeit bindender Technik hat wohl eindeutig abgewirtschaftet. Die „blauen Ameisen" des Gewerbeprojektedaseins machen zusehends einer Modernisierung auch der alternativen Produktion Platz. Diese ist auch arbeitsplatzeinsparend und es stellt sich die Frage, worin sich „alternative Modernisierung" von der bei Siemens unterscheidet. Holt Euren Gerätepark also endlich aus Eurem Hinterzimmer und stellt Euch dieser Diskussion. Unter dem Schlagwort der ‚angepaßten Technologie" gilt es, hier Erfahrungen auszutauschen, wie denn der Anspruch, „anders" zu arbeiten usw. nun verfolgt werden kann. Wie sehen solche Arbeitsplätze bei den Alternativen aus wie stellen sie sich die Intensivierung von Arbeit durch „alternative Rationalisierung"; welche neuen Kooperationsmodelle werden möglich (Technik-Sharing, alternative Arbeitsteilung, Vernetzung über network); und – last not least – was kommt unter dem Strich raus als Produkt oder Dienstleistung, wie sozial, ökologisch, aber auch konkurrenzfähig ist es?

Aber der Wandel der Erwerbsarbeit geht ja noch weiter. Spätestens seit Wallraffs „Ganz unten" ist bekannt, wo die Arbeitsplätze der schönen, neuen Welt zu finden sind. Als Leiharbeit im Gesäß industrieller Produktion, „kapazitätsorientiert", also auf Abruf bereit, ohne jede soziale Sicherung und tarifliche Fixierung: Ist das die Erwerbsarbeit der Zukunft? Und wieweit spielen die Alternativen das Spiel der „Flexibilisierung" von Arbeit mit, um ihren Apparat so auszulasten, daß sie auf dem Markt überleben? Gibt es hierzu wirkliche Gegenmodelle? Das Tabu der „tariflichen" Vergleiche des Arbeitseinsatzes in Projekten sollte aufgehoben werden. Der alternative „Einheitslohn", wo es ihn auch immer gibt, besteht immerhin in einer Gesellschaft, in der das Tarifrecht massiv ausgehölt wird und Streik, im Gegensatz zu Aussperrung, immer unmöglicher wird. Die formelle „Selbstausbeutung" kollektiver Kapitalisten soll sich in dieser Situation wenigstens insoweit lohnen, daß sie einem Vergleich zu tariflich bestimmter Arbeit standhält, aber wo ist das heute der Fall?

Und auch vor Projekten, die ihre Arbeit nicht im Erwerbsbereich leisten, machen diese Fragen nicht halt. Sie müssen sich darauf einrichten, daß mit der nunmehr stattfindenden Technisierungs- und Rationalisierungswelle in Büro und Verwaltung ein immer dichteres Netz immer besser informierter Gesprächspartner des Staates und der Institutionen besteht. Eine enorme Konzentration an Definitionsmacht, was wo an „öffentlichem Bedarf" besteht und wie dem zu entsprechen ist, wird sich um ein weiteres verstärken. Notwendiges Pendant BTX-formalisierter Verwaltung werden aber Selbsthilfeeinrichtungen sein, die Dienste „vor Ort" billig halten und mögliche Konflikte früh erkennen lassen.

Selbsthilfe wird hier zu einem Steuerungs- und Diagnoseinstrument der Politik eines noch stärkeren Staates. Das Engagement Betroffener soll umfunktioniert werden zu ehrenamtlicher Karitas, zu minderbezahlter, teilfinanzierter Arbeit, wo der „Sozialstaat" mal ausreichende Versorgung versprochen hatte. Neben der Diskussiom von Bezahlung hauptamtlicher Arbeit stehen Debatten

**Fortsetzung Seite 14 links unten**

# Wer eine Reise macht...

Einige Tagungsberichte

**Red. Berlin** *Manchmal habe ich den Eindruck, daß die Bedeutung der Alternativen Szene sich vor allem an den vielen Tagungen festmacht, die zu Themen aus diesem Bereich veranstaltet werden. Und für all diejenigen, die im Gespräch bleiben wollen oder auch an den entscheidenden Initiativen beteiligt sein wollen, stellt sich die Frage, ob sie lieber nach Norden oder Süden reisen, eine Tagung voll oder zwei Tagungen halb(herzig) mitmachen wollen. Ganz zu schweigen davon, daß hin und wieder ein wichtiges Treffen dem freien Wochenende geopfert werden sollte.*

*Dabei sind Tagungen keineswegs die reine Freude. Stundenlanges rumsitzen, langatmige Referate und zähe Diskussionen. Insbesondere aus Berliner Sicht sind auch die Reisezeiten nicht zu verachten. Wenn nicht gerade eine großzügige Institution einlädt und das – ökologisch bedenkliche Verkehrsmittel – Flugzeug bezahlt, dann heißt Tagung auch immer 10 bis 20 Sunden Strasse oder Schiene für zwei bis drei Tage rumsitzen.*

*Dennoch gibt es auch positive Seiten. Der neueste Klatsch der Szene macht die Runde, Spinnereien am Kneipentisch, alte Kontakte aufgefrischt, neue Kontakte werden geknüpft. Also nach sechswöchiger Enthaltung hat es mich wieder gepackt, das Tagungsfieber. Und weil es dichtgedrängt gleich drei Tagungen gab, für die eine Teilnahme sprach, bot sich gleich eine Tagungstournee an. Der Vorteil liegt auf der Hand. Geballte Information, nebst Szene-Tratsch, viele alte und neue Gesichter und erhebliche Kilometereinsparung durch die Rundreise.*

## Alternativprojekte, Selbsthilfe und Gewerkschaften

### Seminar in Bremen

**1. Station**
Das Netzwerk Bremen/Nordniedersachsen in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung lud Gewerkschafter und Alternative zum gemeinsamen Dialog, um Berührungspunkte und -ängste zu diskutieren. Von Gewerkschaftsseite führten vor allem als „sympathisierend bekannte" Vertreter das Wort. Die Suche nach gemeinsamen Linien verdrängte die Konfrontation. Immer wieder wurde die untertarifliche Bezahlung in den meisten selbstverwalteten Betrieben thematisiert. Bis Hucky – Bremer Szene-Aktivist – schließlich der Kragen platzte und er es so auf den Punkt brachte, daß ihm seine Freiheit, morgens ausschlafen zu können allemal 500 DM Gehaltsverzicht im Monat wert sei. Bewegungsveteran Theo Pinkus erzählte von Bemühungen Schweizer Kollektive, qualitative Merkmale eines selbstverwalteten Arbeitsverhältnisses zu bewerten und sie mit quantitativ ausgerichteten tarifvertraglichen Bedingungen zu vergleichen. Es wurde klar, daß gewerkschaftliche Erfahrungen – in Tarifauseinandersetzungen u.ä. – nichts zur Bewertung von Arbeitsbedingungen beitragen können, die sehr stark durch qualitative Merkmale geprägt sind. Die Selbstverwalter müssen einsehen, daß Selbstverwaltung – im vorliegenden Entwicklungsstadium – kein Patentrezept für jedefrau und jedermann ist, daß gerade Belegschaftsbetriebe sich auf einer ständigen Gratwanderung zwischen gewerkschaftlichen Interessen und Selbstverwaltungsansprüchen bewegen und enorm hohen Anforderungen ausgesetzt sind.

Auf der abschließenden Podiumsdiskussion, die sich gezielt mit den Problemen von Belegschaftsbetrieben auseinandersetzte, wurde fast einhellig – mit gewissen Nuancen – von CDU-, SPD- und dem Gewerkschaftsvertreter die Forderung nach einem geeigneten staatlichen Förderinstrumentarium für solche Belegschaftsinitiativen aufgestellt. Hoffen wir, daß diesen großen Worten Taten folgen.

## Wirtschaftswunder – alternativ

### Was Arbeitslose, Selbstverwaltete Betriebe und staatliche Stellen voneinander lernen können.
### EG-Anhörung in Karlsruhe

**2. Station**
Die Beratungsgruppe IBEK/ISIS in Karlsruhe organisierte im Auftrag der EG-Kommission eine Anhörung zur Situation von Alternativprojekten und deren Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Dieses Thema ist bekanntlich nicht neu und von daher waren auch neue Erkenntnisse nicht zu erwarten. Vielmehr gab es Hoffnung, mit Behördenvertretern von EG, Bund, Länder und Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Doch deren Beteiligung war rar. Es nahmen vereinzelte Behördenvertreter teil, aber der große Dialog fand nicht statt. Es wurde mehr ein projektinterner Erfahrungsaustausch zu den Themen Gewerbehöfe, Beteiligungsgesellschaften/Haftungsassoziation und Ausbildung. Und dabei kam doch einiges rüber und verschiedene Teilnehmer konnten sicherlich eine Menge mit nach Hause nehmen. Aber unter einer EG-Anhörung hatte ich mir eigentlich was anderes vorgestellt.

## Netzwerk-Bundestreffen in Düsseldorf

**3. Station**
Die bundesweite Vernetzung weiter voranzutreiben, stand auf der Tagesordnung. Aus der Unzufriedenheit heraus, daß in verschiedenen Regionen der Republik die Netzwerke nur noch vor sich hin „kümmern", der allgemeine „Drive" raus ist und es auch ein Vakuum von Verbandsstrukturen im Bereich Selbstverwaltungswirtschaft/Selbsthilfe bundesweit gibt, wurde das Konzept einer „Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke" diskutiert.

Nach anfänglich mühevollem Gerede über Basisnähe, Vertretungslegitimation und Lobbypolitik wurde es dann sehr konkret. Interner Informationsaustausch, Interessensvertretung, Strategiedebatten waren nur einige der in einem Brainstorming aufgelisteten Schlagwörter.

Die Gründung dieser BAG wurde zwar noch nicht vollzogen, aber der Beschluß, im Oktober zu gründen, verbunden mit der Einrichtung einer Vorbereitungsgruppe, wurde gefaßt. Die ebenfalls anstehende Diskussion des Zusammenschlusses der Finanzierungsinitiativen (Stichwort: Finanzforum) wurde erstmal zurückgestellt, um den Konstituierungsprozeß nicht zu überfrachten.

Es darf spekuliert werden, wie die Netzwerklandschaft sich demnächst verändert.

## Fazit

*Es war eine lohnende Reise, ganz unabhängig von den Tagungsverläufen. Ein weiteres Mal konnte der Beweis erbracht werden, daß Tagungen nicht so sehr dafür da sind, um Themen zu bearbeiten und zu dikutieren, sondern um einen Rahmen zu bieten, wo der Austausch über die Region und die Branche hinweg, sowie zwischen den „Kulturen" stattfinden kann und meistens auch stattfindet. Eine Menge neuer Ideen, ein bißchen mehr Überblick in einzelnen Bereichen und neuer Antrieb für die nächsten Wochen sind das Ergebnis dieser Reise. Mal sehen, was daraus konkret umgesetzt werden kann.*

M.M.

Fortsetzung von Seite 13

um die ursprüngliche Radikalität von Forderungen der Selbsthilfe an. Wie weit bleiben aber solche Projekte bei anhaltender Institutionalisierung auch Gegeninstitution oder wieweit sind sie schon „Frühwarnsystem" eines immer stärkeren Staates, der immer mehr Bedürfnisse seiner Bürger mißachtet und Widerstand vorbeugen will.

### Aber eins ist sicher: Die Rente

Das jedoch nur noch, solange weitere Kürzungen der Leistungen für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Rentner erneut für Überschüsse in den jeweiligen Kassen sorgen. Denn die Gesellschaft, in der neue, arbeitsplatzersetzende Maschinen und nicht abgesicherte Leiharbeit das ganze „Sozialklimbim' der Lohnnebenkosten zunehmend überflüssig machen, ist gleichzeitig die Gesellschaft, in der immer mehr alte Menschen immer weniger Beitragszahlern der jeweiligen Versicherung gegenüberstehen. Die gesellschaftliche Diskussion um Strukturreform der Rentenversicherung ist voll im Gange. Und auch die Alternativen diskutieren um arbeitsunabhängige Einkommen, war doch die Erfüllung bislang unbezahlter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit seit eh und je Ansatzpunkt so mancher Projekte.

Andererseits zeigt gerade diese Diskussion, wie weit wir davon entfernt sind, eine solche Forderung tatsächlich verfolgen zu können. Gemeint ist dabei nicht einmal die gewünschte Folgewirkung der möglichen Zementierung von Hausfrauenrollen und anderer Arbeitsteilung, die Alternative gerade aufheben wollten. Entscheidend ist vielmehr, wer mit welchen Durchsetzungschancen einen Ausstieg aus dem Sozialversicherungssystem betreibt und welche Ziele er dabei verfolgt. Und für die Öffentlichkeit sind es nun mal Experten aus CDU und FDP, die Grundrentenmodelle vorstellen. Eine größere Bewegung der Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen hingegen, die Existenzsicherung fordern, besteht nicht.

Das sind die Ausgangsbedingungen einer Schlacht um öffentliche Meinung, die noch zu schlagen ist und die überhaupt nichts mit akademischen Existenzgeldüberlegungen zu tun hat. Dabei geht es um die tatsächliche Höhe einer solchen Existenzsicherung. Der „Bedarf", der hier von staatswegen gesehen wird, entspricht in keinster Weise den Bedürfnissen der Menschen, die abzusichern wären. Das zeigt der Hungerkorb für Sozialhilfeempfänger in aller Deutlichkeit.

Ein alternativer Ansatz der Sozialhilfe sollte die Zeit vor dem abzusehenden Zusammenbruch sozialer Sicherungen dazu nutzen, eine öffentliche Diskussion darüber zu führen, was denn nun wirklich den existentiellen Bedürfnissen der Menschen entspricht und daher eigentlich als Mindestsicherung von einem solchen System zu leisten wäre, wenn es wirklich Sicherungsansprüchen genügen soll. Das, was Arbeitsloseninitiativen als Mindestsicherung ansehen (1200 bis 1500 DM) ist z.B. durchaus höher als tarifliche Niedriglohngruppen, geschweige denn Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Eine öffentlichkeitswirksame, große, soziale Bewegung für solche Forderungen gibt es aber bislang nicht und nach bestehendem gesellschaftlichem Konsens wäre ein Ausstieg aus dem Sozialversicherungssystem zu erwarten, der gleichzeitig einen Einstieg in weitere Einkommensumverteilungen von unten nach oben nach sich zieht. Noch mehr Armut wäre „gerecht" zu verteilen.

**Kurt Regenauer**
**(Netzwerk Nürnberg)**

FREIBURG

# EG-Anhörung

## Offizielle der Stadt lehnen Unterstützung einer kommunal orientierten EG-Anhörung ab.

*Red. Heidelberg* **In Freiburg fand am letzten Juni-Wochenende die achtundvierzigste EG-Anhörung zu Problemen lokaler Beschäftigungsinitiativen statt. Veranstaltungsort war die Fabrik in der Haberstraße. Trotz guten Wetters informierten und diskutierten über 60 Teilnehmer unter der Überschrift „Arbeitsmarkt und Selbsthilfe in Freiburg" ein breites Themenspektrum.**

Begonnen wurde am Freitag Mittag mit einer kritischen Bestandsaufnahme der Beschäftigungssituation. Weitere wichtige Schwerpunkte der Anhörung waren: Überlegungen und Initiativen zu Energie und Umwelt, Aktivitäten und Selbsthilfeprojekte im Kultur- und Sozialbereich sowie Ansätze und Hindernisse für demokratische Gewerbebetriebe. Abgeschlossen wurde das Hearing mit der Diskussion über die Möglichkeiten einer lokalen Arbeitsmarktpolitik. Der Saarbrücker Ansatz diente dabei als stimulierendes Beispiel.

Brisantes kam im Verlauf der Anhörung immer wieder zur Sprache. So betonte bei seinem Problemaufriß der Vertreter des Arbeitsamtes zwar die neutrale Position seiner Behörde. Auffällig war aber das Fehlen einer Statistik über die Zuteilung der AB-Maßnahmen. Dies unterstrich den Eindruck vieler Projektvertreter über die undurchsichtige Vergabepolitik in diesem Bereich. Als Ablehnungsgrund für ihre Anträge wurde die überproportionale Förderung akademisch ausgebildeter Personen genannt. Im gleichen Zeitraum finanzierte das Arbeitsamt jedoch die Karteidurchforstung der Universitätsbibliothek über ABM, durchgeführt von Hochschulabsolventen, obwohl dies einer Regelaufgabe entspricht.

Im Energiesektor werden Projektinitiativen bisher schon im Ansatz verhindert. Ausschlaggebend hierfür ist die Politik des örtlichen Energieversorgungsunternehmens, der FEW. Obwohl überwiegend im Besitz der Kommune, agiert sie wie ein Monopolunternehmen mit privatwirtschaftlichen Zielen. Mit Hilfe ihrer Tarifgestaltung verhindert die FEW innovative Ansätze bei der Energieversorgung. So wird die Amortisation von Investitionen zur Energieeinsparung durch den relativ hoch angesetzten Grundpreis erschwert, der bei geringem Verbrauch zu zahlen ist. Auch der Rückgriff auf regenerative Energiequellen „lohnt" sich nicht. Die Einspeisevergütung von maximal 7,2 Pfg. deckt teilweise nicht einmal die eigentlichen Erzeugerkosten.

Kritik wurde auch an der merkwürdigen Haushaltsrechnung der Stadt geübt. Während sie Investitionen bei der Wärmedämmung zur Energieeinsparung als Belastung aufführt, werden die weitaus höheren Einsparungen nicht genannt. Dabei lagen diese in den letzten Jahren im Verhältnis von 2,2 zu 8,8 Millionen. Die Idee, solche Einsparungen einem revolvierenden Fonds zuzuführen, um so eine sich selbsttragende Finanzierung für kleine genossenschaftliche Unternehmen im Gebäudedämmbereich zu erreichen, liegt nahe. Auf diese Weise könnten beschäftigungs- und energiepolitisch erwünschte Wirkungen gleichzeitig erreicht werden.

Im Unterschied zum Energiebereich gibt es im sozialen Sektor viele laufende Initiativen. Der Arbeitsschwerpunkt der meisten anwesenden Projekte liegt darin, arbeitslosen Jugendlichen Beratung anzubieten und Perspektiven zu schaffen. Letzteres fehlt vielen Jugendlichen durch die geringe Chance, einen dauerhaften Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Die Abhängigkeit von den immer nur befristeten AB-Maßnahmen erschwert den Projekten jedoch die dafür erforderliche kontinuierliche Arbeit. Trotz verbaler Wohlgesonnenheit bindet die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und die wechselseitige Verantwortungszuweisung zwischen den zuständigen Behörden und Institutionen häufig eine ganze Arbeitskraft. Die inhaltliche Arbeit unkonventioneller Ansätze leidet insofern unter den Strukturen konventioneller Bürokratie.

Beunruhigung unter den anwesenden Projektmitgliedern löste die Ankündigung eines Freiburger Sozialamtsvertreters aus, es werde die Gründung einer „Beschäftigungs-GmbH" überlegt. Die geplante Poolfinanzierung aus Mitteln der Arbeitsverwaltung, den Betriebseinnahmen, kommunaler Förderung und Geldern der Wohlfahrtsverbände läßt sie ein völliges Versickern der Gelder für freie Initiativen befürchten. Dies gilt erst recht, weil eine Absprache über potentielle Zusammenarbeit oder eine mögliche Ergänzung der Tätigkeiten bisher nicht stattgefunden hat.

Durch eine weitgehende Unabhängigkeit von staatlichen und banküblichen Finanzierungsströmen zeichneten sich die anwesenden, gewerblichen Betriebe aus. Insbesondere der geplante und der getätigte Gebäude- und Grundstückskauf der beiden Gewerbehöfe „Fabrik" und ‚Spechtpassage" wurde fast völlig über private Kredite ermöglicht. Erzwungen wurde diese Autonomie durch das Verhalten der Banken. Sie waren überhaupt nicht bereit, Kredite zur Verfügung zu stellen oder verlangten eine Absicherung, die weit über das Normale hinausging. Dies wäre für die Sicherung der dort geschaffenen Arbeitsplätze unproblematisch, wenn nicht immer wieder zusätzliche Erschwernisse auf die dort angesiedelten Betriebe zukämen. Hierzu gehört beispielsweise die Auflage der Stadt, den alten Torbogen der Spechtpassage in Höhe des neu errichteten Goetheinstituts auf eigene Kosten aufzustocken.

Integrierte beschäftigungspolitische Überlegungen auf städtischer Ebene, wie sie Guido Freidinger, Leiter des neu geschaffenen Amtes für kommunale Arbeitsmarktpolitik am Beispiel Saarbrückens erläuterte, gibt es in Freiburg nicht. Erklärtes Ziel in der Hauptstadt des Saarlandes ist es, auch den alternativ-ökonomischen Sektor stärker zu berücksichtigen. Die Formen der Unterstützung sollen dabei dem emanzipatorischen Charakter dieser Initiative gerecht werden. Erstmals machten auf der Anhörung die Grünen für Freiburg einen Vorstoß, der in die gleiche Richtung geht. Ihr Ziel ist es, ein kommunales Förderprogramm für Kleinbetriebe einzurichten, in das auch genossenschaftliche Betriebe mit eingeschlossen sind.

Die bisherige Politik der Stadt gegenüber unkonventionellen, neuen Ansätzen gibt allerdings wenig Hoffnung für die Durchsetzungschancen solcher Vorschläge, trotz der für Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit. Dies zeigte neben den geschilderten Erschwernissen für alternativ-ökonomische Projekte auch die organisatorische und finanzielle Unterstützung der EG-Anhörung durch die Stadt. Zwar stellte die SPD-Fraktion nach internen Auseinandersetzungen einen entsprechenden Antrag. Dieser scheiterte jedoch an dem Veto des Oberbürgermeisters, obgleich dieser ebenfalls SPD-Mitglied ist. Die endgültige Absage erfolgte erst wenige Tage vor Veranstaltungsbeginn. Eine Rückgabe der Durchführung des Hearings an die EG bzw. das Institut für Beschäftigungsinitiativen in London kam deshalb nicht mehr in Frage. Viele Vorleistungen der örtlichen Träger – der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, dem Netzwerk Dreyeckland und dem Öko-Institut Freiburg – waren schon zu weit fortgeschritten. Die von Gewerkschaften, staatlichen Vertretern und Parteirepräsentanten vielzitierte Selbstausbeutung alternativ-ökonomischer Projekte und ihnen nahestehender Organisationen wird somit nicht selten von denen verschärft, die sie am härtesten kritisieren.

**Burghard Flieger**

„Neue Beschäftigungsinitiativen" im Kulturbereich

# Marktnischen in der freien Kulturarbeit

**Red. Heidelberg** Wenn über sogenannte „Neue Beschäftigungsinitiativen" diskutiert wird, also über die Schaffung von Arbeitsplätzen in alternativen Betrieben und Projekten, dann stehen die klassischen Formen gewerblicher Existenzsicherung – von der Fahradwerkstatt bis zum Bioladen – meist im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und politischen Interesses, ergänzt um einige soziale Tupfer. Die in diesem Rahmen nicht unerheblichen Beschäftigungseffekte, die von der freien Kulturszene ausgehen, werden eher am Rande behandelt.

Ganz im Gegenteil dazu verweist der etablierte Kulturbetrieb in letzter Zeit zunehmend auf seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung und seine Arbeitsmarktfunktionen – mit dem Ziel, den restriktiven Bedingungen öffentlicher Kulturfinanzierung entgegenzuwirken. Dabei wird der enge Zusammenhang zwischen der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung einer Region betont: Kulturelle Angebote können die Lebensqualität und Attraktivität einer Gemeinde verbessern, und in diesem Sinne sind sie als wirtschaftlicher Standortfaktor anerkannt. Dieselben Argumente sollte die freie Kulturabrbeit nachhaltiger vertreten, um auch auf dieser Grundlage ihre Förderungsansprüche zu begründen und durchzusetzen.

Wenn in der kulturpolitischen Diskussion von der freien Kulturszene die Rede ist, so geschieht dies zumeist mit dem Hinweis auf ihren besonderen Beitrag zum kulturellen Gesamtangebot. Mittlerweile heben sogar offizielle Stellungnahmen durchaus anerkennend hervor, daß diese Kulturarbeit zunehmend breitere Bevölkerungskreise erreicht. In den Stadtteilen und Außenbezirken von Großstädten sowie in kleineren Kommunen sind die freien Gruppen und Initiativen neben den kulturellen Vereinen oft die Hauptträger der dezentralen Kulturaktivitäten. An der Entwicklung der sozio-kulturellen Arbeit in den Gemeinden hat die freie Szene einen erheblichen Anteil. Das tatsächliche Ausmaß des Beitrages der freien Kulturarbeit zum kulturellen Gesamtangebot ist jedoch weitgehend unbekannt. In der öffentlichen Kulturstatistik, die sonst über jedes entliehene Buch und jeden Operettenbesucher akribisch Buch führt, fehlen – wie auch noch weitgehend in den Haushaltsplänen – die freien Aktivitäten mit ihren Auftritts- oder Besucherzahlen, obgleich Einzelerhebungen eindrucksvoll ihre Leistungsfähigkeit belegen. (Z.B haben in der Spielzeit 1982/83 die befragten 17 freien Dortmunder Theatergruppen bei insgesamt 725 Aufführungen etwa 102.000 Zuschauer erreicht.)

Weniger beachtet wird jedoch die arbeitsmarktpolitische Funktion der nicht öffentlich getragenen kulturellen Initiativen und Projekte, die sich der Alternativbewegung, den neuen sozialen Bewegungen und der Entwicklungen neuer Lebensformen verpflichtet fühlen.

Jüngste Untersuchungen belegen übereinstimmend den überragenden und weiter wachsenden Stellenwert der freien Kulturarbeit für den sog. „alternativen Arbeitsmarkt" (z.B. Theater- und Musikgruppen, Kleinverlage und Zeitschriften, Kommunikations- und Kulturzentren, alternative Tagungshäuser und Weiterbildungsträger, sonstige Initiativen im Bereich von Kultur, Medien, Freizeit und Kommunikation). Bundesweit sollen etwa 40 % der unter diesen Begriff fallenden Initiativen und Projekte im weiteren Kulturbereich angesiedelt sein. Das entspricht einer geschätzten Zahl von etwa 5.000 Gruppen bzw. Betrieben. Eine auf Nordrhein-Westfalen bezogene Studie bestätigt diese dominierende Rolle der freien Kulturarbeit im alternativen Spektrum. Zudem verfügt der Kulturbereich im Vergleich mit anderen Einzelbranchen (z.B. Handel, Verkehr, Produktion) nicht nur über die meisten Projekte mit festen Mitarbeitern, sondern hat auch eine sehr hohe durchschnittliche Mitarbeiterzahl je Projekt (ca. 7-8). Auch hinsichtlich der Gesamtzahl der Mitarbeiter steht der alternative Kulturbereich (schätzungsweise über 1.300 in NRW) an der Spitze aller „Branchen".

Von dieser überdurchschnittlichen Professionalisierung gehen wesentliche Beschäftigungseffekte aus.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist der Kultursektor insgesamt eine der wenigen beschäftigungsintensiven und dazu umweltverträglichen Wachstumsbranchen. Im Bereich der freien Kulturarbeit, in dem der Kapitalbedarf bzw. die erforderlichen Investitionen vergleichsweise gering sind, können mit Hilfe verbesserter Rahmenbedingungen und entsprechender finanzieller Zuwendungen zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dem Einwand, daß diese Beschäftigungsmöglichkeiten nur durch Dauersubventionen zu sichern seien, ist entgegenzuhalten, daß die öffentlichen Kultureinrichtungen bei sozialverträglichen Preisen in noch geringerem Maße kostendekkend arbeiten können und bei drohenden Mittelkürzungen das Arbeitsplatzargument zumeist noch vor künstlerischen und kulturpolitischen Erwägungen ins Feld geführt wird. Die Frage, wie sie überlebt, ist für die alternative Kulturarbeit dabei in erster Linie die Frage nach dem persönlichen, künstlerischen und kulturpolitischen Engagement, dem finanziellen Risiko, der Fantasie und dem Ideenreichtum sowie der Resonanz bei ihrem Publikum. Diese 4 Faktoren können als die ökonomischen Leitkategorien der freien Kulturszene bestimmt werden. Nur die wenigsten Gruppen und Initiativen können mit ihrer künstlerischen und kulturellen Arbeit den eigenen Lebensunterhalt mehr schlecht als recht bestreiten. Nebenjobs sind die Regel, was die Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben behindert. Nur bis zu bestimmten Größenordnungen von Projekten oder Betrieben kann man fehlende Mittel durch unbezahlte Arbeit, Selbstausnutzung und diverse Mischformen der Existenzsicherung ausgleichen. Notwendigerweise müssen solche Gruppen und Initiativen möglichst klein bleiben, um zu überleben.

Die Existenz hängt jedoch vor allem davon ab, ob und wie schnell die in der freien Kulturszene besetzten Marktnischen kommerziell ausgebeutet werden und ob und wie schnell sie sich neue Marktnischen erschließen können.

Wie die alternative Ökonomie insgesamt, so zeichnet sich auch die freie Kulturarbeit durch Selbstorganisation und Selbstbestimmung aus (Identität von Trägern und Mitarbeitern eines Projektes/gleiches Entscheidungsrecht für alle Mitglieder/Gruppenprinzip/gesellschaftspolitische Zielsetzung der Arbeit) Der Begriff der „freien" Kulturarbeit soll gerade dieses elementare Selbstverständnis nach Unabhängigkeit von vorgegebenen Strukturen unterstreichen. Die Anerkennung der Autonomie ist die Voraussetzung für die öffentliche Förderung von Beschäftigungsinitiativen in der freien Kulturarbeit.

Die Notwendigkeit einer stärkeren und dauerhaften öffentlichen Finanzierung der freien Kulturarbeit wird von öffentlicher Seite durchaus anerkannt. Bereits 1977 hat der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages in einer Erklärung zur „Förderung kultureller Vereine in den Städten" festgestellt, daß die freien Gruppierungen heute zeitgemäß und spontan – in der Traditon früherer bürgerlicher Initiativen – die kulturelle Szene der Städte beleben und dabei unterstützt und gefördert werden müssen. Die Städte werden aufgefordert, unter Respektierung der Selbständigkeit dieser freien Vereinigungen gleichwohl mit ihnen im Rahmen eines Aufgabenverbundes eine langfristige Kulturpolitik zu verwirklichen und dabei nach kulturpolitischen Maßstäben Förderungsschwerpunkte zu finden.

Die öffentliche Förderung der freien Kulturarbeit unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten ist ein vielschichtiges Problem und erfordert unterschiedliche Einzelmaßnahmen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene. Solange umfassende Förderungsprogramme fehlen, sind die vorhandenen Möglichkeiten im Sinne flankierender Förderungsinstrumente zu nutzen. Denn vergleichbare Beschäftigungsprogramme, wie sie z.B. für arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung existieren, fehlen für den überwiegend hochqualifizierten Kreis derjenigen, die die freie Kultur personell tragen.

Bei der Kulturförderung und in der kulturpolitischen Diskussion spielen Beschäftigungsinitiativen durch die freie Kulturarbeit bisher keine nennenswerte Rolle, obgleich im Bereich der Künstlerförderung solche Aspekte z.T. anerkannt sind und durch personenbezogene Maßnahmen (z.B. Ankäufe, Stipendien) auch praktiert werden. Im Rahmen der gruppen- und projektbezogenen Förderung der freien Kulturarbeit gestaltet sich eine solche Umsetzung schwieriger und kann gegenwärtig nicht mehr als eine unterstützende Funktion haben. Dabei kommen auf städtischer Ebene infrastrukturelle Voraussetzungen (z.B. Räume), gezielte Zuschüsse (z.B. für Neuproduktionen und Veranstaltungen) und kontinuierliche Förderungsmöglichkeiten (z.B. für Betriebskosten) infrage. Eine enge Zusammenarbeit zwischen der freien Kulturszene und der Kulturverwaltung muß diese Maßnahmen begleiten. Inwieweit selbstverwaltete Fonds und Einrichtungen für eine solche Förderung tragfähig sind und von den Betroffenen akzeptiert werden, ist letztlich abhängig vom kulturpolitischen Gewicht der freien Szene und damit von der Stärke ihrer eigenen Strukturen und Organisationszusammenhänge.

Die öffentliche Förderung von Beschäftigungsinitiativen in der freien Kulturarbeit kann sich nicht auf die Kulturverwaltung beschränken. Speziell unter arbeitspolitischen Gesichtspunkten ist auch die Wirtschaftsförderungspolitik gefordert. Andere Einzelverwaltungen tragen ebenfalls zum Kulturangebot bei und beziehen u.a. die freie Kulturarbeit ein. Dies betrifft die Jugend- und Sozialämter, die Schulen und die Weiterbildung sowie den gesamten Freizeitbereich.

Ein kommunales Modell zur Förderung neuer Beschäftigungsinitiativen, bei dem die freie Kulturszene im Rahmen eines integrierten Konzeptes gleichrangig mit gewerblichen und sozialen Projekten berücksichtigt wird, beginnt 1986 im Rahmen der Wirtschaftsförderung in Dortmund. Es besteht aus zwei Teilprogrammen – an dieser Stelle speziell erläutert im Hinblick auf die freie Kulturarbeit:

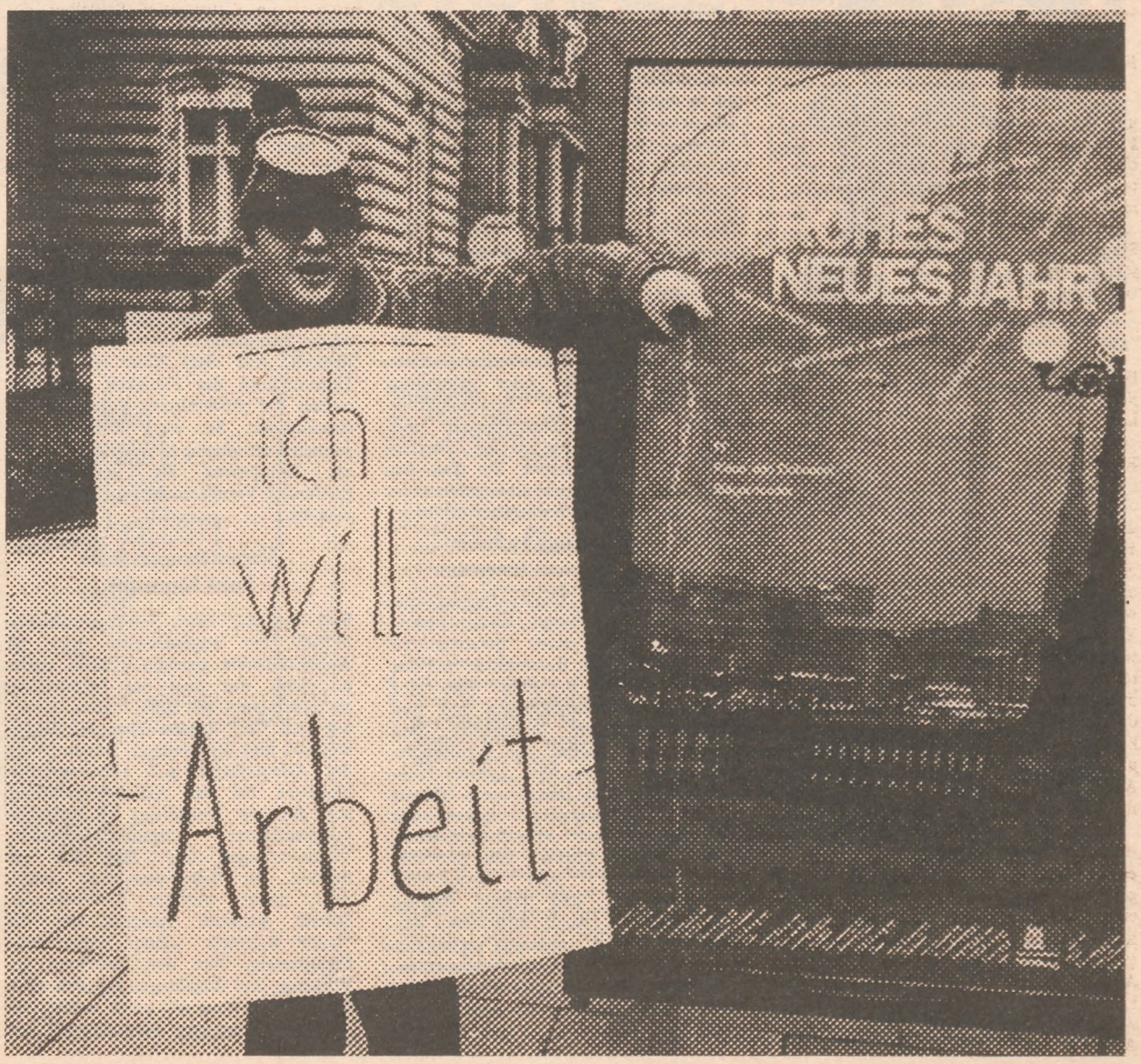
1. Aus einem städtischen Fonds können die mit der Schaffung neuer oder zur Stabilisierung bestehender Arbeitsplätze zusammenhängende Investitions- und Betriebskosten gefördert werden, wobei es sich um nichtrückzahlbare Zuschüsse handelt, wenn – wie bei kulturellen Initiativen und Gruppen leider die Regel – keine oder zu geringe Einkünfte zu erwarten sind. Die Förderhöhe beträgt pro zu förderndem vorhandenem bzw. zusätzlichem Arbeitsplatz maximal 5.000,– DM. Arbeitsplätze von Arbeits-Maßnahmen können höchstens mit 2.000,– DM gefördert werden. Die Förderhöhe pro Beschäftigungsinitiative beträgt maximal 15.000,– DM pro Stichtag und maximal 30.000,– DM innerhalb von drei Jahren nach dem ersten Antrag. Für die Mittelvergabe aus diesem Fonds gelten Förderungsrichtlinien, in denen u.a. festgelegt ist, daß z.B. die Anträge aus dem Bereich der freien Kulturarbeit zwischen dem federführenden Wirtschaftsförderungsamt und dem fachlich zuständigen Kulturamt abgestimmt werden. Mit dem Dortmunder Kulturrat – dem örtlichen Interessenvertretungsorgan der freien Szene – wird andererseits ein Diskussionsprozeß über Praxis und Zweckmäßigkeit des Fonds und seiner Richtlinien eingeleitet.
2. Auf Anregung einer Tagung über „Entwicklungschancen örtlicher Beschäftigungsinitiativen in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit" vom Juni 1985 in Dortmund ist die Einrichtung einer zentralen städt. Koordinierungsstelle für neue Beschäftigungsinitiativen geplant, die städtische beschäftigungspolitische Initiativen entwickeln und als fachübergreifende Anlaufstelle auch für kulturelle Gruppen und Projekte dienen soll. Der o.g. Fonds wird der zentralen Koordinierungsstelle zugeordnet. Für den Kulturbereich soll die Koordinierungsstelle in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturamt ein Konzept entwickeln, das eine positive Beschäftigungsentwicklung im Kulturbereich durch eine stärkere Förderung der freien Kulturszene ermöglicht.

Dieses Beispiel macht deutlich, daß die Sicherung und Weiterentwicklung beschäftigungspolitischer Ansätze in der freien Kulturarbeit daher keine „Marktnische" der Kulturverwaltung sein kann, sondern eine Querschnittsaufgabe innerhalb der Gesamtverwaltung sein muß.

**Kurt Eichler**

Kurt Eichler ist Mitarbeiter des Kulturamts der Stadt Dortmund, Referat für Stadtteilkulturarbeit

aus:
Kulturpolitische Mitteilungen, 33 II/86



# Ein gordischer Knoten

## Toleranz zwischen Selbstverwaltungsbetrieben ist ein Problem, aber keine Lösung

**Red.Heidelberg** Die folgenden Überlegungen lehnen sich eng an den Artikel "Auf der Suche nach dem gordischen Knoten" in der letzten Contraste an. Sie drehen sich um die Begriffe "Unternehmenskultur" und "Kulturrelativismus". Mit ihrer Hilfe wird versucht, ein größeres Verständnis und damit eine größere Toleranz zwischen völlig unterschiedlich gelebten Formen der Selbstverwaltung nicht nur zu fordern, sondern zu begründen. Selbst wenn sie einsichtig ist, bleibt eine solche Begründung immer unzulänglich. Zudem verfehlt sie ihren eigentlichen Zweck, wenn etwaige Einsichten nicht von entsprechenden Handlungen begleitet werden. Letzteres erscheint ein größeres Problem zu sein, als es die meisten Verfechter des Selbstverwaltungsgedanken wahrnehmen.

### Unternehmenskultur: das ungewisse Etwas

Viele Ausführungen über betriebliche Modellversuche, aber auch die tatsächliche Herangehensweise vieler Gründungsmitglieder von Selbstverwaltungsbetrieben erwecken den Eindruck, betriebliche Organsisation sei ein Ergebnis gedanklicher Entwürfe einzelner oder auch mehrerer Personen. Damit wird systematisch die Illusion der Machbarkeit und Beherrschbarkeit von Ereignissen betont, hier besonders der Entstehung und Wandlung von Unternehmensstrukturen. Eine solche Einschätzung baut zumindestens indirekt auf der Annahme auf, daß zweckrationale Organisationen bewußt konstruiert und gestaltet werden. Danach kommen sie durch planvolles und absichtgeleitetes menschliches Handeln zustande und lassen sich deshalb auch wieder beliebig von Menschen ändern.

Eine solche Herangehensweise an betriebliche Strukturen übersieht Wirkungen vieler sozialer Prozesse, die zu nicht mehr im einzelnen faßbaren und damit steuerbaren Eigengesetzlichkeiten führen. Sie können sich zu einer Art Gesetzmäßigkeit verfestigen. Solche dauerhaften nicht geplanten und gewollten Strukturen bilden sich im Zeitablauf bei jedem Unternehmen heraus. Sie sind Folge eingeschlichener Gewohnheiten, aber auch von hart prägenden, einzelnen oder wiederholten Ereignissen. Durch sie entsteht eine "gewachsene Ordnung", die auch in Selbstverwaltungsbetrieben neben der offiziellen, "gemachten Ordnung" vorhanden ist.

An dieser Erscheinung gehen einige Begriffsabklärungen vorbei, die mit dem Wort "Unternehmenskultur" versuchen, betriebliche Wirklichkeiten umfassender wiederzuspiegeln. So wird Unternehmenskultur beispielsweise bezeichnet als die Summe der von den Unternehmensmitgliedern gemeinsam getragenen Regeln, Normen und Wertvorstellungen, die die betriebliche Realität prägen. Bei Einbeziehung der vorherigen Überlegungen ist unter "Unternehmenskultur" jedoch etwas anderes zu verstehen. Sie läßt sich dann als Summe der tradierten, aber wandelbaren Orientierungsmuster und typischen Verhaltensformen umschreiben. Diese werden als Wert- und Wissensstand eines Unternehmens für dessen Mitglieder durch gemeinsame Übernahme verbindlich, ohne daß ein solcher Vorgang jedem einzelnen Mitglied bewußt ist. Erlernt und vermittelt wird ihre Struktur und ihr Sinn durch Überlieferung und Erfahrung.

### Die Vergangenheit wirkt weiter

Die jeweilige Unternehmenskultur beeinflußt die aktuellen betrieblichen Prozesse und Gestaltungsversuche nicht nur bezogen auf Personen. Auch bei Entscheidungen über Aufgaben und Sachmittel kommt ihnen eine zukunftsbezogene, prägende Kraft zu. Innerbetriebliche Symbole, Riten, Mythen, Zeremonien, Tabus und Legenden im Sinne von "Weißt du noch...?" sind Formen ihrer Vergegenständlichung. Begreiflich werden sie erst bei Kenntnis der damit verbundenen, vergangenen und gegenwärtigen Absichten.

Unternehmenskultur ist nur verstehbar, wenn nicht allein die sichtbaren Strukturen und Verhaltensmuster betrachtet werden. Besonders die "Vorwelt" spielt eine bedeutende Rolle. Sie ist Ergebnis früherer Problemlagen und ihrer gelungenen und mißlungenen Lösungen. Je länger und ereignisreicher die Geschichte eines Unternehmens war, um so mehr wird es darüber beeinflußt.. Deshalb bieten ältere, ereignis- oder konfliktgeprägte Unternehmen weniger Gestaltungsraum für organisatorische Veränderungen als jüngere. Für "Einsteiger" in Selbstverwaltungsbetrieben bringt dies entsprechende Probleme mit sich. Denn das Selbstverständnis, daß jeder direkten Einfluß nehmen kann, scheint anderes zu versprechen.

In Anlehnung an Theorien der Ethnologie lassen sich in der Vergangenheit entstandene und beibehaltene Strukturierungen in Betrieben als Organisationskultur bezeichnen. Entscheidendes Merkmal ist also die Tradierung, so daß die Existenz kultureller Formen nur verständlich wird über die Aufarbeitung ihrer Entwicklung. Diese Einschätzung weist auf einen bemerkenswerten Mangel bestehender organisationstheoretischer und betriebssoziologischer Ansätze hin. In ihnen werden wichtige Einflußgrößen kaum beachtet, beispielsweise das Alter und die Gründungsart eines Unternehmens sowie die in der Vergangenheit ausgetragenen oder auch unterdrückten Konflikte.

Ebenso wie von den im Zeitablauf abgeschlossenen Lernprozessen geht von früheren Konflikten ein erheblicher Einfluß auf das aktuelle Bild eines Unternehmens und den darin dominierenden Verhaltensmustern aus. Daß die Nichtbeachtung der Vergangenheit nicht ausschließlich ein Mangel wissenschaftlicher Theorie ist, verdeutlicht die Unbedarftheit, mit der sie in vielen Selbstverwaltungsunternehmen "geleugnet" oder zumindest nicht beachtet wird. Atmosphärisch spürbar, bleibt Außenstehenden und Neuen so der Zugang zu den Gründen dafür lange verschlossen. Ein Teil der Integrationsprobleme in alteingefahrenen Kollektiven läßt sich hierüber erklären.

### Unterscheidung zwischen Innenwissen und Innensinn

Will man die Unternehmenskultur eines selbstverwalteten Unternehmens begreifen, sind zwei Bereiche zu unterscheiden: das Innenwissen und der Innensinn eines Betriebes. Hier gibt es einige Überschneidungen mit den Bedeutungen von materieller und immaterieller Kultur. Die inhaltlichen Schwerpunkte weichen jedoch voneinander ab. Das Innenwissen schließt alle formalen Festlegungen mit ein, wie die Aufbau- und Ablauforganisation, aber auch die Kapital- und Entscheidungsbeteiligung oder betriebliche Vereinbarungen über soziale Belange des Einzelnen. Auch informelle Verfestigungen und typische Verhaltensmuster können hierzu gerechnet werden. Das Innenwissen ist intersubjektiv, wird von vielen Unternehmensmitgliedern geteilt und läßt sich schriftlich oder mündlich leicht vermitteln. Neue Betriebsmitglieder können mit diesem Teil der Unternehmenskultur sehr schnell vertraut gemacht werden, um ihnen ein Zurechtfinden an ihrer Arbeitsstätte zu erleichtern.

Der Innensinn dagegen beinhaltet die erkenntnismäßige, die gefühlsbezogene und die psychische Wahrnehmung und Verarbeitung der betrieblichen Organisation und ihre alltäglichen Abläufe. Er findet seinen Niederschlag in Emotionen, die nur schwer auszudrücken und mitzuteilen sind. Ihre Artikulation wird in einigen Selbstverwaltungsunternehmen trotz gegenseitiger Ansprüche tabuisiert. Gleichzeitig ist der Innensinn allerdings Teil der betrieblichen Kommunikation, unter anderem wenn es gilt, den "richtigen Ton" zu treffen. Die Entwicklung des Innensinns wird bestimmt durch den über die einzelne Situation hinausweisenden Gesamtbezug, in dem fast alle Phänomene gesehen werden.Betriebliche Zusammenhänge erhalten auf diese Weise immer eine Beziehung zu menschlichen, gruppenbezogenen oder auch persönlichen Auffassungen und Interpretationen.

Ein wesentliches Element zur Erfassung des Innensinns sind Symbole, die die Betriebsmitglieder entwickeln und gebrauchen. Mit ihrer Hilfe lassen sich wahrgenommene Zusammenhänge in abstrakter Form speichern und bei Bedarf als handlungsbestimmende Information weitervermitteln. Diese nur dem Menschen gegebene Fähigkeit ermöglicht es, Dinge und Ereignisse mit

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sinn zu belegen. Jemand der ein solches Sinngefüge verstanden hat, ist sozusagen kulturelles Mitglied. Er kann Reaktionen im Betrieb nachvollziehen, unabhängig davon, ob er bei den auslösenden Ereignissen dabei war. Für ihn sind die von einem Erzähler in seine Darstellung hineingelegten Bedeutungen verständlich. Er kann deshalb das Gesagte "richtig" einordnen. deutungen verständlich. Er kann deshalb das Gesagte "richtig" einordnen.

Durch Symbolisierungen verknüpfen Betriebsmitglieder einen Sinnbereich mit einem Sachbereich und verleihen einem Sachproblem eine sinnhafte Wirklichkeit. Auf diese Weise entsteht im Unternehmen die Fähigkeit zum Verstehen der wechselseitig gegebenen Informationen. Sie wird über den gesamten Kulturbezug hergestellt und kann als Kompetenz zur personenübergreifenden Verallgemeinerung bezeichnet werden.

### Vermittlungsdefizite beim Innensinn

Soll nun über einen Selbstverwaltungsbetrieb ein angemessenes Bild für Außenstehende gegeben werden, reicht es nicht, nur über das Innenwissen zu informieren. Mit Hilfe "harter Daten" wie z.B. der Zahlen über Mitgliederwechsel und Einkommen, Beschreibung der Arbeitsplätze und Leistungserfordernissen bei der Arbeitsverrichtung, aber auch der Erörterung von Entscheidungsverfahren, Organisationsplänen, Vereinbarungen usw. läßt sich ein Betrieb, der Selbstverwaltung praktiziert, nicht wirklich kennenlernen. Solche Angaben spiegeln nur die "halbe Wahrheit" wieder, wenn keine Ergänzungen über den Innensinn der Vorgänge und Regelungen gegeben wird. Diese Feststellung gilt auch, sobald sich solche Ergänzungen ausschließlich auf die Interpretation der "Macher" oder typischer "Außenvertreter" beschränken. Auch dann bleibt eine gewisse Einseitigkeit erhalten.

Verstehen und Nachvollziehen innerbetrieblicher Ereignisse eines Selbstverwaltungsunternehmens ist letztlich nur für jemand möglich, der zeitweise selbst Teilnehmer entsprechender Prozesse war. Insofern besteht eine Gefahr der Überforderung für Nichtbetriebsmitglieder, wenn ihnen nicht nur Unternehmensmodelle, sondern auch die damit verknüpften Kulturen verständlich gemacht werden sollen. Dies kann nicht ausschließlich über intellektuelle Einsichten geschehen. Vielmehr erfordert es eine besondere Wahrnehmungsbereitschaft. Der Versuch eines stärker intuitiven Erfahrens und Begreifens kann dabei als unzulängliches Hilfsmittel dienen, nicht direkt beobachtbaren Zusammenhängen näherzukommen.

Grundsätzlich läßt sich nicht vermeiden, daß in der Beschreibung von Modellunternehmen jeweils nur ein kleiner Ausschnitt der Wirklichkeit enthalten ist. Dies muß bei der einzelnen Darstellung immer bedacht werden. Trotzdem sollte versucht werden, auch immer etwas von dem Innensinn der erläuterten betrieblichen Abläufe und Strukturen zu vermitteln. Geschehen kann dies, indem Ereignisse und Konflikte geschildert werden, in denen dieser beispielhaft zum Ausdruck kommt. Nur auf diese Weise wird es möglich, die hinter den betrieblichen Modellen steckenden Erlebnisinhalte und Gefühle zu verstehen.

### Kultureller Relativismus: Denken in organischen Einheiten

Der Begriff Kulturrelativismus hängt eng mit dem der Unternehmenskultur selbst verwalteter Betriebe zusammen. Er schließt an den Ausführungen zum Innensinn eines Modellunternehmens an, ist letztlich Folge daraus. Kultureller Relativismus knüpft an der Methode der Relativierung an im Sinne des In-Beziehung-Setzen zum Zwecke des Erklärens und Verstehens und somit auch der Erkenntnis. Danach ist jede Unternehmenskultur eine wenigstens bis zu einem gewissen Grad in sich gefestigte, organische Einheit. Von anderen betrieblichen Selbstverwaltungsansätzen weist sie auch immer in grundlegenden Zügen erhebliche Abweichungen auf. Die vielfältigen Ausprägungen, die für sie speziell kennzeichnend sind, machen erst zusammengenommen eine gewachsene Ganzheit aus. Diese kommt auch in den Handlungen und Gedanken ihrer Mitglieder in den verschiedensten Formen zu Ausdruck.

Die Bewertung jedes Selbstverwaltungsunternehmens als organische Einheit bedeutet: Die dortige Unternehmenskultur ist mehr als die Summe ihrer Teile. Durch und in jeder Unternehmenskultur entsteht in Verbindung mit der Selbstverwaltung ein in sich relativ geschlossenes Beziehungsgefüge. Es erwächst ein Zusammenhang, der das Zurechtfinden und Wohlfühlen in anderen Kulturen erschwert, in denen entsprechende Beziehungen, Verhaltensweisen, Identifikationsmuster, Absichten usw. fehlen. Dies kann soweit gehen, daß Gefühle, Erkenntnisstrukturen und Umgangsformen der Mitglieder verschiedener Selbstverwaltungsbetriebe soweit auseinanderklaffen, daß sie unverträglich sind, obwohl eigentlich infolge des ähnlichen Grundanliegens ein wechselseitiges Verständnis füreinander naheliegend erscheint.

Aus der emotionalen Verwobenheit in das Gewohnte ergibt sich bei den meisten Menschen eine verstärkte Urteilsbehinderung gegenüber den Zuständen der eigenen kulturellen Zusammenhänge. Sobald ein gewisser Identifikationsgrad mit ihrer Kultur vorhanden ist, glauben sie, die eigene Lebensweise sei die einzig normale oder doch wenigstens die "normalste" aller möglicher Lebensweisen. Nur bei anderen Kulturen werden die bizarren Entwicklungen des Verhaltens wahrgenommen, nicht bei den eigenen.

Solange Vorstellungen, Gefühle und Denkgewohnheiten eines Menschen intensiv durch Lebens- und vor allem Arbeitszusammenhänge geprägt sind, läßt sich eine solche selektive Wahrnehmung auch bei den Mitgliedern veschiedener Unternehmenskulturen in Selbstverwaltungsbetrieben feststellen. Denn auch dort unterscheiden sich Moral und Ethik systematisch von betrieblichem Zusammenhang zu betrieblichem Zusammenhang. Meist wird dies innerhalb des kleinen Bereichs der Selbstverwaltungswirtschaft gar nicht bewußt wahrgenommen. Eine Gegenüberstellung von herkömmlichen und selbstverwalteten Betrieben hilft aber, das Gemeinte zu verdeutlichen. In den ersteren "herrscht" eindeutig eine andere Moral vor, indem Hierarchien, auch nicht gewählter oder freiwillig akzeptierter Art, hingenommen werden müssen. Moral steht in diesem Kontext als Ausdruck für sozial gebilligte Gewohnheiten, die nicht mehr dem unmittelbaren Einfluß des Einzelnen unterliegen.

### Anerkennung der Sinnhaftigkeit des Anderen

Jedes Selbstverwaltungsunternehmen stellt mit seiner rechtlichen, zielsetzenden und marktgerichteten Umhüllung eine historische Einmaligkeit dar. Nicht allein darauf, sondern auch auf die gewachsenen, innerbetrieblichen Strukturen muß sich jedes einzelne Mitglied einstellen. Es nimmt also nicht nur an der jeweils spezifisch geprägten Unternehmenskultur teil. Vielmehr muß es sich gleichzeitig entprechend den darin sanktionierten Formen verhalten. Das betriebliche Beziehungsgefüge wird demnach nicht überwiegend durch persönliche Ansichten und Aktionen bestimmt, die man im eigentlichen Sinne als individuell bezeichnet. Es sind nur scheinbar unabhängige Aktionen, die von den wesentlichen betriebskulturellen Zusammenhängen in Selbstverwaltungsunternehmen beeinflußt werden.

Bei allen Regelungen, Vereinbarungen und eingefahrenen Verhaltensmustern sollte der Gesamtzusammenhang, in dem sie stehen, berücksichtigt, bzw. mitgedacht werden. Hierin besteht der wichtigste Grundgedanke des Kulturrelativismus, daß nämlich einzelne kulturelle Phänomene nur zu verstehen sind innerhalb der Grenzlinien, in denen sie gestaltet werden und ihren Sinn erhalten. Dies schließt ein, daß anderen Kulturen im Bereich der Selbstverwaltung die gleiche Bedeutung für ihre Mitglieder zugestanden wird, die man seinem eigenen Zusammenhang beimißt. Im Kulturrelativismus wird eine solche Herangehensweise an "Fremdes" sogar generell vertreten, indem gesellschaftliche und unternehmensinterne Machtverhältnisse keine Beachtung finden. Zumindest aber gegenüber Organisationen, Gruppen und Betrieben, die sich bemühen, möglichst gleiche Einflußchancen für jeden zu schaffen, sollte eine solche Einstellung selbstverständlich sein.

Kultureller Relativismus besagt also: Betrachtungen in vergleichender Weise sind nur angemessen, wenn die Phänomene zuvor mit Bezug auf den Zusammenhang wahrgenommen, beschrieben und beurteilt wurden, von dem sie ein Teil sind. Dies ist sein erkenntnisbezogener Anspruch. Gleichzeitig erhält er auch wertbezogene Implikationen. Denn alle ethischen und moralischen Werte und darüber Normen jeglicher Art gelten als relativ zu einer jeweiligen Kultur. Dies gilt besonders hinsichtlich ihrer Sinngebung und Funktionen.

Eine solche Vorgehensweise erschwert oder verunmöglicht Maßstäbe für inter- oder überkulturelle Bewertungen, unabhängig davon, ob von einzelnen Wertstandpunkten oder vom ganzen Wertsystem ausgegangen wird. Der

**Fortsetzung nächste Seite linke Spalte**

Fortsetzung von Seite 16

"common sense" ist also nicht nur von Selbstverwaltungsunternehmen zu Selbstverwaltungsunternehmen verschieden, sondern mit Hilfe des "common sense" eines bestimmten betriebskulturellen Zusammenschlusses läßt sich nichts beurteilen, was über dessen Rahmen hinausgeht. Oder anders ausgedrückt; alle Urteile beruhen auf Erfahrungen, Erfahrungen sind aber auch durch den Prozess des Hineinwachsens in eine Unternehmenskultur kulturrelativ.

Die Konsequenz aus dem Kulturrelativismus, eine allgemeine Toleranzforderung, liegt nahe. Dies geht soweit, daß alle Werte und Verhaltensweisen in einem anderen Selbstverwaltungsunternehmen toleriert werden sollen, wie widerwärtig oder kritisierenswert sie auch vom eigenen Standpunkt empfunden werden. Es ist allerdings problematisch, von dem "Sein" kultureller Unterschiede auf das "Sollen" zwischenkultureller Duldsamkeit zu schließen. Wer weiß, daß die Andersartigkeit jedes Selbstverwaltungsbetriebes nicht als schlecht und verwerflich, sondern eben nur als andersartig zu deuten ist, muß nicht tolerant gegenüber den jeweiligen Eigenarten sein. Er wird dies vielleicht auch in konkreten Fällen mit Berechtigung nicht können, obgleich er die Zusammenhänge und Erfordernisse kennt, aus denen diese Eigenarten entstanden sind.

### Kritik und Toleranz als Ergänzung

Die Nichtfähigkeit oder Nichtbereitschaft zur Toleranz ändert nichts an der Gültigkeit der kulturrelativistischen Ansicht. Der Geltungsbereich konkreter Wertmaßstäbe ist trotzdem auf die sozialen und kulturellen Einheiten beschränkt, in denen sie sich entwickelt haben. Auch läßt sich aus der Tatsache der Relativitäten moralischer Maßstäbe die in sich selbst moralische Toleranzforderung ableiten. Deren Einhaltung findet jedoch Grenzen bei der Mißachtung eigener oder anderer individueller Interessen und Bedürfnisse, sobald diese durch die Ausnutzung von Machtdivergenzen einseitig unterdrückt werden. Allerdings könnte bei vorhandenem Machtausnutzungsverdacht der Versuch des Verstehens von der Kritik dazu beitragen, voreilige Verurteilungen und die kompromißlose Gegenüberstellung unterschiedlicher Leitbilder zu vermeiden. Denn häufig beruhen solche Verurteilungen und Kritiken mehr auf Vorurteilen als auf begründeten Einschätzungen.

Ein solcher kulturrelativistischer Ansatz bedeutet nicht ein Unterlassen jeglicher Kritik. Bei den meisten Überlegungen zum Kulturrelativismus wird übersehen, daß darin nicht nur Toleranzforderungen angelegt sind. Vielmehr sind in der Begründung zur Kulturtoleranz gleichzeitig auch Argumente für eine Kritiktoleranz enthalten. Sie können sogar als grundsätzliche Aufforderung zur Kritik bzw. zu deren Notwendigkeit interpretiert werden. Eine solche Schlußfolgerung läßt sich aus der Verwobenheit in die eigenen betrieblichen Abläufe und den dadurch mitbedingten Erkenntnisschranken mitbegründen. Sie werden auch oft als Betriebsblindheit bezeichnet.

Eine solche Kritiktoleranz gilt jedoch nur, solange ein Unternehmen als offenes System aufgefaßt wird, für das eine ständige Weiterentwicklung und damit auch ein kultureller Wandel wünschenswert ist. Dann dienen Anregungen und Kritik dazu, Stagnation zu verhindern und erstarrte Strukturen aufzubrechen. Wie wichtig dies ist, veranschaulicht das Vorgehen in langjährig bestehenden Firmen der herkömmlichen Wirtschaft. Von diesen werden eher Zweigbetriebe an neuen Standorten mit neuen Mitarbeitern und neustem technisch-organisatorischen Know-how gegründet, als radikale Veränderungen in Bestehendes eingebettet. Auf diese Weise umgeht die dortige Unternehmensleitung Probleme, die sich aus den relativ unbeweglichen, gewachsenen Strukturen eines Unternehmens ergeben.

Diese Vorgehensweise widerspricht allerdings dem Anspruch von Selbstverwaltungsbetrieben, deren dauerhafter Entwicklungscharakter sich aus der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung in der Form des Dialogs ergibt. Insofern wäre das Ziel dieser Ausführungen erreicht, wenn sie zu einer fruchtbaren Vermischung von Toleranz und Kritik zwischen unterschiedlichen Unternehmenskulturen in Selbstverwaltungsbetrieben beitragen, vielleicht aber auch nahestehende Unternehmen der herkömmlichen Wirtschaft wie traditionelle Genossenschaften und weitgehende Beteiligungsmodelle in eine solche Umgangsform einbezogen werden.

**Burkhard Flieger**

# Buchbesprechungen

**Soziale Selbsthilfe. Aspekte zur Selbsthilfediskussion Mitte der achtziger Jahre**
**Blätter der Wohlfahrtspflege, Nr. 4 (April 1986).**

Selbstverwaltete Betriebe und soziale Beschäftigungsinitiativen als Träger der Sozialpolitik, insbesondere in der Jugendhilfe. Daß dieses Thema nicht mehr am Rande der Diskussion steht, belegt dieses Themenheft, der im Umfeld des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes herausgegebenen Fachzeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Große Uneinigkeit besteht jedoch zwischen den Autoren über den Stellenwert der materiellen Existenzsicherung im Rahmen der sozialen Selbsthilfe.

Die beiden für die Selbstverwaltungs-Diskussion wichtigsten Beiträge umreißen eine Kontroverse zwischen Vertretern fortschrittlicher Positionen im Bereich der Beschäftigungspolitik: Auf der einen Seite Roland Matzdorf, Koordinator der fast 10 Jahre arbeitenden Ruhr-Werkstatt in Oberhausen, die ca. 100 öffentlich finanzierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen hat. Matzdorf vertritt die Ansicht, daß die Alternativ- und Nischenwirtschaftsperspektive der selbstverwalteten Betriebe an den Bedürfnissen der meisten Arbeitslosen/von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen vorbeigeht. Eine öffentlich finanzierte Beschäftigungsstrategie (2. Arbeitsmarkt) sei hingegen „die überlegene und in ihrer Breitenwirkung einzig hilfreiche Perspektive für die große Zahl der benachteiligten Jugendlichen". Die Gegenposition vertreten Lothar Evers und Walter Schulz, Kölner Drehpunktpersonen zwischen alternativen Projekten und emanzipatorischer Sozialarbeit. Sie mutmaßen, daß die Sozialarbeit in der Bundesrepublik die Arbeitslosen entdeckt hat: „als Klientel"! Beschäftigungsprojekte lenkten ab von einer Politisierung der Erwerbslosen. Daß es auch anders geht, wollen sie am Beispiel der schottischen Labour-Beschäftigungspolitik belegen, die längst von den betreuten, auf Dauersubventionen angewiesenen Projekten abgegangen sind. Orientiert an Prinzipien der Freire-Pädagogik haben dort fortschrittliche Kräfte „community businesses" gegründet. Von diesen marktorientierten, kapitalneutralisierten „Stadtteilfirmen" gibt es heute ca. 100, in denen ca. 2.000 Menschen beschäftigt sind. Anfallende Gewinne fallen nicht den Eigentümern zu (wie auch in den selbstverwalteten Betrieben), sondern werden in neue Firmen investiert.

Wer sich intensiv mit der sozialpolitischen Funktion von Beschäftigungsinitiativen und selbstverwalteten Betrieben beschäftigen will, dem sei diese Ausgabe der „Blätter" empfohlen (die Aufsätze von Matzdorf und Evers/Schulte werden auch im „Rundbrief Alternative Ökonomie" 6/7, 1986, abgedruckt. Die Mai-Nummer der „Blätter" behandelt übrigens das Thema „Soziale Dienste finanzieren und betreiben. Aspekte der Wirtschaftsführung bei gemeinnützigen Einrichtungen").

**Wolfgang Beywl**

Verschüttetes ausgegraben
**OMGUS-Ermittlungen**
**Hrsg.: Hans Magnus Enzensberger**

Im Frühjahr dieses Jahres wurde nun der zweite Band der OMGUS-Berichte: „Ermittlungen gegen I. G. Farben" von Hans Magnus Enzensberger herausgebracht. In schöner Aufmachung,jedoch zu einem noch erschwinglichen Preis von 25,– DM stehen auf 576 Seiten eine Vielzahl von Fakten über die verbrecherischen Machenschaften der I. G. Farben im 3. Reich.

Die Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, Hamburg, hat mit diesem Buch ihre Bemühungen fortgesetzt, die folgenreiche Verflechtung zwischen Wirtschaft und Nazi-Regime in den Jahren 1933 – 45 anhand von bislang noch nicht publizierten Unterlagen der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland zu erhellen.

Wie notwendig diese historische Spurensicherung ist, habe nicht zuletzt die für die Deutsche Bank beschämenden Ermittlungen der Amerikaner ergeben, die im ersten OMGUS-Band „Ermittlungen gegen die Deutsche Bank" dokumentiert sind. Beide Bände zusammen geben ein eindrucksvolles Bild über die wirkliche Machtstellung der Industrie im politischen Geschehen. Aus der Historie des Dritten Reiches können wir auch heute noch vieles lernen, denn Grundsätzliches hat sich bislang noch nicht geändert.

O M.G.U.S. – Ermittlungen gegen die I. G. Farben, Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, Greno Verlag, Nördlingen, April 86, DM 25,–, ISBN 3-891-900-198

**Albert Ganz**

Eva H.

Wider die Geschichtslosigkeit ökologischen Denkens

**Ulrich Linse.**
**Ökopax und Anarchie – Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland**

„Geschichtslosigkeit ist ein besonderes Kennzeichen der neuen sozialen Bewegung in Deutschland. Sie sind zu aktivistisch und kurzlebig, um sich der Geschichte zu erinnern, während sie selbst Geschichte machen wollen." So der Autor Ulrich Linse in seinem neuen Buch über die Wurzeln der Ökologiebewegung.

Ökorevolutionäre, so zeigt Linse, gab es bereits lange vor der Anti-AKW-Bewegung. Der in Schwaben geborene Autor beschreibt anhand eines umfangreichen Quellenmaterials die Stationen, die zur Ausbildung eines ökologischen und ganzheitlichen Protestes in Deutschland führten. Er weist nach, daß der Protest gegen Naturausbeutung und Kriegsgefährdung geschichtlich eng zusammenhängt. Ulrich Linse beschreibt die zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg entstandenen Utopien von „Ökopax", des friedlichen, herrschaftsfreien Zusammenlebens von Mensch und Natur.

In der wilhelminischen Natur- und Heimatschutzbewegung artikulierte sich erstmals die bürgerliche Fortschrittskritik, die jedoch im Dritten Reich aufgerieben wurde. Ähnlich schwer tat man sich in der Arbeiterbewegung, dem proletarischen Fortschrittsoptimismus den Schutz der Natur entgegenzusetzen. Nach diesen ökologischen Ansätzen im bürgerlichen und sozialistischen Lager, die jedoch nicht mehr als bescheidene Anfänge waren, verfolgt Linse insbesondere die Spuren einer wirklichen radikal-ökologischen Haltung in den weniger bekannten Gruppierungen: den genossenschaftlichen Siedlungs- und Sozialutopien, in der Ghandi-Bewegung, in christlich-anarchistischen Gemeinschaften, bei den ersten Stadtindianern und in den anarchistischen Kreisen um Paul Robien.

Waren diese Gruppierungen zumeist nur politische Randerscheinungen, so formulierten sie vielleicht gerade deswegen eine zeitgemäße Gesellschaftskritik, die heute aktueller ist denn je. Die Erinnerung daran lohnt, wie die ökologische Sensibilität und die Lebensexperimente einiger wackerer Vorkämpfer Zeichen setzten – Jahrzehnte vor den heute alltäglich gewordenen Schlagzeilen über den Tod der natürlichen Lebensgefüge, welche zum Menetekel der industriellen Entwicklung gewoden sind.

Ulrich Linse, Ökopax und Anarchie – Eine Geschichte der ökologischen Bewegung in Deutschland, 1986, dtv, München, 192 S., 10,80 DM, ISBN 3-423-10550-X

**Andrea Meier**

**Rundbrief Alternative Ökonomie**

Ab sofort gibt es den neuen Rundbrief Alternative Ökonomie der AG SPAK. Diese Ausgabe Nr. 35 hat folgende Inhalte.

- Nachzüglerprotokolle vom TAK AÖ-Seminar bei der COOP in Dortmund
- Protokolle des TAK AÖ Seminars „Lösungsmöglichkeiten für Gruppenprobleme in SV-Projekten" in der „Kratzbürste', Freiburg
- Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen in der Jugendhilfe
- schottische Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit
- Genossenschaften in Norditalien
- und die **Vorbereitungspapiere zum Sommerseminar im Bessunger Forst (siehe auch Programm in dieser Zeitung auf Seite 18)**

Beziehen könnt ihr den RB 35 ebenso wie die noch vorrätigen Ausgaben 32 (Schwerpunkt Altersversorgung und soziale Absicherung in selbstverwalteten Betrieben) RB 33 (Schwerpunkt: Dortmunder Konsumgenossenschaft) und RB 34 gegen Vorauszahlung von je DM 8.– auf das Postgiroamt Karlsruhe, Kto-Nr. 1529 11 751 (Kontoinhaberin Ingrid Wolschnin). Der Abopreis für 4 Ausgaben beträgt 28.– DM

**Alternative Ökonomie der AG SPAK c/o Tagungshaus Läufertsmühle, 6943 Neckargerach.**

REIHE SELBSTVERWALTUNG

Rolf Schwendter (Hg.)
GRUNDLEGUNGEN ZUR ALTERNATIVEN ÖKONOMIE
Teil 1: Die Mühen der Berge
Teil 2: Die Mühen der Ebenen
AG SPAK M 72/73
je ca. 270 Seiten
erscheint zur Buchmesse 1986
pro Band ca. DM 24.–
zusammen ca. DM 39.–

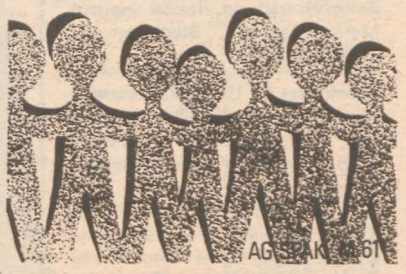
Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion, bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Kreditvermittlung, soziale Absicherung, Alternativforschung...

Der erste Band bezieht sich stärker auf politische Konzepte, während im zweiten die Praxis und die Schwierigkeiten im Detail der Umsetzung Alternativer Ökonomie zur Sprache kommen. Die Bände beinhalten Beiträge

- Zur Geschichte der Alternativen Ökonomie
- Zur Zeitgeschichte Alternativer Ökonomie
- Zur Diskussion
- Zur nächsten Zukunft der Alternativen Ökonomie
- Grundsätzliche Kritik der Alternativen Ökonomie

AG SPAK – Publikationen
Kistlerstr. 1, 8000 München 90
Reihe Selbstverwaltung

Burghard Flieger (Hg.)
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFTEN
oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung




ISBN 3-923126-26-3
340 Seiten, DM 24.–
Bestellung über den Buchhandel oder über:
AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Goldesel für die GEMA?

Über den Umgang mit der GEMA

2.erweiterte Auflage, März 1986
Was ist die GEMA? ...was ist wofür an die GEMA zu zahlen? ...was ist die günstigste Vertragsart? ...
Auf diese und viele weitere Fragen geht die vorliegende 2. erweiterte Auflage dieser Arbeitshilfe ein.
Neu aufgenommen wurde insbesondere ein Kapitel zur Änderung des Urheberrechts, in der Erleichterungen für „Veranstaltungen der Jugendhilfe" festgeschrieben sind.
Bestellungen über:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar, Gaisbergstr. 97, 69 Heidelberg 1.
Preis. 4 DM und 1 DM Porto- u. Versandkosten (bitte bei Bestellung in Briefmarken beilegen).

heft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerhe

Graswurzel revolution

SCHWERPUNKT SPANIEN 1936
ANARCHIE AUF DEM PRÜFSTAND

WEITERE THEMEN
O Anti-AKW-Bewegung
O Widerstand und Gewalt
O Marsch f. Entmilitarisierung

BEILAGE Graswurzelcamp im Hunsrück

Bezug: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50
40 S. / 3 + 0,80 DM in Briefmarken

ft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft

# Stellenanzeigen

Sylvia, 19 J., Abitur, sucht zum 1.8.1987 oder früher eine Lehrstelle als Schneiderin in einem kleinen, (alternativen?) Betrieb. Wer kann mir Adressen von kleinen Lehrbetrieben geben oder welcher Betrieb sucht noch einen Lehrling? Ich bin mobil!
Meine Adresse lautet: Sylvia Kadzik, Kuhlenkamp 12a, 2811 Asendorf.

**Betriebsfortführung**
Zur Erstellung eines Handbuches für Betriebsräte zum Thema: **Weiterführung von Betrieben durch Arbeitnehmer** wird möglichst bald ein Sozialwissenschaftler/Journalist gesucht, der für einen Werkauftrag in Höhe von DM 80.000 gut recherchiert und schreibt. Bewerbungen mit üblichen Unterlagen und Schriftproben an:
Prof. Dr. K.J. Bieback
Prof. Dr. H. Stohauer
Hochschule für Wirtschaft und Politik
Van Melle-Park 9
2000 Hamburg 13

Bestehendes Kollektiv in Berlin sucht **Steuerberater/in** zum Aufbau einer Steuerberatungs-GmbH
Tel. (030) 325 81 57

**Gemeinsam selbständig machen!** Dipl.-Ing. (Feinwerktechnik) sucht findigen Elektroniker. Mögliches Arbeitsgebiet. Sonderfertigung elektrischer Kleingeräte. Finanzierung & Arbeitsmittel begrenzt vorhanden. Langfristig darf auch sehr gern ein Betrieb in Selbstverwaltung daraus werden. Martin Lampen, Stephanstr. 4, 7400 Tübingen

**Lehrkräfte für Umweltschutzseminare** im Rhein-Main-Gebiet für die Zeit vom 1.9.86 – (vorläufig) 30.6.87 gesucht. Halbtagsstellen möglich.
2 Umweltschutzexperten für die Themenbereiche Haushalt, Industrie, Landwirtschaft und Handel.
2 Umweltschutzexperten für die Themenbereiche Umwelttechniken und Technologieimplikation.
2 Umweltschutzexperten für die Themenbereiche Stadt- und Landschaftsplanung und Naturschutz.
Kurzbewerbungen bitte umgehend an: G.V T., Postfach 60 03 03, 6000 Frankfurt/Main

Großer Naturkostladen mit kleiner Filiale sucht Mitarbeiter(in), möglichst mit Fachkenntnis und langfristigem Engagement.
Bioladen 'Was die Bäume sagen', Weyertal 30, 5000 Köln 41, Tel. (0221) 42 61 11

Sommerseminar '86

# AG SPAK

## Mitarbeiterunternehmen als Betriebstyp der postindustriellen Gesellschaft

**Arbeitsgruppe zu einer betrieblichen Fallstudie auf dem Sommerseminar der AG SPAK zum Thema Alternative Ökonomie vom 28. Juli bis 1. August 1986 im Bessunger Forst**

Anstöße für den Aufbau und die Einschätzung der Zukunftschancen demokratischer Betriebe lassen sich nicht nur durch den Rückblick in die Genossenschaftsgeschichte oder die Betrachtung selbstverwalteter Betrieb aus dem Bereich alternativer Bewegungen gewinnen. Auch der Blick auf Entwicklungen innerhalb der herkömmlichen Wirtschaft kann viele Aufschlüsse über machbare Utopien geben. Dies gilt vor allem, wenn man/frau sich dabei konzentriert auf eventuell zukunftsweisende Sonderentwicklungen. Hierunter können auch sogenannte Mitarbeiter- oder Geistkapitalunternehmen gerechnet werden. Erstmals Mitte der 60-iger Jahre in der Bundesrepublik entstanden, sind sie der fortgeschrittenste Versuch, Produktivität und Demokratie in Einklang zu bringen. Zumindest innerbetrieblich gelingt es ihnen weitgehend, Kapital und Arbeit miteinander zu „versöhnen". Um dies zu erreichen wurde eine umfangreiche Konzeptions- und Gestaltungsarbeit geleistet. Sie geht in einigen Punkten weit über das noch experimentelle Stadium vieler Selbstverwaltungsunternehmen hinaus.

Es bleibt allerdings nicht aus, in Mitarbeiterunternehmen bewährte Konzeptionen für Betriebe in Selbstverwaltung mit einer anderen inhaltlichen Stoßrichtung zu übernehmen. Mitarbeiterunternehmen sind nicht ausschließlich als „Kopfgeburten" anzusehen. Insofern gilt es, erst ein Verständnis über die für ihre Entstehung und Entwicklung ausschlaggebenden Bedingungen zu bekommen. Dies erfordert vor allem eine genauere Betrachtung des technologischen und wirtschaftlichen Umfelds, aber auch der sozialen Struktur bzw. Zusammensetzung solcher Betriebe. Nur dann sind weitergehende Überlegungen sinnvoll, ob und in welchem Maße sich Anregungen für eine Weiterentwicklung der Selbstverwaltungswirtschaft gewinnen lassen. Unter diesem Blickwinkel ist der erste, zweitägige Teil der oben genannten Arbeitsgruppe zu sehen. In ihm steht die Diskussion der Bedingungen, die eine zunehmende Bedeutung von Mitarbeiterunternehmen wahrscheinlich machen, im Vordergrund.

Die Bestandsfähigkeit demokratischer Betriebe wird allerdings nicht nur von der sozialen Zusammensetzung und den Umfeldbedingungen beeinflußt. Innerbetrieblichen Prozessen kommt ein vergleichbar großes Gewicht zu. Einige Konflikte ließen sich dabei sicherlich besser bewältigen oder sogar durch vertragliche Regelungen und gruppendynamisch orientiertes Lernen vermeiden. In vielen Fällen handelt es sich jedoch um nicht umgehbare Schwierigkeiten, die in den Strukturen selbstverwalteten Arbeitens angelegt sind. Dies gilt auch und zwar in besonderem Maße für die sogenannte Generationsproblematik. Sie trifft jeden Selbstverwaltungsbetrieb, sobald sich die Mitglieder nicht auf die ursprüngliche Kerngruppe beschränken wollen, sondern Interesse an einem langfristigen Ausbau ihres Unternehmens haben und die entwickelte genossenschaftliche Organisation erhalten bleiben soll.

Das Erkennen der Generationsproblematik ist leicht und schwierig zugleich. Längere Mitarbeit und damit größere Erfahrung erhöhen auch die Einflußmöglichkeiten bei der Gestaltung eines Selbstverwaltungsbetriebes. Selbst wenn dies jedem einsichtig ist, wird durch die Überlagerung mit Wertedivergenzen, vielfältigen persönlichen Konflikten und der jeweils situationsbestimmten Ausformung der Probleme ein Begreifen der sich dabei abspielenden längerfristigen Zusammenhänge erschwert. Um sie trotzdem besser verstehen zu können, soll versucht werden, sich dem Phänomen über die Beschreibung einzelner innerbetrieblicher Auseinandersetzungen in einem genauer untersuchten Mitarbeiterunternehmen zu nähern. Nach ihrer mehr oder weniger ausführlichen Darstellung sollen diese im Hinblick auf die Generationsproblematik analysiert und interpretiert werden. Erst ein Zusammentragen verschiedener Beispiele quasi als Mosaiksteinchen dürften die Ausarbeitung eines genaueren „Bildes" über die Generationsproblematik ermöglichen.

Die Abhandlung der beiden Themenblöcke soll sehr diskussionsintensiv organisiert werden. Dies geht nur, wenn die Hereingabe von Informationen während des Seminares nur noch in geringem Maße notwendig ist und in kleinen Gruppen mit maximal 6 Personen gearbeitet wird. Deshalb bleibt die Teilnahme strikt auf Personen beschränkt, die sich zu dieser Arbeitsgruppe vorher verbindlich (Überweisung des Anmeldebeitrages) angemeldet haben. Ihnen werden dann Manuskripte zur Vorbereitung zugesandt, die als Diskussionsleitfaden dienen. Nur der erste Tag ist als umfassender Informationsblock gedacht. Dort wird das Unternehmen, das zur Veranschaulichung der diskutierten Inhalte dient, ausführlicher beschrieben und mit Hilfe von Lichtbildern anfaßbarer gemacht.
**Anfragen, Hinweise und Rücksprache direkt an:**
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg
Tel. (0761) 70 90 23

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Theoriearbeitskreis

## THEORIEARBEITSKREIS ALTERNATIVE ÖKONOMIE DER AK SPAK
## SOMMERSEMINAR 1986 im Jugendhof Bessinger Forst e.V., Roßdorf

| So 20.7. | Mo 21.7. – Fr. 25.7. | Sa 26.7. | So 27.7. | Mo 28.7. – Fr. 1.8. | Sa 2.8. |
|---|---|---|---|---|---|
| Anreise<br><br>15 Uhr<br><br>Ankunft mit Kaffeetrinken<br><br>16 Uhr<br><br>Arbeitsorganisationstreffen/ anschließend Vorstellungsrunde | I. Frauen und Macht (Urta Steinhäuser u.a.)<br>II. Selbstverwaltung am Beispiel ‚linker Buchhandel' (Elmar Sing/Roland Kreling)<br>III. Vorstellung und Perspektiven der Selbstverwaltungswirtschaft am Beispiel eines selbstverwalteten Betriebes (nur Montag!!) (Aggi, ASH)<br>IV. Alternative Ökonomie und Regionalentwicklung (Di bis Fr) (Hans-Gerd Nottenbohm) | | 10 Uhr<br><br>TAK AÖ-Sitzung | V. Alternative Organisationskonzepte (Rolf Schwendter)<br>VI. Gesellschaftliche Perspektiven und Stellenwert der Selbstverwaltungswirtschaft (verschiedene Referent/inn/en)<br>VII. Mitarbeiterunternehmen als Betriebstyp der postindustriellen Gesellschaft (Burghard Flieger) | |

Das Sommerseminar ist auf 50 Teilnehmer/innen begrenzt. Die Teilnehmenden sollten möglichst an **beiden** Sommerseminar-Wochen teilnehmen. Kosten mit Verpflegung insgesamt DM 140,–. **ANMELDUNG:** bei Udo Schramm, Pilgrimstraße 26, 4630 Bochum; Anmeldung so schnell wie möglich! Anmeldegebühr: DM 80 auf das Konto-Nr. 2637 70–461, Postgiroamt Dortmund, Kto.-Inhaber Udo Schramm, überweisen. Bei der Anmeldung muß angegeben werden, an welcher Arbeitsgruppe (beide Wochen!) teilgenommen werden will. Wer ein eigenes Thema anzubieten hat, kann dies bei der Anmeldung vermerken. Kulturelle Beiträge aller Art sind auch gerne gesehen und können während der Seminarwochen eingebracht werden (hierfür stehen die Vormittage und Abende zur Verfügung).

# Kleinanzeigencoupon

**Private Kleinanzeigen kosten 5 DM** für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). **Private Stellengesuche** sind kostenlos! **Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen,** jede weitere 5 DM. **Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht** mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. **Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb.** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin: jeweils zum **15. des Monates. Chiffreanzeigen** kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon. . . . . .Unterschrift . . . . . .

Bitte einsenden an: Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

# Kleinanzeigen

Die AG SPAK plant eine Buchreihe zum Thema Selbstverwaltung. Begonnen wird diese mit zwei Bänden von Rolf Schwendter (Hrg.) mit dem Titel „Grundlegungen zur alternativen Ökonomie". Weitere geplante Bände sind Ökobank, Frauen in Selbstverwaltungsbetrieben (Martina Rački, Lorettostr. 56, 7800 Freiburg), Konsumgenossenschaften, betriebsbezogene Utopieentwürfe, ökologisches Marketing. Wer Interesse an einer Mitarbeit bei einem der Themen hat, oder besser noch ein anderes Thema zum Bereich Selbstverwaltung in dieser Reihe herausgeben möchte, wende sich an Burkhard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg, Tel. (0761) 70 90 23.

Ökologisches Forschungs- und Bildungsinstitut sucht ökol. sinnvolle Projektgruppen, Arbeitsgemeinschaften, Alternativunternehmen (Architekt), Biochemische Labore etc. zwecks Nutzung einer gemeinsamen grünen Villa mit Parkgarten in Offenbach.
140 qm Laborfläche, 420 qm Schulungs-Konferenz- und Büroräume, 50 qm Wohnung (auch als Büro bzw. Labor nutzbar).
Interessenten **sofort** melden:
Tel. (069) 46 11 22

An alle Literaturfreunde! Das **Ulcus-Molle-Info** mit Nachrichten aus Kleinverlagen erscheint seit 1969 regelmäßig. Probeheft anfordern!! Literarisches Info-Zentrum, Böckenhoffstr. 7, 4250 Bottrop, Tel. (02041) 2 05 68

**Neu:**
**FORUM der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise**
**Heft 31/86**
**Frauen setzen an – Ansätze**
Inhalt:
- Bildungsarbeit mit Frauen
- Frauen in selbstverwalteten Betrieben
- Diskussion des „Antidiskriminierungsgesetzes"
- Humangenetik als Zauberformel
- Fortbildungsprogramm für Frauen in der Sozialarbeit
- Die HEXEN sind wieder da
- Wünsche und Wirklichkeit in einem Hamburger Frauenprojekt

Bestellungen über: AG SPAK, Bundesgeschäftsstelle, Kistlerstr.1 8000 München 90. Preis DM 2,50 und DM 1.– Porto- und Versandkosten (in Briefmarken beilegen)

Der **Fahrradkurier Heidelberg** (selbstverw. Betrieb) sucht Kontakt mit Gruppen und Personen, die ebenfalls einen Fahrradkurierdienst aufbauen wollen, zwecks Erfahrungsaustausch. Anschrift: Fahrradkurierdienst HD, Blumenthalstr. 7, 6900 Heidelberg.

**Handbuch für Kriegs- und Zivildienstfeinde**
Gesucht werden noch Informationen zum Thema „Umgehung des Kriegs-, Zivil- und jeglichen Ersatzdienstes". Wer hat Erfahrungen mit Gesetzeslücken, Berlin-Status, Musterungstäuschung, Verzögerungstaktiken, Zurückstellung oder andere originelle Ideen? Schreibt an „Freie Journalisten" Postfach 10 28 01, 4630 Bochum1 Unser Dank (Freiexemplar) und anderer Zorn sind Euch sicher.

**An alle Kollektive in der BRD-Alternativ-Szene!**
Liebe Leute,
wir brauchen dringend Eure Hilfe zur Realisierung unseres Bauvorhabens.
Um an die nötige Kohle vom Land zu kommen, müssen wir den sogenannten Eigenanteil nachweisen. Es handelt sich bei uns um DM 300.000. Hiervon können wir einen Teil selbst erbringen. Wir werden uns an den Maurer-, Zimmerer- und Elektroarbeiten beteiligen können. Jedoch sind wir darauf angewiesen, daß andere Gruppen uns helfen.
Wir können Hilfswilligen Kost und Logis anbieten, jedoch kein Geld. Es kommt noch ein zeitliches Problem hinzu: Der Kostenplan mit Aufschlüsselung des zu erbringenden Eigenanteils muß bald vorgelegt werden. Es ist daher auch noch Eile geboten.
Daher bitten wir Euch ganz inständig, solltet Ihr Möglichkeiten sehen, daß Ihr Euch mit uns in Verbindung setzt, damit das weitere Vorgehen überlegt werden kann. Natürlich erhaltet Ihr auch detaillierte Informationen über unser Projekt und Bauvorhaben.
Hoffnungsvolle Grüße von Behinderten und Nichtbehinderten der LiD e.V.
Dörrwiese 4
5552 Morbach

Der heiße Tip an alle Autoren **Softjes.** Die aktuelle Adressenliste **„Verlage und Zeitschriften 1986"** ist fertig! Info bei J. Wintjes, Böckenhoffstr. 7, 4250 Bottrop, Tel. (02041) 2 05 68

# Aktion Dritter Weg

## Befreiung des Geldes, Befreiung der Arbeit

## Aktionstage `86

**Wege zur Selbstverwaltung von Wirtschaft, Kultur und Staat**
**Rüschlikon bei Zürich/Schweiz,**
**5.-7. September 1986**

Oh je, schon wieder das Geld. Und das nach dem ganzen Ökobank-Treugeld-Sammeln, Direktkredit-Vermitteln Contraste-Finanzieren... Sollte es wirklich kein anderes Thema in der ganzen Szene mehr geben, so daß jetzt auch noch auf den "Aktionstagen" der Aktion Dritter Weg über Geld gesprochen wird?

Nun, da war zunächst einmal das Angebot des Gottlieb-Duttweiler-Institutes, dessen Räume zu nutzen. Das haben wir gerne aufgegriffen. Was lag nun näher, als dort in der Nähe der Schweizer Bankmetropole Zürich einmal zu beleuchten, was Geld eigentlich ist. Und welchen Stellenwert es für die Entwicklung einer postkapitalistischen Wirtschaft haben könnte.

"Denn bei einem wesensgemäßen Beschreiben des Geschehens zur Befreiung der von den Fähigkeiten getragenen Arbeit ist es doch logisch, daß das Tragende... zuerst befreit werden muß... Einmal dort befreit, wird über die Entstehung neuzeitlicher Wirtschaftsgesetze die Arbeit in allen anderen Unternehmen der Wirtschaft befreit... Wir werden dann also Wirtschaftsgesetze haben, die die Funktion des Geldes klarmachen, denn die Befreiung des Geldes ist Bedingung für die Befreiung der Arbeit. Diese Befreiung, die den Waren- Tauschmittelcharakter des Geldes überwindet und es zur Funktionsbasis des Rechts, ja der Menschenrechte macht, bewirkt dann die Demokratisierung der Geldprozesse. Scheindemokratie zur Verschleierung der Macht des Geldes wird zur wirklichen Demokratie." sagte Joseph Beuys in einer seiner letzten Reden.

Was aber heißt "demokratisierte Geldprozesse"? Wie müssen die Geldprozesse im *sozialen Organismus* gehandhabt werden, damit der einzelne Mensch im Mittelpunkt und nicht mehr ein Rädchen in der Megamaschine ist? Was hierzu in den Zusammenhängen der Aktion Dritter Weg erarbeitet wurde, wollen wir zur Diskussion stellen.

Eine solche Wandlung erfordert aber eine tiefgreifende Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Ist die direkte Demokratie das adäquate Werkzeug, dies zu erreichen? Wie sehen die Vorschläge der *Aktion Volksentscheid* aus, entsprechend tätig zu werden?

Großer Wert wird bei der Tagung auch wieder auf das *Praxis*modell des *Unternehmensverbandes* der Aktion Dritter Weg gelegt. Es gilt, eine Bilanz des Erreichten zu ziehen, die Grenzen eines solchen Modellversuchs zum Aufbau einer neuen Wirtschaft zu erkennen. Ist Kapitalneutralisierung heute überhaupt möglich? Trennung von Leistung und Einkommen oder doch Motivation durch Entlohnung? Schließen sich kollektive Mitarbeiterverwaltung und selbstbestimmtes Arbeiten aus?

Es gilt aber auch, die Ziele und Aufgaben nicht aus den Augen zu verlieren und zu erkennen, welche ungenutzen Möglichkeiten noch offen stehen. Welche Aufgaben kann die Ökobank hierbei wahrnehmen? Wie können Schritte zu einer Vernetzung mit interessierten Initiativen aussehen? Wie wird der Aufbau einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft geplant?

Wir hoffen, daß wir bei der Beantwortung dieser Fragen auf den Aktionstagen ein Stück vorankommen werden. Deshalb wünschen wir uns wieder einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch, gerade auch mit Menschen aus anderen selbstverwalteten Projekten und Betrieben. Dabei werden wir uns besonders bemühen, Kontakte zu Schweizer Initiativen aufzunehmen und damit eine Brücke über die Grenze zu schlagen.

Das genaue Tagungsprogramm bitte anfordern bei:
**Aktion Dritter Weg, Das Büro,**
**Schwanenwik 32, 2000 Hamburg 76,**
**Tel. 040 - 2201847.**


**Ökonomie Alternativen 2**
Helmut Creutz, Dieter Suhr, Werner Onken
**Wachstum bis zur Krise?**
Drei Aufsätze
88 S. mit Abb., 14.80 DM

neu

Helmut Creutz: **Wachstum bis zur Selbstzerstörung? Auswirkungen des Zinssystems.** Eine Analyse.
Dieter Suhr: **Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft. Diagnose und rechtstechnische Behandlung des Mehrwertsyndroms.** Geldreformansätze der 30er Jahre u. Wirtschaftskrise heute.
Werner Onken: **Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte: Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld.** Dokumentation der 'Schwundgeld-Experimente' dieses Jahrhunderts.

**Basis Verlag**
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

**Ökonomie Alternativen 1**
Hugo Godschalk
**Die geldlose Wirtschaft**
Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club
64 S. mit Abb., 14.80 DM

neu

Ein Abriß der Geldreformbewegungen, deren Geschichte wahrscheinlich so alt ist wie die 'Erfindung' des Geldes. Godschalk weist nach, daß die alte Frage, ob Geld abgeschafft werden sollte, zwar legitim, aber auch eine Frage der Definition ist, und daß es darauf ankommt, das Geld auf seine Hauptfunktion als Tauschmittel zurückzuführen. Damit würde es seine die Wirtschaft und Gesellschaft beherrschende und Krisen verursachende Rolle verlieren.

**Basis Verlag**
Postfach 645, D-1000 Berlin 15


# Bunte Seiten

*Red. Heidelberg* Die **BUNTEN SEITEN**, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft als Beilage der CONTRASTE, werden im November '86 wieder erscheinen. Wer in diesem aktuellen Branchen- und Projektführer bisher noch nicht vertreten war, sollte sich möglichst umgehend mit dem Zeitsprung-Verlag, Gaisbergstr. 97 (HH), 6900 Heidelberg 1, in Verbindung setzen. Die Adressseneinträge sind kostenlos.

Um die BUNTEN SEITEN finanzieren zu können, bitten wir Betriebe und Projekte um eine Schaltung von Inseraten. Preisbeispiel: Anzeige 1-spaltig, 43 mm breit und 30 mm hoch, kostet 30 DM netto.
Die **Anzeigenpreisliste** ist ab sofort abrufbar.
**Redaktionsschluß** für diese Herbst/Winterausgabe ist unwiderruflich der **15. Sept. 86.**


**Aufruf**
**PROJEKT: DAS ANDERE STAMMHEIM BUCH**
DIETERKUNZELMANNS Wunsch nach einem anderen Stammheim-Buch geht in Erfüllung. Inhalt: die politische Justiz in der Tradition der Fortsetzung des »Deutschen Trauerspiels«.
PIET BAKKER-SCHUT, holländischer Strafverteidiger und bis heute als Verteidiger in der Bundesrepublik tätig, hat es geschrieben. Klaus Croissant & Peter O. Chotjewitz haben es eingeleitet, und viele andere haben 3 lange Jahre daran gearbeitet. Das Buch enthält alle wesentlichen Prozessdokumente & sonstige wichtige Grundlagen. Es ist vor allem eine Demaskierung und Anatomie der politischen Justiz der Bundesrepublik, wie sie Ottwalt und Gumbel für die Weimarer Zeit verfaßt haben. Dazu gehören genaueste Quellenangaben und sogar ein praktikabler Registerapparat.
Der Aufruf zu seiner Veröffentlichung ist für uns moralische Verpflichtung, die jetzt erst recht gilt, nachdem das nicht endenwollende Kapitel Stammheim in obszöner Weise mediengerecht vermarktet wurde.
WIR EMPFEHLEN DAS »ANDERE STAMMHEIM BUCH« ALS EIN PROJEKT DER WIRKLICHEN AUSEINANDERSETZUNG:
**Klaus Croissant · Klaus Peymann · Dario Fo · Jean Marie Straub · Daniele Huillet · W. Geissler · Franca Rame · P.P. Zahl · K.H. Roth · Brigitte Heinrich · Benni Rambert · Bignia Rambert · John McGuffin · H.W. Henze · Lilienthal · Jean Ziegler · Ludwig Fels · Vigier · Konrad Edge · Gianna Nannini · Noam Chomsky · Bruno Ganz · Luise Rinser · Giesos Mep-Griechenland · Wienke Zitzlaff · Peter O. Chotjewitz**
Erscheinungsdatum (Pardon, für die lange Wartezeit): Mitte '86. Preis: ca. 35 DM, Umfang: ca. 500 Seiten. Um das Buch finanzieren zu können, für das sich kein namhafter Verleger fand, bitten wir um Vorauszahlung & um Spenden:
Postscheck 406293-609 Ffm., Infoliste: WISK — 637 Oberursel 5, Postfach 35

**Wir haben das komplette Lieferprogramm!**
**Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.**
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

# Tagungen...Seminare...Treffen

## Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

**Kinder und Medien**
11. bis 13. Juli 1986
**Einführung in die Videotechnik**
11. bis 13. Juli 1986
**Berufsperspektive Journalist**
14. bis 18. Juli 1986
**Sommerworkshop.**
**Musikalische Improvisation**
4. bis 8. August 1986
**Sommerworkshop.**
**Kreatives mit Papier**
18. bis 22. August 1986

**Anmeldung und Information:**
Werkstatt für demokratie und Öffentlichkeit, Estermannstr. 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 674663

## Hamburger Betriebe in Selbstverwaltung BiS

Regelmäßige Treffen, alle 14 Tage Donnerstags 19.30 Uhr. Unregelmäßige Treffpunkte. Kontakt Netzwerk, Tel. 39 51 51, WUP, Rüdiger, Tel. 39 54 45
Nächstes Treffen:
**24.7.86,** 19.30 Uhr bei CCS, Schwanenwik 32, Hamburg

**Finanzierungsinstrumente für selbstverwaltete Betriebe und Projekte** vom 12. bis 14.9.1986 im Lagerhaus Schildstraße, Bremen.
Anmeldung und Information:
Netzwerk Bremen/Nordniedersachsen, Fehrfeld 60, 28 Bremen

## Sozialpädagogisches Bildungswerk

**Mann und Kind**
11. bis 13. Juli 1986
Gebühr: 60 DM
**Feldenkrais (Einführung)**
25. bis 27. Juli 1986
+ 8. bis 10. August 1986
Gebühr je 110 DM
**Einführung in das Improvisationstheater**
15. bis 17. August 1986
Gebühr: 40 DM
**Maskenbau**
29. bis 31. August 1986
Gebühr: 75 DM
**Sommer-Jazz 1986**
1. bis 7. September 1986
Für Anfänger und Fortgeschrittene. Gebühr 350 DM
**Alle Seminare finden im Haus Einschlingen in Bielefeld-Quelle** statt. Unterkunft und Verpflegung sind in der Gebühr enthalten.
**Anmeldung und Information:**
Sozialpädagogisches Bildungswerk
Schlingenstr. 65
4800 Bielefeld 14
Tel. (0521) 45 18 11

## Kongreß

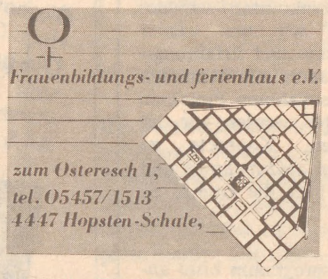
**Kongreß zum Thema Anthroposophie im Congress Centrum Hamburg. Vom 4. - 9.08.1986**

**Kongreßprogramm:**

**Das „Forum der Zukunft"**
Das „Forum der Zukunft" bildet das Herzstück des Kongresses: Zehn parallele, viertägige Veranstaltungsreihen an den Vormittagen zu verschiedenen aktuellen Themengebieten. Beispiele: „Naturwissenschaft und Technik"; ‚Ökologie"; „Erneuerung der Religion" „Wirtschaft und soziale Frage"; „Hat die Jugend in unserer Gesellschaft noch eine Aufgabe?" u.a.
An den Nachmittagen sind unter anderem **Podiumsdiskussionen** geplant. Themenbeispiel: **„Ausstieg aus der Kernenergie — Beiträge zu ihrer Beurteilung aus anthroposophischer Sicht".**

**Ökologieausstellung**
Eine Ökologieausstellung mit folgender Themengliederung wird in den Kongreßräumen zu besichtigen sein Lebensbereiche; Rhytmen und Todeszonen der Erde; Der Hof als Landschaftsorganismus; Gesunde Bäume für bedrohte Wälder Kulturpflanzen-Regeneration; Irdisch-kosmische Rhytmen in der Pflanzenveredlung, Landschaftsgestaltung und -pflege; Waldprojekte in Europa und anderen Erdteilen, Garten-, Acker- und Waldbau in Wüstengebieten, Die junge Generation und der Wald; Ausbildungsstätten.

Ein ausführliches Programm und Anmeldekarten gibt es bei:
Freies Forum
Mittelweg 11
2000 Hamburg 13
Tel. (040) 41 80 83




**Magische Textilkunst und Aktion**
So., 13. bis So., 20. Juli 86
Kosten: 300 bis 500 DM
**Töne aus Regenbogen — Erdfarbengesänge**
So., 20. bis Fr., 25. Juli '86
Kosten: 200 bis 300 DM
**Die Macht der Bilder und der Blicke — Frauen im Schau-Geschäft des erotischen Kinos**
Fr., 25. bis So., 27. Juli '86
Kosten. 100 bis 200 DM
**Frauenbild — unser Bild**
So., 27.7. bis Fr., 1.8.86
Kosten: 200 bis 300 DM
**Körper-Transformationen — ... ein Malkurs, der keiner ist**
*Fr., 1. bis So., 3. August '86*
Kosten: 100 bis 200 DM
**'Prima' — Percussion/Maskenbau und alte Frauenidole**
So., 3. bis So., 10. August '86
**Akt — zeichnen, malen, drucken**
So., 10. bis Fr., 15. August '86
Kosten: 200 bis 300 DM
**Kreative und selbstheilende Kräfte des Tanzes in Verbindung mit Malen**
Fr., 15. bis So., 17. August '86
Kosten: 100 bis 200 DM
**Die Lust sich zu schmücken — experimenteller Schmuck —**
So., 17. bis Fr., 22. August '86
Kosten: 200 bis 300 DM
**Ausdruckstanz**
Fr., 22. bis So., 24. August '86
Kosten. 100 bis 200 DM
**Steinbildhauerarbeit**
So., 24. bis Fr., 29. August '86
Kosten: 200 bis 300 DM
**Lesbensexualität — die Spirale unseres Lebens**
So., 31.8. bis Fr., 5.9.86
Kosten: 200 bis 300 DM

**Frauen und GEN/Reproduktionstechnologien**
Fr., 5. bis So., 7.9.86
Kosten: 100 bis 200 DM
**Selbsterfahrung mit Farben und Tönen**
So., 7. bis Fr., 12.9.86
Kosten: 200 bis 300 DM

**Frauen im Bau- und Handwerksberufen schaffen sich ihren Arbeitsplatz**
Für Frauen in Bauberufen ist es schwierig, einen bezahlten Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf zu finden. Dieser Kurs will Frauen ansprechen, die sich überlegen, sich ihren Arbeitsplatz selbst zu schaffen — durch Gründung eines Betriebes zusammen mit anderen oder im Alleingang.
Die vorab zu klärenden Fragen und die Probleme und Chancen sollen in dem Kurs angesprochen werden. Durch die Vermittlung von Basis-Fachwissen sollen die Teilnehmerinnen die Möglichkeit *erhalten, Ideen auf ihre Tragfähigkeit* hin zu überprüfen und realistische Projektideen zu entwickeln. Insoweit werden Schwerpunkte des Kurses sein:
- Welche Gründungsschritte und -formalitäten sind notwendig?
- Standortwahl und Marketingfragen?
- Welche Rechtsformen eignen sich für welche Vorhaben?
- Woher kommt das Geld (private und öffentliche Finanzierungsmöglichkeiten)?
- Steuer- und Versicherungsfragen

Neben der reinen Wissensvermittlung wird es aber auch umFragen gehen, wie
- Qualität von Arbeit — wie soll ein idealer Arbeitsplatz aussehen?
- Selbstverwaltung — Welche Voraussetzungen braucht sie? Welche Konseqenzen hat sie?

**So., 21. bis Fr., 26. September 86**
**Kosten. 200 bis 300 DM**

Internationales
Kulturzentrum Achberg
Humboldt-Haus
8991 Achberg
Tel. (08380) 3 35

**I. Aktive Neutralität — Verständigen statt Rüsten**
Mitteleuropäische Initiativen und Perspektiven für eine Überwindung der Blockkonfrontation
(Friedensinitiative Brücke Ost-West)
**II. Den Parteienstaat bändigen — Den Widerstand erweitern — Das Grundgesetz verwirklichen**
Möglichkeit und Bedingungen direkter Demokratie durch Volksentscheid als Hebel zur Durchsetzung einer *Politik von unten*
(Aktion Volksentscheid)

Vom 20. bis 26. Juli 1986

Die beiden Tagungen laufen nebeneinander (I. vormittags, II. nachmittags) so daß beide Themenzusammenhänge bewußt aufeinander bezogen diskutiert werden können.
Anmeldung über das Internationale Kulturzentrum Achberg.

**Der soziale Organismus in seiner Freiheitsgestalt**
11. bis 13. Juli 1986
im Humboldt-Haus, Achberg
Wochenendseminar mit dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Schmundt, dessen „Elememtarlehre des sozialen Organismus" jeden Menschen in die Lage setzt, selbstverantwortlich und aus der Erkenntnis des sozialen Ganzen zu wirken und die daher zu den Grundlagen der Allgemein*bildung* gehören sollte. Schmundts Forschungsergebnisse waren auch Grundlage für den Aufbau des Unternehmensverbandes der Aktion Dritter Weg.

Teilnahme nur bei rechtzeitiger Anmeldung über die Freie Volkshochschule Argental, Engetsweiler Straße 24, 7988 Wangen 4, Tel. (07528) 7734.

## AG SPAK

**Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften**

**KOST - Sommercamp 86**
vom 4. bis 7. September 1986
Zeltcamp auf der holländischen Halbinsel Flevoland, direkt am Wasser, Zeltplatz „de Abbert" bei Elbburg. Jede Menge Aktivitäten: Segeln, Surfkurs.... Umwelt-Aktionen und Fahrradtouren (geringe Teilnehmerbeiträge bei Vollverpflegung). . Wer Lust hat, mitzufahren wende sich an das KOST-Büro in Bremen, Lüneburger Straße, Tel. (0421) 70 10 78 (am besten Vormittags)

**Beratungstagung für JWG's**
soll stattfinden nach dem AG SPAK - „Vertreter"tag in der Heimvolkshochschule „Alte Molkerei ' in Frille. Zur Beratung von neuen Initiativen, Jugendwohnprojekten und Wohngemeinschaften, sowie zum Erfahrungsaustausch.
Genauer Termin: Mo., 3. bis Mi., 5. November 1986
Tagungsbeitrag ca. 50 DM. Anmeldung siehe KOST-Anschrift oben.

**Obdachlosenarbeit**

**Vorbereitungstagung zur Ausstellung „Obdachlos in der BRD"**
11. bis 12.7.1986, Regensburg
Anmeldung und Information:
Wolfgang Wittich
'Untere Bachgasse 9
8400 Regensburg

**KRAK Kriminalpolitischer AK**

**Regionaltagung Nord: Abolitionismus und Anarchismus**
Anmeldung und Information:
GI Dortmund
Brunnenstr. 8-10
4600 Dortmund

**Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie**

**Sommerseminar**
19. Juli bis 3. August 1986
Jugendhof Bessunger Forst
in Roßdorf b. Darmstadt
Information:
AG SPAK
Bundesgeschäftsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

**Übergreifende Tagungen.**

**Treffen der Sozialhilfegruppen**
3. bis 6. Juli 1986, Burckhardthaus
Anmeldung und Information.
Burckhardthaus
Herzbachweg 2
6460 Gelnhausen

## Sozio-kulturelle Zentren

**Freie Kultur zwischen Aufbruch und Anpassung.** Wochenendseminar im Goldenen Anker Pforzheim, Tel. (07231) 7 44 33. Vom 10. bis 12. Oktober 1986 Wo steht die freie Kulturarbeit auf dem Weg zwischen Aufbruch und Anpassung?
Die grundsätzliche Frage nach dem Standort freier Kultur soll zuerst anhand von Modellen aus der kulturellen Praxis beleuchtet werden (Darstellung der Modelle der Roten Fabrik /Zürich und des Pavillon', Hannover). Die These von der Erneuerung der 'Kultur' von unten, in der Kommune, eröffnet Perspektiven für die Kultur - arbeit der 90er Jahre, welche „von Solidarität geprägt sein wird, oder nicht stattfindet ' (Siegfried Hummel, Kulturdezernent der Stadt Osnabrück).
Ausgehend von der Kulturszene Frankfurts weist Dr. Dieter Kramer (Wiss. Mitarb., Kulturamt Frankfurt) auf das Eingebundensein von Kultur, eine gesellschaftliche Funktion freier Kultur, hin.
Die Problematisierung und gleichzeitige Suche nach dem Standort der Alternativen soll Rückschlüsse auf die freien Träger innerhalb der gemeinsamen politischen Kultur geben.

Die noch relativ unbekannte Seite 'Freier Kultur' als Wirtschaftsfaktor rundet den themenbezogenen Block ab (Dr. Frank, Zentrum für Kulturforschung/Bonn).

---

**Erfahrungsaustausch zwischen den Landesarbeitsgemeinschaften der Sozio-kulturellen Zentren im** KFZ, Schulstr. 6, 3550 Marburg. Samstag 30. August 1986 von 10 bis 16 Uhr.

---

**Bundeskongreß der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren anläßlich des 10jährigen Bestehens des „Schlachthof e.V " Kassel.** Vom 3. bis 5. Oktober 1986 im Kulturzentrum „Schlachthof", Kassel, Mombachstr. 12, Telefon (0561) 89 99 83

---

**Bundesweites Festivalveranstaltertreffen in Tübingen.** Ort. Club Voltaire, Haaggasse 26b, 7400 Tübingen, Tel. (07071) 5 15 24
Termin: 27./28.9.1986
Thema: **Festivals als Orte der politischen Solidarität?**

## *Ist CONTRASTE immer pünktlich?*

Wir wollen unsere Abo-Vertriebswege überprüfen.
Wenn CONTRASTE nicht pünktlich ist, laßt es uns wissen.
Wir gehen Eurer Beschwerde nach, und werden für eine regelmäßige Belieferung sorgen.
Schickt Eure Beschwerde an:

**STATTwerke e.V., Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36**

Abo-Nr. (lt. Adressaufkleber)

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Tel.: .....

CONTRASTE kam in folgenden Monaten unpünktlich:

.....

CONTRASTE kam in folgenden Monaten garnicht:

.....

.....

Andere Unregelmäßigkeiten: .....

.....

.....

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....

Adresse: .....

Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate DM 24.— für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.— (incl. Versand).
**Zahlungsweise** (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:. . . . . .Geldinst.: . . . . . .

Konto-Nr.:. . . . . .BLZ.:. . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift:. . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

**Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift
Coupon ausgefüllt an Kerstin Schmidt, ASH Krebsmühle, 6370 Oberursel, einsenden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.